

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 2,50 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat. Einzahlungen in die Post-Verwaltung. Bestellungen und Adressänderungen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Bestellungen nehmen an: Berlin, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. täglich.

**Die Insertions-Gebühr**

Befragt für die sechs-spaltige Anzeigenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Berichtigungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt: Besondere 20 Pf. wöchentlich, 2 teigebundene Borteil, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf. Borteil über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. April 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Der Parteitag von Ancona.

Rom, 21. April. (Eig. Ber.)

Am 25. April tritt in Ancona der 14. italienische Parteitag zusammen.

Seitdem auf dem Kongreß von Reggio Emilia die intransigente oder revolutionäre Fraktion der Partei den Sieg über den reformistischen Flügel davongetragen hat und durch den Ausschluß des Flügels der Rechtsreformisten — der Fraktion *Vissolati* — der innere Zwist in unseren Reihen ein Ende fand, hat unsere Bewegung große Fortschritte gemacht, sowohl was die Zahl ihrer Mitglieder als was ihre Disziplin und Kampftätigkeit betrifft. Die im Rahmen unserer Partei gebliebenen Linksreformisten — Fraktion *Turati* — haben sich, durch die Erfahrungen des libyschen Abenteuers und seiner Folgen belehrt, ganz der intransigenten Taktik zugewandt. Während des Wahlkampfes, der der Partei Verdoppelung der Mandate und beinahe eine Million Stimmen brachte, haben Linksreformisten und Intransigente Schulter an Schulter gekämpft und jede Streitart war begraben. Seitdem hat sich über die Taktik der Parlamentsfraktion, die die der heftigsten Opposition war gegen die Regierung, nie eine Meinungsverschiedenheit in der Partei ergeben. Auch die Redaktion des „Avanti“, die auf früheren Parteitagen so oft der Zielpunkt der Kritik gewesen war, findet heute die Zustimmung der großen Mehrheit der Partei. Wohl hat man dem Genossen *Russolini* gelegentlich den Vorwurf gemacht, in der Ablehnung der syndikalistischen Methoden nicht energisch genug vorgegangen zu sein, aber alles in allem hat unser Zentralorgan noch nie so sehr den Wünschen der proletarischen Massen entsprochen, wie unter der jetzigen Leitung. Man billigt seine energische Kampfbaltung gegen die Bourgeoisie, ist mit der Bedeutung zufrieden, die es den ausschließlich proletarischen Fragen anweist und erkennt das ehrliche Bestreben der Redaktion an, allen Fraktionen innerhalb der Partei die Spalten des Zentralorgans offen zu halten.

So hat es auf den ersten Blick den Anschein, als ob es in Ancona überhaupt zu keinem Widerstreit, zu keinem Messen der Kräfte innerhalb der Partei kommen könnte, als ob man dort lediglich zusammenkäme, um die Rechenschaftsablegung der Parteinstanzen entgegenzunehmen und gutzuheißen und dann zu einem Meinungsaustausch über Parteistagen zu kommen. In Wirklichkeit liegt die Sache aber doch etwas anders. Auf die Berichte des Parteivorstandes, des „Avanti“ und der Parlamentsfraktion folgen die nachstehenden Referate: Taktik bei den Kommunalwahlen, kommunales Wahlprogramm, die Rüstungsfrage und der internationale Kongreß von Wien, Sozialisten und Freimaurerium. Von diesen Verhandlungspunkten werden zwei zu einer lebhaften Diskussion und zu einem Messen der Kräfte innerhalb der Partei Anlaß geben: die Wahltaktik und die Frage des Freimaurerordens.

Es sei vorausgeschickt, daß der diesmalige Parteitag gerade in bezug auf diese beiden Fragen insofern sich von allen vorigen unterscheidet, als die Mehrzahl der Delegierten mit gebundenem Votum zum Kongreß kommen. Vielleicht ist die Zahl der in dieser Weise im voraus bestimmten Stimmen so groß, daß die Resultate der Abstimmung bereits heute in unveränderlicher Weise festgelegt sind, so daß man mit mehr Berechtigung von einer Urabstimmung sprechen kann, bei der die Ergebnisse der Abstimmung von Personen übermittelt werden, als von einem eigentlichen Parteitag. Es ist dies um so ernster, als diesmal die Referate, die vier Wochen vor dem Parteitag den Sektionen vorliegen sollten, erst nach der Delegiertenwahl gedruckt wurden, so daß die vorbereitende Diskussion zum Parteitag fast überall erteilt war, ehe die Sektionen die Referate und Korreferate zur Kenntnis genommen hatten.

Die Frage der kommunalen Wahltaktik wurde auf dem Parteitag von Reggio Emilia ausdrücklich von der Taktik bei den Parlamentswahlen getrennt. Trotzdem hat die Ablehnung jeder Bündnispolitik bei den parlamentarischen Wahlen einen weitgehenden Rückschlag auf die kommunale Wahltaktik ausgeübt, da viele sozialistische Stadtverordneten, die ihr Mandat einer demokratischen Koalition verdankten, ihr Amt niederlegten, wie in Rom, Genua, Padua und vielen anderen Städten. Da nun im Sommer dieses Jahres die kommunalen Wahlen zum ersten Male mit erweitertem Wahlrecht stattfinden, mußte die Frage der Taktik eine ausdrückliche Lösung finden, weshalb man den diesjährigen Parteitag anstatt im Herbst schon im Frühjahr einberufen hat.

Von den Referenten über die Wahltaktik vertritt Genosse *Ratti* die Ablehnung jeder Bündnispolitik. Er führt dafür teils parteipädagogische, teils prinzipielle Gründe an. Das teils parteipädagogische, teils prinzipielle Gründe an. Das teils parteipädagogische, teils prinzipielle Gründe an. Das teils parteipädagogische, teils prinzipielle Gründe an.

übergehend durch die Eroberung der Stadtverwaltung gemeinsame Interessen zu verwirklichen haben. Es sei dies eine Täuschung. Der Klassenkampf könnte nicht zeitweilig beiseite geschoben werden, und die grundsätzliche Verschiedenheit zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der besitzenden Klasse träte unfehlbar zutage und untergrabe die Leistungsfähigkeit der durch Koalitionen gewählten Stadtverwaltung. In der Praxis würden dann alle Mißerfolge der Blockpolitik regelmäßig unserer Partei zur Last gelegt.

Auf Grund dieser Ausführungen unterbreitet Genosse *Ratti* dem Kongreß die folgende Tagesordnung:

„Der Parteitag hält dafür, daß die Partei die Eroberung der Kommunalverwaltungen anstreben müsse, um sie als Werkzeuge proletarischer Forderungen und Eroberungen gegenüber allen Parteien der Bourgeoisie zu gebrauchen. Dieser Zweck der Vertretung der Stadtverwaltung im proletarischen Kampf ist anzustreben:

1. durch eine energische politische und parlamentarische Aktion, die täglich die Haltung der sozialistischen Stadtverwaltungen verteidigt und durch kommunale Autonomie die Möglichkeit für die Durchsetzung des sozialistischen Munizipalprogramms erringt;
2. durch lebhafteste Agitation unter der Arbeiterklasse, um ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln und sie mit dem kommunalen Programm vertraut zu machen;
3. durch Eroberung der Stadtverwaltungen, wo die Kräfte der Partei und das Klassenbewußtsein des Proletariats weit genug vorgeschritten sind, um die eroberten Positionen im Interesse der Arbeiterklasse zu erhalten und zu verteidigen und sie gegen die Übergriffe der Bourgeoisie, wie gegen den Egoismus der Individuen und Kategorien zu schützen;
4. durch Eroberung der Rinderbeistvertretung in allen anderen Kommunen zum ausdrücklichen Zweck sozialistischer Kritik und Vorbereitung, und um die Mitglieder der Partei zur Übernahme der kommunalen Verwaltung heranzubilden.

Als Korreferent behandelt dieselbe Frage Genosse *Lucci*, Abgeordneter eines Neapolitaner Wahlkreises. Er vertritt den Standpunkt, daß man den Sozialisten in den verschiedenen Orten freistellen müsse, kommunale Wahlbündnisse zu schließen oder nicht. Zur Begründung seines Standpunktes legt er die kommunale Situation Neapels dar. Bierzehn Jahre hindurch haben die Sozialisten dort die Säge der Minderheit innegehabt, ohne jemals der herrschenden Konfession jene elementaren Reformen abringen zu können, die die Voraussetzung jedes Aufstiegs der Arbeiterklasse und der Bildung des Klassenbewußtseins sind. Schulen, Hygiene, öffentliche Hilfeleistung, alles fehlt; etwa 200 000 Menschen sind in entsetzlichen Höhlen untergebracht, sind Pöbel, nicht Volk. Sind heut zum Ausstand bereit und versallen morgen in Apathie, sind unorganisiert und unorganisierbar. Wollte die Partei unter diesen Umständen die Stadtverwaltung von Neapel übernehmen, was vielleicht bei dem allgemeinen Wahlrecht nicht unmöglich ist, so müßte sie in der Stadtverwaltung entweder proletarische Massenpolitik treiben, und in diesem Falle würde das eben erst in Neapel Fuß fassende industrielle Kapital dieser Stadt den Rücken kehren, oder sie müßte eine allgemeine demokratische Reformpolitik treiben, für die nicht einzusehen ist, warum sie gerade unter sozialistischem Namen und sozialistischer Verantwortung erfolgen sollte. Verzichtet dagegen die Partei auf die Eroberung der Stadtverwaltung und begnügt sich mit der Rinderbeistvertretung, so bleiben die Dinge, wie sie heute sind. Der einzige Ausweg liegt darin, mit den fortschrittlichen bürgerlichen Elementen eine Koalition einzugehen und gemeinsam die Gemeindeverwaltung zu sanieren. Es ist dies eine Phase des kommunalen Kampfes, den die Partei in Mailand, Genua, Rom und den meisten oberitalienischen Städten bereits überwunden hat, und zwar nachdem durch sie große und unverkennbare Vorteile für die Arbeiterklasse erreicht wurden. Man müsse daher auch den süditalienischen Gemeinden freistellen, denselben Weg zu durchlaufen.

Genosse *Lucci* schlägt daher dem Kongreß die folgende Tagesordnung vor:

„In Anbetracht der Verschiedenheit, die das kommunale Leben in Italien aufweist, gebietet der Parteitag den einzelnen Parteisektionen für die Beteiligung an den bevorstehenden Kommunalwahlen das Recht der Autonomie zu.“

Die Frage der Wahltaktik wird übrigens durchaus nicht als ein Konflikt zwischen Norden und Süden ausgetragen werden. Ein Teil der Linksreformisten, die Genossen von Reggio Emilia, befürworten die Autonomie, die auch unter den Revolutionären Fürsprecher hat. Andere Reformisten, wie *Modigliani* und *Turati*, waren schon in Reggio Emilia geneigt, auch für die kommunalen Wahlen die Bündnisse auszusprechen.

Ebenso wenig wie in der Wahltaktik tritt auch in der Frage des Freimaurerordens die alte Scheidung zwischen Sozialisten und Revolutionären zutage. Es gibt Reformisten, die die Zugehörigkeit zum Freimaurerorden dulden wollen, und andere, die sie bekämpfen. Die reformistische Mehrheit ist aber für den Ausschluß der Freimaurer. Auch durch das revolutionäre Lager zieht sich diese Spaltung.

Die Frage hat übrigens prinzipielle Bedeutung, ist aber insofern von praktischer Tragweite, als das Votum gegen die Freimaurer zahlreiche Genossen aus unseren Reihen entfernen wird.

Einen Kampf um die Besetzung der Parteileitung dürfte es in Ancona kaum geben. Die Reformisten streben eine Rinderbeistvertretung im Vorstand an, die die revolutionäre Fraktion nicht zugestehen möchte.

## Der mexikanische Krieg.

Nach den heute vorliegenden Nachrichten scheinen die Rebellenführer nicht ohne weiteres gegen die Vereinigten Staaten Front machen zu wollen. Der General *Villa* hat sich für Amerika erklärt und auch *Carranza* will seine Erklärung an *Wilson* nicht als feindliche Kundgebung aufgefaßt wissen. Er verlangt, daß die Vereinigten Staaten ihn als Präsidenten anerkennen, dann werde er die Befreiung *Huertás* übernehmen. Es ist also noch nicht sicher, ob Amerika mit dem Widerstande des ganzen mexikanischen Volkes rechnen muß.

Von einem Kriege in europäischem Sinne kann überhaupt kaum gesprochen werden. Das mexikanische Heer ist völlig desorganisiert, in allen feindlichen Lagern finden sich Trümmer der einstigen regulären Armee. Die Zahl der Truppen, die den einzelnen einander feindlichen Generalen zur Verfügung stehen, ist äußerst gering. Wenn auch mit dem Auftreten irregulärer Aufgebote und mit kriegerischen Aktionen der Eingeborenen zu rechnen sein wird, so wird das Ganze doch auf einen regellosen, aber immerhin blutigen und langwierigen Guerillakrieg hinauslaufen.

Die Vereinigten Staaten können an Landtruppen zurzeit höchstens ein Armeekorps von drei Divisionen der Bundesarmee mobilisieren. Dabei müßte schon auf die Mannschaften der Küstenartillerie und der Küstenbesatzungen zurückgegriffen werden. Das ist aber für einen Kriegsschauplatz wie den mexikanischen mit seinen schlechten Verbindungen, seiner unruhigen Bevölkerung usw. viel zu wenig. Ehe entsprechende Willkür- und Freiwilligentrupps kriegsbereit sind, können noch Wochen und Monate vergehen.

**Die Haltung der Rebellenführer.**

*El Paso* (Texas), 24. April. General *Villa* hat den Vertreter des amerikanischen Staatsdepartements *Carothers* davon in Kenntnis gesetzt, daß er es zurückweise, in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten hineingezogen zu werden. Er wünsche, den Amerikanern zu zeigen, daß seine Haltung freundlich sei.

Der Agent *Carranzas*, *Pesqueira*, hat erklärt, die Note *Carranzas* an den Präsidenten *Wilson* sei nicht feindlich, sie sei als Grundlage für weitere Verhandlungen gedacht. *Carranza* erwarte die Antwort des Staatsdepartements. Der Standpunkt der Rebellen wäre, daß die amerikanischen Truppen zurückgezogen werden sollten und *Carranza* de facto als Präsident oder wenigstens als kriegsführende Partei anerkannt würde. Nach seiner Anerkennung würde *Carranza* nicht zögern, sich wegen der Handlungen eines Mannes zu entschuldigen, den er als Verräter betrachte.

**Abbruch der diplomatischen Beziehungen.**

Washington, 24. April. Der mexikanische Geschäftsträger ist von hier nach Montreal abgereist. Der amerikanische Geschäftsträger in *Regila* hat sich nach *Veracruz* begeben.

**Insultierung der amerikanischen Flagge.**

*Veracruz*, 24. April. Als ein hier eingetroffener Zug mit Flüchtlingen die Stadt *Regila* verließ, schleppte die Volksmenge die Fahne der Vereinigten Staaten durch die Straßen und bedrohte die Nordamerikaner.

**Die Kämpfe in Veracruz.**

Washington, 21. April. Konteradmiral *Badger* meldete gestern abend, daß bei der Besetzung von *Veracruz* noch drei Soldaten getötet und 25 verwundet worden seien. Jetzt seien 5400 Mann an Land. Gestern abend um 9 Uhr sei das Feuer auf der ganzen Linie eingestellt worden. Die Amerikaner untersuchten Haus für Haus und entwaффneten die Eingeborenen.

**Ein amerikanisches Expeditionskorps für Veracruz.**

*Galveston* (Texas), 24. April. Vier Infanterieregimenter, eine Batterie Artillerie und das 6. Kavallerieregiment stellen zusammen 4768 Mann, die in *Galveston* eingeschifft werden sollen, um heute zur Verstärkung der Besatzung von *Veracruz* abzugeben. — Sie werden von General *Junston*, der sich auf den *Philippin* auszeichnete, befehligt.

**Die Vorgänge an der amerikanisch-mexikanischen Grenze.**

Washington, 24. April. Eine Abteilung mexikanischer Neglierungstruppen gehörte in dem mexikanischen Grenzort *Piedras Negras* die Maschinen in den Eisenbahnwerkstätten und den Wasserdamm und entfernte die Instrumente aus dem Telegraphenamt. Eine amerikanische Grenzpatrouille verhielt sich die *Verfasser*, die Gräbe über den *Rio Grande* auf der mexikanischen Seite zu sprengen.

## Mexikos imperialistische Ausbeutung.

Von Georg Ledebour.

Die Republik *Regila* umfaßt ein Gebiet von 1 087 201 Quadratkilometern, ist also nahezu viermal so groß wie das Deutsche Reich. Die Bevölkerung betrug aber noch der Zählung von 1910 nur 15 063 207, also nicht ganz ein Viertel der Einwohnerzahl Deutschlands. Die Mexikaner sprechen bis auf wenige Indianerstämme spanisch. Vor das Land doch 300 Jahre lang eine spanische Kolonie. Der Abstammung nach ist aber nur ein Bruchteil der

Kolles spanischer Ursprungs. Nach amtlichen Schätzungen besteht die Bevölkerung aus 19 Proz. Weißen, 43 Proz. Mestizen (Mischung von Weißen und Indianern) sowie 38 Proz. Vollblutindianern. Der seit Jahren in mexicanischen Diensten stehende deutsche Geologe Dr. Emil Böse schätzt aber nach eingehenden Forschungen den Anteil der Weißen noch weit geringer ein, nämlich auf 10 Proz. Weiße, 60 Proz. Mischlinge und 30 Proz. Vollblutindianer. Unter den Ausländern spielen naturgemäß die Amerikaner die erste Rolle, doch gibt es dort auch 4000 bis 5000 Deutsche. Die Bevölkerungs- zusammenfassung ist deshalb von Bedeutung, weil sie die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse erklären hilft. Aus spanischer Zeit her bestehen auf dem Lande riesige Latifundien, die im Besitz der Abkömmlinge spanischer Kolonisten sind. Die spanisch-indianische Mischbevölkerung bildet das arme, ruflos ausgebeutete Proletariat in Stadt und Land. Kleinhandel und Kleinbetriebe sind zwar auch in den Händen dieser Mexikaner; aber die gesamten Großbetriebe, der auswärtige Handel insbesondere, wird von den Amerikanern und neben ihnen von Engländern, Franzosen und Deutschen beherrscht. Selbst wo einmal Mexikaner die Firma abgeben, sind die Leiter des Betriebes, die technischen Angestellten überhaupt, solche Fremde.

Die Latifundienwirtschaft ist der volkswirtschaftliche Krebs- schaden Mexikos. Da der langjährige Diktator Porfirio Diaz zwar für Verkehrsanlagen und die industrielle Entwicklung viel getan, aber die Großgrundbesitzer ungeschoren gelassen und das Volk politisch unterdrückt hatte, brach gegen ihn, unter der Führung von Madero, eine Revolution aus, die mit der Parole: „Land für die Besitzlosen!“ großen Erfolg hatte und im Mai 1911 Porfirio Diaz zur Flucht nach Europa zwang. Madero wurde Präsident. Da er aber seine Versprechungen wegen Befestigung des Latifundien- systems nicht zur Ausführung brachte, revoltierte ein Teil seiner Anhänger gegen ihn. Während er in der Stadt Mexiko aus- gebrochenen Kämpfe wurde er im Februar 1913 ermordet. Sein Gegner Huerta wurde zum Präsidenten gewählt; doch blieben die Anhänger Maderos gegen ihn in Waffen. Der gegenwärtige Bürgerkrieg ist zu rein persönlichen Machtkämpfen ausgeartet. Ob irgendeine der kämpfenden Parteien den Willen und die Kraft haben würde, die notwendige Landreform durchzuführen, ist un- bestimmbar. Ohne eine solche Reform ist aber eine wirtschaftliche Befundung Mexikos unmöglich. Am wenigsten ist jedoch eine Land- besitzreform zu erwarten, wenn die Schätzlinge der Panke- kapitalisten aus Mexiko kommen. Denn die Trümmern brauchen die Latifundien selbst als bequemste Ausbeutungsmittel, und ein Geier haßt bekanntlich dem anderen die Augen nicht aus.

Naturgemäß spielt bei der Individualität der Bevölkerung die Landwirtschaft die Hauptrolle, und zwar überwiegt infolge des Latifundienwesens die Viehzucht den Ackerbau. Dreiviertel der Bevölkerung lebt von der ländlichen Urproduktion. Das Haupt- produkt des Ackerbaues ist Mais. Es werden aber auch in den niedriger gelegenen Küstenbezirken tropische Produkte, wie Baum- wolle, Zuckerrübe, Kaffee, Tabak, Gummi, Sisalhanf und Vanille, gewonnen. Was aber die auswärtigen Kapitalisten besonders lüsternt macht auf mexicanische Gewinnchancen, ist der Bergbau.

Seit alterzeit wird in Mexiko Silber gewonnen. Noch jetzt stammt etwa ein Drittel der gesamten Silberproduktion aus Mexiko. Während des letzten Jahrzehnts hat aber auch die Goldproduktion einen gewaltigen Umfang angenommen. An Wert bleibt sie nur noch um ein Drittel hinter dem Silber zurück. Ebenso sind neuerdings große Kupferbergwerke erschlossen. Außer- dem wird noch Blei, Antimon, Zink und Quecksilber gewonnen. Aber Eisen findet sich nur wenig, und die im Staate Coahuila geförderte Kohle deckt gleichfalls bei weitem nicht den Landes- bedarf.

Hauptsächlich handelt es sich aber um die seit 10 Jahren er- schlossenen Petroleumquellen. Sie finden sich meist an der Golfküste in der Nachbarschaft von Tampico und liegen daher für die Ausfuhr äußerst günstig. Wie weit sich die Felder er- strecken, weiß man noch nicht genau, doch schätzen Fachleute das mexicanische Petroleumgebiet jetzt schon als das reichste der Welt. Amerikaner und Engländer haben sich den Besitz der meisten Quellen gesichert. Die eine den Engländern gehörige Quelle Llano del Padre ergab anfänglich täglich 160 000 Faß. Jetzt, nach drei Jahren, liefert sie noch immer 50 000 Faß den Tag. Es liegt auf der Hand, daß die Herrscher des mexicanischen Des- truktus alles aufbieten, um diese Quellen in ihre Hand zu be- kommen oder doch dem Trutz anzugleichen. So wird es erklärlich, daß gerade zu der Zeit, da der mexicanische Bürgerkrieg sich den Petroleumfeldern nähert, unterirdische Kräfte die Regierung von Washington zum Einschreiten gedrängt haben. Es ist ein som- balischer Akt, daß der Zwischenfall, der als Kriegsursache herhalten muß, sich in Tampico abgespielt hat, in der Nachbarschaft der ver- lorenen Oelfelder.

Außer der Herrschaft über die mexicanische Ölproduktion spielt bei den imperialistischen Plänen der Pankees auch die mög- lichste Monopolisierung des mexicanischen Außen- handels eine bedeutende Rolle. Gegenwärtig überwiegt be- reits der Handel mit den Vereinigten Staaten den gesamten übrigen Außenhandel Mexikos. Das geht aus folgenden Zahlen hervor:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Belos*)	Proz.	Belos	Proz.
Verein. Staaten . . .	113 088 625	54,94	224 496 800	76,43
Großbritannien . . .	23 079 991	11,03	35 892 352	12,23
Deutschland . . .	25 561 074	12,42	8 708 344	2,97
Frankreich . . .	15 672 980	7,67	9 300 878	3,14
Spanien . . .	5 682 129	2,76	1 584 500	0,53
Andere Länder . . .	18 500 076	9,18	18 770 437	6,09

\*) Der Belos gilt etwa 1 1/2 Mark.

Die beherrschende Stellung der Vereinigten Staaten im mexi- canischen Handel tritt besonders in der Ausfuhr zutage, von der der nördliche Nachbar mehr als drei Viertel absorbiert. Auf die Einfuhr Mexikos könnte es nun aber noch einen höchst ungünstigen Einfluß für die andern Länder ausüben, wenn es den ameri- canischen Geschäftspolitikern gelingen sollte, Mexiko mit den Ver- einigten Staaten, wenn auch nicht politisch, so doch wenigstens so- zialpolitisch zu vereinen. Deshalb haben die andern Länder, besonders die meist interessierten Deutschland, England und Frank- reich, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, daß bei der Neugestaltung der Dinge in Mexiko der Grundsatz der offenen Tür für den gesamten Weltmarkt unterschiedslos gewahrt bleibt.

## Politische Uebersicht.

### Polendebatten.

Im Abgeordnetenhaus ging es am Freitag etwas lebhafter her als an den vergangenen Tagen. Um etwas Abwechslung in das Haus zu tragen, unterbrach man die erste Lesung der Sekundärbahnanlage, um sich wieder mit dem Etat zu beschäftigen.

In erster Reihe erledigte das Haus den Etat des Finanzministeriums, der unter anderem die ver- schiedenen Dispositionsfonds zur Gewährung von Zulagen an Beamte in den ehemals polnischen Landesteilen enthält. Daß diese Fonds wirtschaftlich in keiner Weise begründet sind, sondern nur korrumpierend wirken, ist ebenso bekannt wie die sonstigen Maßnahmen der Regierung im Kampfe gegen die Polen. Man weiß, daß die preußische Regierung neben der Vernichtung der Sozialdemokratie die Ausrottung der Dänen und Polen auf ihre Fahne geschrieben hat, aber obwohl sie in diesem Kampfe kein Mittel unversucht läßt, mußte sie sich doch von Herrn v. Kardorff den Vorwurf machen lassen, daß sie es an der nötigen Schneidigkeit fehlen läßt, einen Vorwurf, den der Finanzminister Dr. Venke mit ungewöhnlicher Schärfe zurückwies. Namens der Sozialdemokraten protestierte H u e gegen die Kardorffsche Scharfmacherei, um gleichzeitig auf die gefährliche Tendenz eines von verschiedenen Abgeordneten, darunter der Fortschrittler Kronsohn, eingebrachten An- trages auf Gewährung von Staatskredit an die Posener Kreditanstalt zur Vergabe von zweiten Hypotheken aufmerk- sam zu machen. Die einer Entschuldigung gleichkommende Erwiderung des Herrn Kronsohn veranlaßte unseren Ge- nossen Braun, in die Debatte einzugreifen und nach ge- bührender Abfertigung dieses sonderbaren Fortschrittlers dem freikonservativen Graf Wolke, der sich wie stets in albernem Ausfällen gegen die Sozialdemokratie erging, die Wahrheit zu sagen. Daß alle Positionen, die zur Bekämpfung der Polen dienen sollen, mit großer Wehrheit angenommen wurden, versteht sich bei der Zusammensetzung des Dreiklassenparlaments von selbst.

Nach Erledigung des Etats der Staatsschulden- verwaltung und Zustimmung zu der von der Regierung geforderten stärkeren Schuldentilgung beriet das Haus dann den zum Etat des Abgeordnetenhauses gestellten Antrag auf Gewährung von Freifahrtskarten. Obwohl der Minister des Innern — ob v. Dallwitz oder v. Loebeil weiß man

nicht — durch seinen Kommissar erklären ließ, daß er bei dem Ministerium die Gewährung freier Fahrkarten nicht befür- worten könne, sondern in Verbindung damit eine aus- erweiterte Regelung der Dänen unter Einführung des Systems der Anwesenheitsgelder fordern müßte, nahm das Haus den Antrag, für den sich unter anderem auch Genosse Hirsch an- sprach, mit überwältigender Mehrheit an. Warten wir ab, ob die Regierung dem Wunsche nun endlich Folge leisten wird!

Sonnabend: Nachtragetat und Sekundärbahnvorlage.

### Der Bischof von Luxemburg vor Gericht.

In der zweiten öffentlichen Versammlung des Reher Katholikentages (17.—21. August 1913) hielt Bischof Koppes von Luxemburg eine Ansprache. Der geist- liche Oberhirt aus dem Nachbarlandchen ist eine auffallende Erscheinung — auffallend allerdings nicht nach der vorteil- haften Seite hin. Die deutschen Bischöfe sind Diplomaten, in ihrer Gestalt, in ihrem Auftreten und in ihren Reden — mag auch ihr oratorisches Geschick und Temperament verschieden sein. Bischof Koppes hat von alledem nichts. Eine un- geschlachte Gestalt, eine grobe, fast rohe Ausdrucksweise, dazu ohne jedes Verständnis für die Taktik. Er benutzte denn auch die Gelegenheit, seinem Stolz gegen die liberal-sozialistische Kammermehrheit seines Landes, die er als eine freimaurerische Verschwörerbande betrachtet, Luft zu machen. Nun wird auch sonst auf Katholikentagen reichlich und heftig gegen anti- clerikale Gegner zu Felde gezogen, aber es geschieht immer in allgemeiner und nicht gegen einzelne Personen oder Personengruppen gerichteten Wendungen. Zum ersten Male geschah es, daß ein Bischof einen heftigen Angriff gegen einen kleinen Kreis von leicht erkennbaren Personen richtete und ihnen Vorwürfe ehrenrührigster Art machte. Nach dem Bericht von Wolffs Bureau, dessen Vertreter der Versammlung beizwohnte und der die Rede des Luxemburger Bischofs stenographisch aufnahm, sagte Koppes:

„Die Luxemburger können ein trauriges Liedchen singen, wie die Lüge tätig ist. Liberale Dunkelmänner und sozialistische Streber und Revolutionäre haben sich zusammengetan zu einem Bloß. Sie fanden eine gute Veranlassung, um ihr Unwesen zu treiben. Die Regierung war noch Befürworter von etwa 600 Hektar Minetta. Das hätten jene gern ergattert — zu einem billigen Preise natürlich. Um dieses Streben unbemerkt durchzuführen zu können, haben sie so etwas wie einen Kulturkampf ins Leben ge- rufen in dem Gedanken, daß das Volk nicht so recht achtgibt und daß sie selbst, während sie vorn den Kulturkampf durchführten, hinten ihre Taschen füllten.“

Diese Verleumdungen betrogen 21 Beschuldigte, gegen den Herrn Bischof die Zivilklage anzustrengen. In den Verhand- lungen vor dem Luxemburger Gericht am 24. März be- quemte sich Herr Koppes zu einem wehleidigen Rückzug. Er versicherte, daß er die Rechtschaffenheit der Kammermitglieder nicht im mindesten habe angezweifeln wollen. Das Wort Bloß habe er nur im Sinne des gemeinsamen Vorgehens der Kirchenseinde gebraucht, und unter „ergattern“ verstehe er nicht weiter als „schmeicheln“ wünsch.“ Er sei leidend gewesen und habe heftige Zahnschmerzen gehabt. Er schloß: „Eine gewisse Erregung hatte mich erfaßt, als ich in Mey die unterschiedene, überzeugungsvolle Sprache der deutschen Katholiken vernahm, eine Sprache (hierbei schlug der Bischof heftig auf die Feigenbarre), an die wir Luxem- burger Katholiken nicht mehr gewohnt sind. Der gegenwärtige Prozeß ist nichts weiter als eine Wache der Freimaurerei, die sich an Bischof und Klerus wegen ihrer Haltung im Schul- gesetz rächen wollen!“

Diese kuriose Entschuldigung haben jedoch dem Herrn Bischof nicht viel genützt, wie nachfolgendes Telegramm be- weist:

Luxemburg, 24. April. In der Verleumdungsklage von Abgeord- neten der Linken gegen Bischof Koppes von Luxemburg wegen seiner Rede auf dem letzten Katholikentage in Mey ist heute das Urteil gefällt worden. Es lautet auf zweihundert Frank

## Der Herr Bürgermeister.

Rein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister.  
Goethe, Faust, I. Teil.

Als Otto Ernst in seinem flachen und deshalb erfolgreichen Bühnenstück „Nachmann als Ergießer“ einen Schullehrer auf zwei krumme Beine stellte, der sich seine Stellung durch gefälschte Zeug- nisse erschaffen hat, standen gleich die Kennzeichen auf, um dar- zulegen, daß „so etwas“ in einem geordneten Beamtenstaat wie Preußen unmöglich sei. Inzwischen haben wir ganz andere Dinge erlebt, von dem in Zucht- und Ehrverlust grau gewordenen Schustergehilfen, der in Köpenick als Hauptmann des 1. Garde- regiments zu Fuß auftrat, bis zu dem aller juristischen Kenntnisse baren Handlungsgelhilfen, der vor kurzem noch vor den Gerichten eine erfolgreiche Tätigkeit als Rechtsanwalt einstellte. Jetzt wird die Sammlung durch einen Bürgermeister bereichert, der keiner ist, und auch er hat seine Verdienste um die Entwicklung, denn jaß da der preussische Polizeiminister aus dem Ami Scheidel, tut er dar, der Herr zweite Bürgermeister von Köpenick, was im Mandarinen- staate Dallwitzens alles möglich ist.

Man mag sagen, was man will: zweierlei mußte der emeritierte Bureauassistent haben, als er seine neue Laufbahn einschlug, Talent und Glück, und zwar — es handelt sich um einen Beamten — mehr Glück als Talent. Hätte er beides nicht, so könnte er als ein lebender Beweis dafür angesprochen werden, daß nicht nur das ewig-Weibliche, sondern auch das Gefängnis den Menschen hinanzieht. Denn als er die gasliche Belle verlassen hatte, die ihn wegen Unterschlagung aufnahm, dachte der Herr Kreisparlamentsbureauassistent nicht etwa daran, unter seinen sozialen Stand hinauszugehen, sondern strebte nach oben. Und da er nicht gerade auf den Kopf gefallen war, bediente er sich einer kurzen Retraumorphose: eine Bedürfnisanstalt betrat er als hoffnungsloser, mit Gefängnis bestraffter Bureauassistent a. D. Hein- rich Thormann und verließ sie auf der anderen Seite als hoffnungsvoller, unbescholtener Dr. jur. Heinrich Thormann. Jetzt lag die Welt vor ihm und das Glück lächelte ihm. Denn die Gemeindevverwaltung Schmargendorf nahm den Herrn Doktor juris als Kolonial an, und nachdem er sich hier hinreichend umgesehen hatte, wurde er, auf Grund seines guten Schmargendorfer Zeug- nisses, in der Rixdorfer Stadtverwaltung zur informativischen Be- schäftigung zugelassen. Das glänzende Zeugnis, das ihm der Bürgermeister ausstellte — Thormann hatte Glück und Talent! — verschaffte ihm flugs eine Stelle als juristischer Hilfs- arbeiter mit festem Gehalt beim Magistrat in Brandenburg a. N. Zwar besaß Thormann alias Thormann keine weiteren juristischen Kenntnisse als die persönliche Erfahrung, daß man

wegen Unterschlagung im Amt eingesperrt wird. Tat nichts, auch in dieser verantwortungsvollen Stellung bewährte er sich höchst königlich. Aber es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken! Da der Staatsanwalt nach dem Thormann Erkundigungen einzog, der dem Staat den Rest seiner Strafe wegen Unterschlagung geschenkt hatte, verschwand der Dr. jur. Thormann jählings von der Bildfläche. Bald danach tauchte beim Magistrat zu Weihen- fels a. S. ein Dr. jur. Eduard Alexander auf — ein äußerst tüchtiger Beamter, wie man sich in den Honoratiorenkreisen der Schuhmacherei zu Köpenick und hier in der Rixdorfer Magistrats- assessor Dr. jur. Eduard Alexander alias Dr. jur. Hein- rich Thormann alias Bureauassistent a. D. Heinrich Tho- rmann als tüchtiger strebsamer Bureauassistent in noch höherem Maße das Wohlwollen seiner Mitmenschen, Strammer Arbeiter! sagten die Vorgesetzten, flatter Länger! stüteten die jungen Damen, scharmanter Mensch mit guten Ansichten! äußerten die Mütter heiratsfähiger Töchter, und ein höherer Staatsbeamter — schonungslos vollschweigt man Kam' und Art — schloß den Herrn Assessor als Schwiegersohn an sein Herz. Jetzt hatte der Herr Dr. Alexander nicht nur einen Titel, ein Amt, eine Rützel, eine Frau, sondern durch seinen Schwiegervater auch Verbindungen. Und Verbindungen sind, wenn man seine Examina gemacht hat, in einem Mandarinenstaat wie Preußen alles. Nun hatte zwar Heinrich Thor — Pardon! Herr Dr. Alexander außer dem Einjährigen keine Examina gemacht, aber das hatte nicht viel zu sagen. Die Stadt Köpenick schrieb den ehrenvollen Posten eines zweiten Bürgermeisters aus, 700 Bewerber meldeten sich, 600 be- saßen echte Zeugnisse und hatten eine vordrucksfähige Beamtenlauf- bahn hinter sich, aber dank seiner Verbindungen erhielt der Sieben- hundertste, der mit den gefälschten Papieren und der Schwindler- laufbahn, die Stelle, eben unser Dr. Alexander. Und das war kein so übler Griff, denn als Stadtoberhaupt machte Heinrich Thor — nun ja! Heinrich Thormann eine famose Figur, bewies Umsicht und Scharfsinn in kommunalen Dingen, war fleißig und geschäftig und zeigte sich vor allem riesig leutselig im Verkehr mit der Bevölkerung. Köpenick hatte nie zuvor ein ähnlich beliebtes Stadtoberhaupt, und der erste Bürgermeister war ordentlich neidisch auf den jüngeren Kollegen.

Als mit langem Schritt das Schicksal an Herrn Dr. jur. Alexander herantrat. Bei der Staatsanwaltschaft Köpenick lief nämlich eine Anzeige wegen Erpressung gegen Heinrich Tho- rmann ein, der jetzt zweiter Bürgermeister in Köpenick sei. Vor- geladen, antwortete Herr Dr. Eduard Alexander mit der kräftigen Formel, mit der in Goethes Stück (3. Aufzug, 17. Szene) Joch von Verlichungen das Fenster zuwirft. Nun sind Staatsanwälte merkwürdige Menschen. In dem Prozeß gegen den Amtsdirektor Knittel in Köpenick erklärte der Staatsanwalt aus-

drücklich: er möchte jenes Wort Göthens in der deutschen Sprache nicht wissen; aber der Staatsanwalt in Köpenick nahm das selbe Wort krumm, stellte Nachforschungen an, und so kam die Geschichte zum Plaken. Aufregung natürlich bei den Magistraten in Rixdorf, Brandenburg, Weihenfels und Bromberg und in ganz Köpenick; aber das deutsche Volk lacht.

Denn es ist eine unbezahlbare Satire auf das Preußen der laubendundeins Legitimationspapiere, in dem man eine Nacht in fremder Stadt schlafen kann, ohne polizeilich angemeldet und ab- gestempelt zu sein, daß ein entlassener Sträfling Kempter und Würden einheimst — ohne Papiere oder auf Grund gefälschter Papiere. Kein Preuße bringt es auch nur zum stellvertretenden Stadtwächter im letzten Dorf der Provinz Posen, wenn er nicht in Legitimationspapiere von oben bis unten eingewickelt wird; aber juristischer Magistratsratsassessor, Magistratsassessor, Bürgermeister — juppel! heidal das geht auch so.

Doch während das Ansehen der Bürgermeister einen jähen Kurssturz erlebt, fragen sich die Steuerzahler stirnrunzelnd, wozu man Stadtoberhäupter mit langjährigem Studium und schwierigen Prüfungen anstellt und hoch bezahlt — Studiums- und Examen- losen müssen verginst werden! — wenn irgendein Schreiber ohne Studium und Prüfung die Sache ebenso gut macht. Ebenso gut? Bitte schön! Herr Eduard Alexander oder Heinrich Thormann war sogar — siehe die Bekundung der Bürgermeister von Rixdorf, Bromberg usw.! — ein glänzender Kommunalbeamter, und über seine ach! so kurze Tätigkeit als Bürgermeister von Köpenick herrschte nur eine Stimme des Lobes. Lächelt sich das von jedem richtigen Bürgermeister mit richtigem Dokortitel und mit richtigen Zeugnissen auch sagen? Da gibt es im Gegenteil unsichere Kanton- listen wie den Bürgermeister Schüd ing, der sich mit Haut und Haar der Demokratie verschrieb, und wie den Bürgermeister Trömel, der zur Fremdenlegation ging. Dr. Eduard Alexander wäre weder zu den Demokraten, noch in die Fremden- legation gegangen, sondern hätte zielsicher und klaren Blickes seinen Weg weiter verfolgt, sich in die Gunst des Landrats und des Re- gierungspräsidenten eingenistet, wäre von Stufe zu Stufe gestiegen und hätte — was gilt die Weite! — schließlich auf der rechten Seite des preussischen Dreiklassenparlamentes gesessen. Schade um den, der zu so schönen Hoffnungen berechtigte!

Und auch in einer anderen Lage hätte sich der Mann mit dem erschwundenen Bürgermeisteramt sicher schlagfertiger benommen als der legitime Bürgermeister, nämlich als Stadtoberhaupt von Köpenick an jenem ereignisreichen Herbsttage des Jahres 1906. Der Schwindler hätte den Schwindler durchschaut, und es wäre außer- dem ein Bild gewesen, über das sich alle Köpfe, nur die preussischen nicht, kränkt hätten; die beiden einander gegenüber, der falsche Hauptmann und der falsche Bürgermeister, der Hauptmann von Köpenick und der Bürgermeister von Köpenick! Carl Ludwig.

Gewerkschaftliches.

Das Heer und Streikende Arbeiter.

London, 23. April 1914. (Eig. Ber.)

Jedes Jahr berät das englische Parlament eine Vorlage, die das Heer, das nur einen einjährigen Bestand hat, jedesmal von neuem etabliert. In diesem Jahre versuchte die Arbeiterpartei, der Vorlage zwei neue Absätze einzuwerfen, die sich mit den Pflichten und Befugnissen des Heeres bei wirtschaftlichen Unruhen befassen. Die großen Streiks der letzten Jahre haben gezeigt, daß die herrschende Klasse in Großbritannien wie anderswo stets bereit ist, bei wirtschaftlichen Unruhen sofort die bewaffnete Macht des Staates zu requirieren. Ja, unbestimmt um Befehl und Recht, hat man namentlich in den letzten Jahren das Schwert gegen streikende Arbeiter in die Tasche gesteckt. So bei dem großen Eisenbahnerstreik, als man 86 000 Truppen gegen die Arbeiter auf die Beine brachte, ohne sich um das Gewohnheitsrecht zu kümmern, welches vorschreibt, daß bei Ruhestörungen, mit denen die Zivilbehörden nicht fertig werden können, nur auf das Verlangen eines Magistrats militärische Hilfe in Anspruch genommen werden kann. In anderen Fällen hat man gar gegen den Willen der örtlichen Magistrate Militär in die Streikgebiete geschickt. Die Befugnisse des Militärs und seine Verwendung in solchen Fällen werden durch das Gewohnheitsrecht geregelt. Die Arbeiterpartei versuchte nun, die bis jetzt als gültig angesehenen Bestimmungen des „common law“ in dem Heeresgesetz selbst festzulegen und ihnen eine moderne Fassung zu geben. Die Anträge wurden von dem Genossen Keir Hardie am 22. April im Unterhause begründet. Der erste schreibt vor, daß in wirtschaftlichen Streitigkeiten das Heer nur dann zu Polizeidiensten verwendet werden kann, wenn das Verlangen von drei Magistraten ausgeht. Heute kann ein einziger Magistrat (die überwältigende Mehrheit der Magistrate in Großbritannien sind Zivilpersonen), der vielleicht als Arbeitgeber an dem Kampfe interessiert ist oder leicht den Kopf verliert, die Entsendung von Militär nach Streikgebieten verlangen. Der Antrag der Arbeiterpartei würde den Mißbrauch der Magistratsgewalt schon viel schwieriger machen. Der zweite Antrag will es ungesetzlich machen, daß das für den Polizeidienst herbeigerufene Militär von der Schusswaffe Gebrauch macht, es sei denn, daß die Unruhestifter ebenfalls mit Schusswaffen versehen sind. Ferner bestimmt der Absatz, daß die als Polizei verwendeten Truppen wie die gewöhnliche Polizei auszurüsten sind, daß sie also anstatt Flinten Knüppel tragen, und daß sie dann nicht der Militärgerichtsbarkeit, sondern den Zivilgerichten unterstehen. Diese vernünftigen Vorschläge fanden bei den bürgerlichen Parteien kein Verständnis. Nur ein konservativer Lord zeigte sich sympathisch. Der Kriegsminister Asquith versuchte mit kasuistischen Spinnweben zu beweisen, daß die Vorschläge der Arbeiterpartei undurchführbar seien und plädierte für die Aufrechterhaltung des seit „unordenlichen Zeiten“ bestehenden Rechtszustandes. Mit anderen Worten: Die jetzigen verkommenen und dehnbaren Bestimmungen über die Verwendung des Militärs bei Streiks bleiben bestehen, damit man sie von Fall zu Fall auslegen kann, wie es die Interessen der Kapitalisten erheischen. Es ist kein Wunder, daß die Konservativen dem liberalen Minister am Ende seiner Rede reichen Beifall zollten. Die Liberalen und konservativen Herren mögen sich über Unruhestreiken; handelt es sich aber um den gemeinsamen Feind, dann hört der grimmige Stomp auf und man ist sich einig. Die Anträge der Arbeiterpartei kamen nicht zur Abstimmung; denn am Ende der Debatte entdeckte der Vorsitzende, daß sie überhaupt unstatthaft waren. Die Arbeiterpartei wird sich von dem Thema jedoch nicht abbringen lassen. Sie wird von

der Regierung die Einsetzung eines Ausschusses verlangen, der sich mit den aufgeworfenen Fragen beschäftigen soll.

Berlin und Umgegend.

Formerstreik bei Siemens u. Halske.

Dieser Streik beschäftigte am Donnerstag eine sehr stark besuchte Versammlung der in den Eisengießereien beschäftigten Former und Berufsgeossen. Laut referierte. Als nach dem Streik von 1911 eine Vereinbarung getroffen wurde, wußte man in Arbeiterkreisen, daß auch damit nicht ein dauernder Friede geschaffen sei. Tatsächlich sind denn auch bei Siemens u. Halske seit jener Vereinbarung von Zeit zu Zeit immer wieder Differenzen zu verzeichnen gewesen; es gelang jedoch stets, dieselben in Frieden zu regeln.

In letzter Zeit mehrten sich die Differenzen infolge des Auftretens eines Obermeisters Brod. Jähren Höhepunkt erreichte die Situation, als der Herr bei einem Auftrag von 50 Sockeln Anordnungen traf, bei denen sämtliche Arbeiter erklärten, nicht zu ihrem Lohn zu kommen. Auf Beschwerde der Arbeiter erklärte der zweite Betriebsleiter: „Ach was, das ist noch viel zu viel, da kann sogar noch etwas abgeschrieben werden.“ Der Herr strich also von dem Preis, den die Arbeiter schon als zu niedrig bezeichneten, noch ab, statt zuzulegen. Auf den Wunsch des Arbeiterausschusses, in eine Verhandlung einzutreten, tat der erste Direktor sehr aufgeregt und erklärte zuletzt, daß wer für den Preis nicht arbeiten wolle, gehen könne. Die Preise bestimmte die Direktion. Nachdem alle Versuche der Arbeiter, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln, gescheitert waren, traten die Arbeiter des Werkes in den Streik.

Dies war umso notwendiger, als auch der Verband der Metallindustriellen seine ihm aus der Vereinbarung erwachsenden Pflichten nicht erfüllte und trotz Aufforderung des Metallarbeiter-Verbandes keinerlei Anstalten traf, um die für Differenzfälle vorgesehene Schlichtungskommission zwecks Beilegung der Differenz zusammenzutreten zu lassen. Eigentlich ist demnach die Arbeitsniederlegung auf die Lähmung zurückzuführen, mit der der Verband der Metallindustriellen seinen im Jahre 1911 eingegangenen Verpflichtungen nachkommt.

Diese Darstellung wurde in der Versammlung von sämtlichen Diskussionsrednern bestätigt. Es kam in allen Reden eine starke Erbitterung gegen das Arbeitssystem bei Siemens u. Halske zum Ausdruck. Mehrere Redner verlangten, daß ein allgemeiner Sympathiestreik proklamiert werde. Ganz besonders wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiter stets bestrebt waren, die abgeschlossene Vereinbarung einzuhalten, somit könnten sie auch erwarten, daß die Unternehmer daselbst tun. Die schärfsten Maßnahmen des Metallarbeiterverbandes seien notwendig, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Die Versammlung war einmütig der Meinung, daß die Streikenden vollständig korrekt gehandelt haben. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, worin die Versammlung die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beauftragt, dahin zu wirken, daß binnen sechs Tagen eine Verhandlung mit dem Verbande der Metallindustriellen angebahnt werde.

Der Streik in der Bierdruckbranche.

Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Klemperer beschäftigte sich am verflohenen Donnerstag mit dem Stand des Streiks in der Bierdruckbranche. Diederich gab eine ausführliche Schilderung der Bewegung. Bekanntlich beschloßen die Bierdruckklemperer, nachdem die Unternehmer ihren Standpunkt in einer scharf ablehnenden Resolution niedergelegt hatten, einstimmig den Streik. Aber recht bald erkannten verschiedene Firmen die Berechtigung der Arbeiterforderungen an und schlossen einen Vertrag ab. Bekreist werden nun noch folgende Firmen: Gebr. Krüger, A.-G., Köpenick; Herm. Krüger, Berlin, Köpenicker Straße; Albert Krug, Berlin, Simonstraße; Jagenow, Berlin, Rollenmarkt; Jungbluth, Berlin, Köpenicker Straße; Pech, Berlin, Große Frankfurter Straße, und Deneke, Lankwitz, Charlottenstraße. Die bekreisten Firmen sollen kürzlich beschloßen haben, keinen alten Arbeiter mehr einzustellen, woraus sich die hochqualifizierten Bierdruckklemperer wenig machen werden, denn die finden Arbeit als Klemperer überall. Die Firmen suchen nun durch die Herren Streikbrochervertreter Koch, Kaczmarek, Vade

u. Wichef, Grünle in Lichtenberg, Weichselstraße, Woffe und Hiltz in, bzw. die edle „Volkszeitung“ und die ihr ebenbürtige „Morgenpost“ fortgesetzt Arbeitkräfte, doch ist der Erfolg ein ziemlich geringer. Das so gewonnene Arbeitermaterial zeigt sich natürlich seiner Vermittlung würdig, und die Wirte sind zu bebauern, denen diese Arbeiter auf den Hals geschickt werden. Im übrigen hat die Streikleitung all denen, die arbeitsberechtigt auf Montage gehen, rote Arbeitsberechtigungskarten ausgestellt. Nur ein dunkler Schatten fällt auf den Streik; es haben sich nämlich in Köpenick bei der Firma Krüger 4-5 Leute gefunden, die sich dem Streik nicht angeschlossen haben. Vorwärts waren diese ganz tüchtige Verbandsmitglieder. Aber trotz allen Scharfmachertums wird es den Unternehmern wohl nicht gelingen, die Bierdruckklemperer niederzurufen.

Jetzt stehen noch 83 Verbandsmitglieder im Streik. Und das diese froher Kampfesmut zusammengefaßt, bewies in der Versammlung die, ausgiebige und rege Diskussion. Nach allem erscheint ein günstiger Streikausgang als ganz gewiß.

Achtung, Steinarbeiter. Das Aufbrechen ist bis zur Beendigung der Bewegung auch bei den Firmen, die bewilligt haben, und den von der Bewegung nicht betroffenen Geschäften verboten. — In den bewilligten Geschäften sind noch einige hinzugekommen. Es steht zu erwarten, daß die noch widerstrebenden Unternehmer in Kürze ebenfalls zu der Einsicht gelangen, da es die höchste Zeit ist, sich mit den Arbeitern zu einigen, wenn sie nicht zusehen wollen, wie der Ruhen der diesjährigen Grabsteinfabrik ihnen vollends verloren geht. — Den Geschäften, die bewilligt haben, empfehlen wir unseren Arbeitsnachweis, Engelauer 15, Telefon: Amt Korioplatz 11371, durch welchen Steinarbeiter aller Branchen prompt vermittelt werden. — Alle unsere Bewegung betreffenden Mitteilungen bitten wir ebenfalls telephonisch an obige Adresse gelangen zu lassen. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Zimmererstreik in Schanbau. Bei der Firma Holzmann u. Co., die in Schanbau Wohnbauten ausführt, streiken sämtliche 45 Zimmerer. Die Firma sucht auswärts Arbeitswillige.

Dienfesterstreik in Nürnberg? In Nürnberg, wo die Unternehmer den Tarif gekündigt haben, um den Lohn zu kürzen, ist die Situation sehr ernst. Die Döpler haben bereits beschloßen, am 27. April den Abwehrstreik zu proklamieren. Falls nicht noch in letzter Stunde eine Einigung erfolgt, dürfte es zum Kampfe kommen.

Der Streik auf der Grube Postenbach.

Eine Bergarbeiterversammlung, die vom Christlichen Gewerksverein einberufen war, befaßte sich neuerdings mit dem Streik auf Grube Postenbach, der nun schon einige Wochen andauert. Die Bergerschaft erklärte sich bereit, unter Wahrung des Koalitionsrechts der Bergerschaft, durch den Arbeiterausschuß mit der Firma Höchling direkt in Verbindung zu treten. Die Versammlung erklärte, den Versuchen der Firma Höchling, die Bergleute einzeln zur Besprechung auf die Grube zu bestellen, müsse entgegengetreten werden.

Ausland.

„Streikergasse“ in der Schweiz.

Von Genf aus wird der deutschen bürgerlichen Presse telegraphiert, daß die streikenden Tunnelarbeiter beim Bau des zweiten Simplotunnels „Sprengminen über die von den Ingenieuren bewohnten Häusern legten und 10 000 Kubilmeter Felsen absprengehten, um die Gebäude unversehrt zu gefährden.“ — Diese Nachricht ist von A bis Z erlogen. Das Gebirge über den Ingenieurhäusern ist bewaldet und seit Beginn der Schneeschmelze erfolgen fast täglich Felsstürze, die von dem darüber liegenden Wäldchen ausgefallen werden. Wenn die Situation für die Herren Ingenieure und Direktoren anfängt, unheimlich zu werden, so nur deshalb, weil die streikenden Arbeiter sich selbstverständlich weigern, die in der engen Felschlucht alltäglich notwendig werdenden Aufräumungsarbeiten zu tun. Von Dynamitsprengungen kann keine Rede sein. Es sei festgesetzt, daß die Streikenden von der Leitung der Bauten durch Provokation und wochenlanges Hinhalten gereizt wurden. Die Bauleitung ist die Schweizerische Bundesbahn, d. h. die eidgenössische Staatskasse. Das Streikgebiet liegt aber beim Sidausgang des Tunnels auf italienischem Boden.

Kleines Feuilleton.

Die „Politischen“. Der Polizeipräsident: Welche Versammlungen sind heute angemeldet?

Der Polizeirat: Da ist zunächst der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie —

Der Präsident: Weshalb sagen Sie nicht einfach „Reichsverband“? Es ist ein Verband, verstehen Sie. Einfach ein Verband. Dieser Zusatz führt ja nur irre. — Thema?

Der Polizeirat: Das Thema — hier! „Blau oder rot“?

Der Präsident: Ah! Also wahrscheinlich ein wissenschaftlicher Vortrag über Farbenchemie oder eine Ansprache über die Tendenzen in der modernen Malerei. — Genehmigt! Wie sollte ich dazu kommen, eine harmlose Vereinigung wissenschaftlicher Menschen in ihren sachlichen Bestrebungen zu hindern! — Weiter!

Der Polizeirat: Ferner der Bund der Landwirte —

Der Präsident: Kein beruflicher Verein. — Thema?

Der Polizeirat: „Her mit dem Gemüse!“

Der Präsident: Sie sehen — ein rein gärtnerisches Thema.

Der Polizeirat: Allerdings — Joll??

Der Präsident: Aber Sie nehmen doch nicht etwa an, daß diese jeder Politik ganz fernstehenden Broden Leute sich etwa mit den staatlichen Jollen beschäftigen wollen? Es dürfte sich um die Forderung handeln, daß das Gemüse nicht mehr nach Pfunden, Köpfen usw., sondern nach dem Joll gemessen werden soll — etwas altentümliche Bezeichnung für Zentimeter, wissen Sie. Selbstverständlich genehmigt! — Noch was?

Der Polizeirat: Schließlich ist da noch ein Arbeiter-sportverein mit dem Thema: „Ruder oder Rad“, wogegen wohl nichts zu erinnern wäre.

Der Präsident: Was? Das wäre ja noch schöner! Aber Mann Gottes! Erkennen Sie denn nicht, wie uns diese geriebenen roten Brüder hinter das Rücken führen wollen? Ruder! Sie wissen doch: „Die Männer am Ruder!“ Das Ruder in der Hand behalten — und wie diese revolutionären Wendungen alle heißen! Und „Rady“? Da „Rad der Weltgeschichte“, das auch über Könige hinweggeht! Kennen wir! Kennen wir! — Ke! Ke! Auf den Heim treiben wir nicht! Ja werde diesen Sozias zeigen, wie man Ordnung hält! „Rad und Ruder!“ — Das Thema ist hochpolitisch! Ja verweigere die Genehmigung. Stillstehen Sie den nötigen Schmus drum rum! Schluß!

Behring's Schutzimpfung gegen Diphtherie. Im Kampfe gegen den bürgerlichen Diphtherie — seiner eigentlichen Lebensaufgabe — hat Prof. Behring der Heilung der Erkrankten mittels seines Serums bereits seit längerem die zweite Methode gefast: die Geländebereits durch Impfung vor Ansetzung zu schützen. Bereits vor Jahresfrist machte er sein neues Schutzmittel bekannt, das im Klute der Geimpften zur Bildung von Gegengiften veranlaßt, die gegen die

Krankheit immun machen. Auf dem Kongresse für innere Medizin hat Behring jetzt über die Erfahrungen berichtet, die mit seinem Schutzmittel inzwischen gemacht worden sind.

Es wurden an 7000 Einzelimpfungen vorgenommen, von denen keine schädliche Nebenwirkungen hervorrief. Das Präparat wird eben vor der Verwendung der sorgfältigsten Vorprüfung im Tierexperiment unterworfen. 1000 Fälle wurden unter Aufsichtnahme von Blutprüfungen usw. genau beobachtet. Auf Grund dieser Beobachtungen löst Behring, daß bei konsequenter Durchführung die Diphtherie eben so verschwinden wird, wie es mit den Pocken der Fall war. Bei Tuberkulosen und Strophulösen, ebenso bei Kindern bis zu neun Monaten ist die Impfung vorläufig nicht angebracht, da sie für sie überempfindlich sind. Die Impfung, die in die Haut erfolgt, gewährt häufig schon das erste Mal Schutz, in der Regel ist sie aber zweimal vorzunehmen.

Behring hofft, daß in einem kleineren Staatsgebiete die Schutzimpfung einmal lückenlos an allen diphtheriebedrohten Staatsangehörigen durchgeführt werden könne. Wenn dann eine wesentliche Herabminderung der Diphtherieerkrankungen erfolgt, dann wäre der Wert der neuen Methode erwiesen.

Die neue Muse. In der Nr. 199 des „Berliner Tageblatt“ findet sich unter der Spitzmarke „Literatur und Kunst“ folgende Anzeige: „Schriftsteller! Frühere langjährige Dehamente möchte mit solchen in Verbindung treten. Off. . . usw.“

Was die Dame nur von der Literatur wollen mag! Hat sie gehört, daß es auch in der poetischen Wochenstunde recht schmerzhaft Schweregeburten gibt, und hofft sie, auf Grund ihrer langjährigen Erfahrung den Geistesfindern den Eintritt ins Leben erleichtern zu können? Das wäre nett von ihr!

Doch nein! Die Dame will ja keine Offerten machen; sondern gemacht haben. Sie will Schriftsteller verdienen lassen. O Gott! mir schwant etwas! Sie weiß gewiß um Dinge, die . . . fasse dich, Herz! Sie weiß gewiß um Dinge aus — hō—hō—höheren Regionen. Geschichten von Liebe und Unheilschick! Und das will sie der entsetzten Welt in literarischem Form mitteilen. Als Schlüsselroman! wozu sie Hilfe braucht.

Geheimnisse, Kinder! Es ist etwas faul im Staate Dänemark. Wir müssen in der nächsten Zeit auf das Roman-Feuilleton des „Berliner Tageblatts“ aufpassen.

Ein Sozialdemokrat als Ehrendoktor. Lezten Sonnabend wurde in Zürich die neue Universität mit allem akademischen Prunk eingeweiht. Der Neubau hat 58 Millionen Frank gekostet, für die kleine Bevölkerung des Kantons Zürich — 600 000 Seelen — ein bedeutendes Opfer für die Wissenschaft. Das Zustandekommen des Baues erforderte drei Volksabstimmungen — zwei kantonale und eine städtische. Die Züricher Sozialdemokratie war erst in der letzten Hauptabstimmung zu bewegen, die Arbeitermassen für dieses wissenschaftliche Monumentalwerk auf die Beine zu bringen, da eine große Anzahl sozialpolitischer Aufgaben vom Kanton noch vernachlässigt sind. Das Hauptverdienst an dieser wissenschaftsfeindlichen Stellung der Sozialdemokratie hat Ge-

nosse Regierungsrat Ernst, der damals das Unterrichtsministerium unter sich hatte. Bei der Einweihungsfeierlichkeit wurde Genosse Ernst zum Ehrendoktor promoviert. Sonst ist es üblich, daß die Universtitäten „lingende“ Gönner der Wissenschaft aus der Finanzaristokratie mit dem Ehrendoktor dekorieren. — hier ist einmal ein Mann, der der Universtität die Sympathien der Arbeiterschaft gebracht hat, dafür geehrt worden.

Eine weitere Ehrenpromotion hat kulturhistorischen Wert, und das ist die Verleihung des theologischen Ehrendoktors an Parret Traub in Dornam — ein Protest gegen die preussische Staatskirche. Dieser Beschluß ist das Werk eines altiden Sozialdemokraten in der theologischen Fakultät, des Professors Nagaz, der den Mut hatte, in dem Moment, als seine vorgesehnte Regierung die Arrangements des Generalstreiks in Unterjudungsbahn setzte, den Generalstreik in einer Massenbrochure als sittliche Tat zu verberlichen. (Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß an der Züricher Universtität jeder Arbeiter eingeschrieben wird, und daß die Vorlesungen für „Hörer aller Fakultäten“ mit Rücksicht auf die werksmäßige Bevölkerung am Abend zwischen 6 und 7 Uhr stattfinden.)

Der Schatz der Reichen. Man schreibt uns aus Brüssel: Seit 1789 sind die Menschen sozusagen alle gleich . . . Wenigstens trägt die westeuropäische Menschheit seither die Idee der Gleichheit wie ein prächtiges Reklamschild auf ihrem Leib. Dennoch, von mancher anderen Gleichheit abgesehen, sind die Menschen heute noch nicht einmal — unser wahres Gesichtsbild beweist es — vor dem Klotz gleich — —

Der Arne darf tatsächlich nicht ungestraft daselbe Klotz benutzen wie die sogenannten besseren Leute. Dieser Tage ist in einem Brüsseler Hotel ein Kellner entlassen worden, weil er das für die Gäste bestimmte Klotz benutzt hatte. Der Mann hat 22 Dienstjahre und ist Besitzer einer Verdienstmedaille. Was nützt ihm nun beides? Einmal Tages reitet ihn der Hochmutsteufel über vielleicht war er auch nur „preffert“ und das Klotz für das Dienstpersonal gerade befehlt und er wandelte verbotene Pfade.

Daß diese Mißtat mit der größten Strafe, über die der Unternehmer verfügt, geahndet wird, beweist, daß das Vergessen in der Vorstellung des Hotelbesizers und der Gäste als besonders roh und strafwürdig empfunden wird. — Die Differenzierung der Menschen nach dem Klotzstrang ist ja in der Tat in der bürgerlichen Gesellschaft streng durchgeführt. Es gibt Menschen erster und zweiter Klotzklasse, solche für Herrschafts- und andere für Dienstklassen. Die urrealen, die Schätze der Meditation, der Seele, sind nach Klotzstrang ein Symbol, eine Magna charta des Bestehens, kurz, ein Schatz der Reichen. Und so mußte der Mann mit den 22 Dienstjahren und der Verdienstmedaille entlassen werden.

Notizen.

— Im Deutschen Opernhaus findet am Montag die Erstaufführung von Bogumil Jeplers komischer Oper „Monheur Bonaparte“ statt.

### Die italienischen Eisenbahner vertagen ihren Streik.

Rom, den 22. April 1914. (Fig. Per.)

Obwohl der Ausbruch des Streiks der Eisenbahner, der als letzte Instanz über das Vorgehen des Personals zu entscheiden hatte, nur nach langer Diskussion und mit geringer Mehrheit (manche sprechen sogar von Stimmgleichheit) beschlossen hat, jetzt von einem Streik abzustehen, kommt die Entscheidung dem großen Publikum nicht unerwartet. Im allgemeinen herrschte der Eindruck vor, daß die Eisenbahner durch einen Streik ihre Lage nicht verbessert hätten würden. Einmal, weil sie ihn seit fast einem Monat androhten und die Spannung des Personals schon zum Teil in Ermüdung umgeschlagen begann. Dann, weil es billig erschien, dem neuen Kabinett Zeit zum Studium der Eisenbahnerfrage zu geben und nicht ihm gegenüber eine Gewaltpolitik anzuwenden, die man dem vorigen Kabinett gegenüber besser verstanden hätte. Vor der Abstimmung hat übrigens der Ausschuss des Syndikats, wie man durch Indiskretionen erfährt, da die Presse bei den Verhandlungen ausgeschlossen war, Situationsberichte von Vertrauensleuten aus den verschiedenen Städten entgegengenommen. Aus ihnen ging hervor, daß die Stimmung des Personals sich durch das lange Warten nicht verbessert hatte, daß die Streiklust vielfach im Abflauen war. Unter diesen Umständen ist es dem Syndikat rätlich erschienen, den Streik auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Es heißt, daß er im nächsten Herbst nach der Weimarer Proklamation werden wird, zu einer Zeit, wo dem Frachtverkehr große Bedeutung zukommt. Die Taktik des Syndikats, das, wie wir wiederholt hervorgehoben haben, unter funktionsfähigem Einfluß steht, wird vielfach zum Gegenstand heftiger Kritik gemacht, da man den Eindruck hat, daß sie die Stellung des Personals gegenüber der Regierung nicht verbessert hat.

## Organisationszwang und Organisationsfreiheit.

Wir berichteten gestern unter dieser Überschrift über eine öffentliche Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform. Genosse Cohen hatte in der Versammlung Herrn Dr. Lewis angekündigt, er werde in der Presse mit Material dafür aufwarten, daß der Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands seine Mitglieder ungelegentlich durch Sichtwechsel terrorisiere und Beziehungen zu den gelben Werkvereinen unterhalte.

Wir geben dem Genossen Cohen in nachfolgendem Gelegenheit, seiner Ankündigung zu entsprechen.

Er schreibt uns: In den Satzungen eines dem Gesamtverband angeschlossenen Unternehmerverbandes lautet der § 17 wörtlich folgendermaßen:

#### § 17. Kautionsbestellung.

Zur Sicherung für die Erfüllung der in diesen Satzungen ihm auferlegten Verpflichtungen hat jedes Mitglied für die Dauer seiner Mitgliedschaft einen 8 Tage nach Sicht zahlbaren Wechsel (oder entsprechende Werte) zu hinterlegen, dessen Betrag von der Vertrauenskommission nach Maßgabe der in dem betreffenden Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer nach untenstehender Skala festgesetzt wird. Diese Wechsel oder Wertpapiere müssen von der Vertrauenskommission bei der Reichsbank in Verwahrung gegeben werden. Die Rückgabe der Kautions erfolgt beim Ausscheiden eines Mitgliedes, sofern Ansprüche an dasselbe nicht mehr bestehen.

Die Höhe der Kautions wird wie folgt festgesetzt:

bis 15 Arbeiter . . . . .	500 M.
50 . . . . .	1000 .
100 . . . . .	2000 .
250 . . . . .	4000 .
500 . . . . .	6000 .
darüber . . . . .	10000 .

Damit aber jeder Zweifel schwindet, sei auch noch nachfolgend § 18 aufgeführt:

#### § 18. Strafen

gegen Mitglieder, welche ihren sagemäßigen Verpflichtungen oder den durch die Vertrauenskommission resp. Generalversammlung in rechtsverbindlicher Weise gefassten Beschlüssen nicht nachkommen, kann die Vertrauenskommission eine Geldstrafe bis zur Höhe des Betrages der hinterlegten Kautions festsetzen und eventuell durch Einziehung des hinterlegten Wechsels betreiben. Die eingezogenen Beträge fließen in die Vereinskasse.

Angesichts dieser wörtlichen Wiedergabe der Strafbestimmungen ist ja wohl ein weiteres Beitreten nicht mehr möglich, und fällt die Erklärung des Herrn Dr. Lewis, meine Ausführungen seien unwahr, als hollus zusammen. Sollte Herr Dr. Lewis es wünschen, veröffentlichte ich auch noch Satzungen anderer dem Gesamtverbande angeschlossener Unternehmerverbände.

Daß auch sonstige Ausführungen des Herrn Dr. Lewis, gelinde gesagt, recht gewagt waren, geht aus folgendem hervor:

In den Satzungen des Gesamtverbandes selbst (diese Satzungen umgeben die Satzungen der Bezirks- und Ortsverbände etwa wie ein Mantel) sagt der § 39:

Der Vorstand des Gesamtverbandes kann bei Verstößen gegen Bestimmungen der Satzungen und der Allgemeinen Vorschriften folgende Strafen verhängen:

- a) Verweis,
- b) Geldstrafen,
- c) Ausschluss.

Diese Bestimmung sowie die Bestimmung in oben angeführtem § 17 eines dem Gesamtverband angeschlossenen Vereins sind, und das war meine Behauptung, ein Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung, ohne daß jemals seitens der Behörden deswegen irgend etwas unternommen wurde. Gegenüber stellte ich die emsige Tätigkeit der Behörden gegenüber Arbeitern, wenn diese sich einmal in leiblicher Weise gegen die Bestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung Verfehlungen zuschulden kommen lassen.

Herr Dr. Lewis erklärte es auch als nicht wahr, daß bei den organisierten Metallindustriellen Sperren nicht nur über streikende und ausgeperrte Arbeiter verhängt werden, sondern daß darüber hinaus Arbeiter gesperrt werden, und damit seitens der Metallindustriellen gegen die Entscheidung des Reichsgerichtes verstößen wird.

Im nachfolgenden ein Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptungen:

§ 13 der Satzungen in der erst vor kurzem errichteten Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände sagt:

Der Schutz der Vereinigung bei Arbeiterbewegungen besteht:

- a) in Erteilung von Ratsschlüssen und Eintreten in der Öffentlichkeit;
- b) in der Sperre der Streikenden, Ausgesperrten oder widerrechtlich ausgetretenen Arbeitnehmer.
- c) in der Bewilligung von Geldmitteln zur Bekämpfung der Arbeitnehmerbewegungen, insbesondere während des Kampfes.

Unter b) ist also ganz klar gesagt, daß außer Streikenden und Ausgesperrten auch andere Arbeiter gesperrt werden können.

Wie diese Sperren erfolgen und wie sie als eine geheime Keme wirken, davon sind ja der Öffentlichkeit in Hunderten von Fällen ausreichend Beweise übergeben. Im nachfolgenden möchte ich aber trotzdem noch eine solche schwarze Liste im Wortlaut veröffentlichen, die nur durch Zufall und bekannt wurde und um die Erklärung dafür gab, daß der durch diese schwarze Liste gesperrte Arbeiter in seinem zur Arbeiterorganisation gehörigen Betriebe unterkommen könnte:

### Arbeitgeber-Schuyverband Deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe.

J.-Nr. A. I. 1420/09. Berlin, den 4. September 1909.

Rundschreiben Nr. 25 pro 1909.

Der Schmiech . . . . . geb. zu . . . . . Nr. . . . . mußte wegen fortgesetzter Hegeereien von der Firma . . . . . in Berlin-Tempelhof entlassen werden.

Wir bitten, den Benannten bis auf weiteres nicht einzustellen.

Hochachtungsvoll  
Arbeitgeber-Schuyverband Deutscher Schlossereien  
und verwandter Gewerbe.

Kann man glauben, es handele sich hier vielleicht um einen Arbeiter, der wirklich bödsartig ist. Tatsächlich hat es sich um einen Arbeiter gehandelt, der im Betrieb für die Aufrechterhaltung der Tarifbestimmungen für die Schlossereibetriebe Berlin eintrat. Das gefiel dem Herrn Arbeitgeber nicht, darum die schwarze Liste.

Da Herr Dr. Lewis sich als Mitglied der Gesellschaft für soziale Reform vorstellte, und auf meine Frage, ob sich denn die Anschauung der Gesellschaft für soziale Reform mit den Anschauungen und allgemeinen Vorschriften des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller vereinbare, keine Antwort erfolgte, erlaube ich mir, im nachfolgenden einige der allgemeinen Vorschriften des Gesamtverbandes zu veröffentlichen und auf die Frage zu stellen, ob sich diese allgemeinen Vorschriften mit den Grundanschauungen der Gesellschaft für soziale Reform vereinbaren lassen.

Die allgemeinen Vorschriften des Gesamtverbandes haben folgende Einleitung:

1. Forderungen der Arbeitnehmer oder deren Organisationen, die grundsätzlich abzulehnen und mit allen Mitteln zu bekämpfen sind:

(Unter Fortlassung einer Reihe nicht hierher gehörender Bestimmungen beginne ich mit 1.)

Die Forderung auf Abschaffung des Arbeitnachweises der Arbeitgeber oder auf Einführung des paritätischen, d. h. mit den Arbeitnehmern gemeinsam verwalteten Arbeitnachweises.

Dann unter 1) Die Forderung auf unangemessene Verkürzung der Arbeitszeit.

Sodann unter 2. Vorschriften über die Regelung der Verhandlungsfrage im Gesamtverband.

Unter c) heißt es da: Die Vermittlung von Behörden, Gewerbevertragsgerichten, Gewerbeinspektoren und sonstigen Dritten ist nur mit Genehmigung des Ausschusses des Gesamtverbandes anzunehmen. (Was das heißt kann jeder ersehen, der die Zusammensetzung des Ausschusses kennt.)

Dann unter d) Wenn unter der im Absatz c) angegebenen Mitwirkung Dritter Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossen werden, so ist die Formulierung nicht den Dritten zu überlassen.

(Damit wird eine Tätigkeit, wie sie z. B. bei den Tarifverhandlungen im Holzgewerbe oder im Baugewerbe von den Unparteiischen ausgeübt wurde, ausgeschlossen.)

3. Vorschriften über den Abschluß des Arbeitsvertrages: Grundsätzlich sollen Arbeitsverträge nur mit den einzelnen Arbeitern oder Gruppen von Arbeitern, und zwar entweder auf Grund der Arbeitszeit oder auf Grund der Qualität und Quantität der Arbeitsleistung und der darauf verwendeten Arbeitszeit abgeschlossen werden (das heißt also, Tarifverträge nach Art der schon bestehenden in anderen Gewerben dürfen nicht abgeschlossen werden).

Sodann unter 5. Vorschriften über den Arbeitnachweis.

Unter b) heißt es da: Mitglieder des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller dürfen mit den Arbeitnehmern keine gemeinsamen (paritätischen) Arbeitnachweise errichten.

Nach Obigem scheiden sich doch wohl die Grundanschauungen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller und damit die Grundanschauungen des Herrn Dr. Lewis gegenüber den Grundanschauungen der Gesellschaft für soziale Reform wie Feuer und Wasser.

Da Herr Dr. Lewis auch jedwede Beziehung des Gesamtverbandes der Metallindustriellen zu den gelben Werkvereinen bestritt, seien folgende Bestimmungen aus den Satzungen des Gesamtverbandes der Metallindustriellen Deutschlands veröffentlicht:

§ 35. Arbeitnehmerverbände, welche sich in Gegensatz zu Kampfgewerkschaften stellen, sind auf Beschluß des Vorstandes von der Aussperrung auszunehmen. Voraussetzung ist ein dahingehender Antrag des Bezirksverbandes, in dessen Betrieben Mitglieder dieser Arbeitnehmerverbände beschäftigt sind, und daß deren Mitglieder die Zugehörigkeit zu kassentäpferischen Arbeitnehmerverbänden durch die Satzung ihres Verbandes verboten ist.

§ 37 sagt: Die Befreiung erstreckt sich nur auf Arbeitnehmer, welche dem Arbeitnehmerverband bei Anklündigung der Aussperrung mindestens ein Jahr lang angehören.

§ 37 a. Ueber die Mitglieder dieser Arbeitnehmerverbände haben die Werke genaue Verzeichnisse zu führen und auf dem laufenden zu halten, in welche die Namen der Mitglieder sowie der Tag des Ein- und Austritts einzutragen ist. Diese Verzeichnisse sind den Bezirksverbänden vierteljährlich einzulenden und von diesen jährlich, jedenfalls aber immer vor Eintritt einer Aussperrung, dem Gesamtverband vorzulegen.

Nach diesen Paragraphen kann ja wohl die innigste Beziehung zwischen den gelben Werkvereinen und Unternehmerverband nicht mehr bestritten werden, denn woher belämen sonst die Arbeitgeberverbände das so genaue Rationale der Mitglieder der gelben Werkvereine?

Damit sind auch die diesbezüglichen Äußerungen des Herrn Dr. Lewis abgetan.

Es würde zu weit führen, wollte ich an dieser Stelle auch noch den unumstößlichen Nachweis für die Unhaltbarkeit der sonstigen Ausführungen des Herrn Dr. Lewis erbringen. Unsere Wege werden sich ja wohl noch einmal kreuzen, und bleibt mir da immer noch die Möglichkeit, Herrn Dr. Lewis nachzuweisen, daß alles, was er bestritt bezüglich der Materialperre usw. seitens der Arbeitgeber durchaus zutrifft.

Des weiteren wird es mir an der Hand der Reden und schriftlichen Veröffentlichungen des früheren Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Herrn Bued, leicht möglich sein, nachzuweisen, daß die Grundanschauung der Gesellschaft für soziale Reform in bezug auf die Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern auf wirtschaftlichem Gebiet ebenfalls durch eine tiefe Kluft getrennt sind von den Anschauungen der Unternehmerverbände im allgemeinen und dem Gesamtverband der Metallindustriellen im besonderen.

Adolf Cohen.

## Aus der Partei.

Die internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik (Bogra) in Leipzig

wird am 8. Mai eröffnet werden. Unter den Ausstellern befindet sich auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die ihre Presse und ihre wissenschaftliche Literatur ausstellt. In einer großen Halle sollen die Tages- und Wochenblätter ausgehängt und fortlaufend ausgetauscht werden. Die Büchereiliteratur wird in Schränken und Büchereien ausgehängt, ein besonderer Schrank nimmt die Altsen

Zeitung der Partei auf. Das Äußere und Innere sozialdemokratischer Druckereien werden künstlerisch ausgeführte Diapositive zeigen. Werden die ausgestellten Bücher der Leistungsfähigkeit unserer Druckereien das beste Zeugnis ausstellen, so sollen besondere Anzeigenarbeiten anschaulich machen, was auch auf dem Gebiete des Anzeigenwesens und Kunstbrudes in unseren Druckereien geleistet wird. Graphische Darstellungen unterrichten über den Abonnementstand der Parteipresse, ihre Einnahmen und Ausgaben, geben Zahl des Personals und der Maschinen an und dergleichen mehr. In einem 16 Seiten starken Heftchen wird die Entwicklung und Bedeutung unserer Presse geschildert. Eine andere Schrift dient als Begleiter in der ausgestellten wissenschaftlichen Literatur. Beide Heftchen, die sich in geschmackvollem Umschlag präsentieren, sollen allen Ausstellungsbesuchern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

### Von der ungarischen Sozialdemokratie.

Nach sind die Ausnahmegesetze der ungarischen Regierung nicht warm geworden und schon zeigen sich die Folgen dieser Gesetze. Die Zahl der Verhaftungen wegen Majestätsbeleidigungen schwillt mächtig an. Genosse Stefan Salog erhielt vor einigen Wochen laut dem Gesetz wegen Beleidigung des Königs sechs Monate Staatsgefängnis und heute hat die königliche Tafel diese Strafe schon nach dem neuen Gesetz auf anderthalb Jahre Gefängnis erhöht. Derselbe Genosse erhielt am 17. April wiederum wegen Majestätsbeleidigung 1 1/2 Jahre Gefängnis, so daß er nun drei Jahre Gefängnis absitzen hat, wenn der höchste Gerichtshof des Landes, an welchen jetzt die Gerichtsakten gehen, diese Strafe nicht noch erhöht. Ob dem alten König mit dieser Strafe des Gesetzes ein Dienst erwiesen wird, kann bezweifelt werden. Das Parteiorgan, in welchem diese Majestätsbeleidigungsartikel erschienen, ist ohne schwere Geldstrafe davongekommen, was nur ein Versehen der Richter zu sein scheint.

Das schändliche Wahrechtsgesetz für Ungarn hat Rechtskraft erlangt. Wohl hat der letzte Kongreß der sozialdemokratischen Partei den einstimmigen Beschluß gefaßt, dem Ungarischen Wahlrecht gegenüber die Passivität zu wahren, jedoch ist die Stimmung gegen das Gesetz in der ganzen Partei derartig gereizt, daß auf dem bevorstehenden Parteikongreß aller Wahrscheinlichkeit nach dieser Beschluß geändert werden wird. Daher wird auch mit der diesjährigen Kampagne der Wahlkampf beginnen. Die Partei vertritt sich dabei nicht gegen den Kongreßbeschluß, da der Schwerpunkt der Wahl in der Zusammenstellung der Wahllisten liegt. Die Kampagne, die diesen Wahlkampf einleiten soll, wird daher diesmal imposanter und mächtiger sich gestalten, als in früheren Jahren.

### Parteiliteratur.

Als Heft 16 der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden kommunalpolitischen Abhandlungen „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ erschien: „Die Gemeindepolitik einer sozialdemokratischen Mehrheit“ von Julius Bruns in Offenbach a. M. (Preis der Vereinsausgabe 50 Pfennig.) In der gegenwärtigen Presse und besonders in den Schmähschriften des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist die Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu Offenbach in gebührender und einflussreicher Weise kritisiert worden. In der vorliegenden Schrift gibt Genosse Bruns eine wahrheitsgemäße Darstellung der kommunalen Tätigkeit unserer dortigen Parteigenossen und legt dar, daß das Geschick unserer Gegner über sozialdemokratische „Minderheiten“ eitel Lüge und Verdrehung ist. Die Schrift zerstört nicht nur die gegenwärtigen Lügengeschichten, sie gibt auch wertvolles Material aus der Blickehrlichkeit des kommunalen Lebens, das unseren Vertretern in den Gemeindeparslamenten nützliche Fingerzeige geben kann.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Prozess.

Vor der Strafkammer in Nordhausen hatte sich der Genosse Klein gegen die „Nordhäuser Volkszeitung“ wegen Richterbeleidigung zu verantworten. Infolge des von einem Weber in Forst l. L. angestrebten Kirchenaustritts für seine religionsunmündigen Kinder drohte diesem der dortige Amtsrichter, der zugleich Vormundschaffsrichter ist, mit der Beschränkung des Erziehungsdrehts für die zum Austritt Angemeldeten. Er müsse, wenn die Kinder nicht vom Vater einem anderen Glauben zugeführt würden, einen Vormund einsehen. Die Nordhäuser Volkszeitung nannte dieses Verfahren eine von richterlicher Willkür diktierte Rechtsbeugung. Es wurde Anklage erhoben und Genosse Klein gegen 300 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht erklärte, der Vormundschaffsrichter habe nur seine Pflicht getan. — Wie herzlich wir haben wir es getraut: Das Gesetz will Freiheit des Kirchenaustritts; die Bureaucratie aber verhindert dies.

## Soziales.

### Aus der besten aller Welten!

O selig, o selig, ein Kind noch zu sein! Das heißt, wenn man nicht mit verdienen muß! Der „Lippischen Landeszeitung“ wird berichtet:

„Ein recht seltsames und in gewissem Sinne lehrreiches Bild konnten wir neulich bei einem Spaziergange in der unmittelbaren Nähe von Detmold beobachten. Drei Schulkinder waren unter Zuhilfenahme von zwei Stühlen damit beschäftigt, die Umfassung eines Ackers zu besorgen. Da die Kinder ganz allein, ohne Gegenwart Erwachsener, diese schwere und verantwortungsvolle Arbeit besorgten, so interessierte uns die Sache und wir traten heran, um uns Auskunft von den Kindern zu holen. Der älteste Junge, der den Pflug zu führen hatte, erklärte, er werde 13 Jahre, das größere Schwesterchen sei 9 und das kleinere 6 Jahre alt. Das größere Schwesterchen, das sich übrigens rebellisch erwies und von dem Bruder mit Schlägen zur Arbeit getrieben wurde, mußte die Räder an der Kaulfessel halten und das sechsjährige mußte sie mit einer langen Weidenrute antreiben. Sicherlich war es ein Wild, würdig vom Pinsel eines Malers festgehalten zu werden, und den Kindern schien ihre Arbeit auch bei einigem Hü und Hott, soweit die Tiere angezogen werden mußten, nicht über zu gelingen. Aber vom sozialen und erzieherischen Standpunkt aus ist die Sache doch höchst bedenklich. Wieviel Zeit soll für einen noch nicht dreizehnjährigen Jungen solowohl zu den Schularbeiten wie zu der nötigen Erholung übrig bleiben, wenn er derartig arbeiten soll? Auf unsere Frage, ob er denn keinen Vater mehr habe, antwortete der Junge: „Ja, aber der ist auf Arbeit!“ . . . . .

Der Menschheit ganzer Jammer! Das unumtündige, zarte Kind wird schon in die Fron gemängt, aber sicher nicht, weil die Eltern sich durch die Ausbeutung der schwachen Kräfte ihrer Kinder ein leichtes Leben verschaffen wollten. Es wird schon so sein, wie es in der Regel in solchen Fällen ist. Vater und Mutter verdienen nicht genug zum Leben für sich und ihre Kinder!

Die liberale Zeitung schreibt von einem in gewissem Sinne lehrreichen Wilde, und sie findet die Sache schließlich doch auch höchst bedenklich! In der Tat, sie hat recht, nur zu recht! Aber was die Moral von der Geschichte betrifft, so wäre gerade den Liberalen zu empfehlen, sich bei ihren kleinbäuerlichen Phantastereien dieses „lehrreichen Wildes“ zu entziehen. In allen Tonarten wird gerade von liberaler Seite immer das kleinbäuerliche Ideal gepriesen, aber fast durchweg findet man in den Kleinbäu-

### Behördlicher Terrorismus.

Durch einen Gewaltakt des königlichen Versicherungsamtes des Kreises Niederbarnim wurden anlässlich der mit dem 31. Dezember 1913 erfolgten Schließung der sämtlichen Ortskrankenkassen des Kreises alle diejenigen Kassenangehörigen, welche sich offen für unsere Partei betätigt gemahnt, indem sie in die neugebildete Klasse nicht übernommen wurden, trotzdem dieselben bis zu zehn Jahren zur allseitigen Zufriedenheit ihre alten Stellen angefüllt hatten. Die Beteiligten haben sich wegen dieser Maßnahme beschwerdefähig an den Regierungspräsidenten gewandt, da ihnen andererseits bekannt war, daß in der neuen Klasse auch Personen eingestellt wurden, welche bislang mit den Krankenkassen nicht das geringste zu tun hatten, ja daß sogar Militärpersonen zur Dienstleistung herangezogen worden sind.

Dieses hohnsprechende Vorgehen einer öffentlichen Behörde hat nun die Entfaltung der Regierung durch folgenden, den Beschwerdeführern erteilten Bescheid gefunden:

„Die Beschwerde, die Sie über das Landratsamt des Kreises Niederbarnim führen, weil dieses nicht für Ihre Weiterbeschäftigung bei einer neuen Krankenkasse gesorgt habe, nachdem die Klasse, bei der Sie bisher beschäftigt waren, am 31. Dezember 1913 geschlossen worden war, muß als unbegründet zurückgewiesen werden. Ein Anspruch auf Uebernahme in die Verwaltung der neugegründeten Klassen bestand für Sie nicht. Die Klassen waren nur angewiesen, soweit tunlich, geeignete Beamte zu übernehmen. Nach dem Bericht des Versicherungsamtes sind auch tatsächlich im ganzen 29 solche Beamte der früheren Klassen übernommen worden. Ihre Uebernahme ist nicht erfolgt, weil Sie für die in Frage kommenden Stellen nicht geeignet erschienen. Die für diese Beurteilung maßgebenden Gründe im einzelnen nachzuprüfen, ist nicht Sache der Aufsichtsbehörde. Ich bin daher nicht in der Lage, in Ihrem Sinne etwas zu veranlassen.“

Erfaunlich ist an diesem Bescheide die Ungenauigkeit, mit welcher man sich über das ausdrücklich abgegebene, auch in der Reichsversicherungsordnung festgelegte Verprechen hinwegsetzt, wonach die politische oder religiöse Veräußerung der Angestellten keinen Grund zu einem Vorgehen gegen sie geben darf. Warum scheut man sich, offen auszusprechen, daß nur die Parteizugehörigkeit der Antragsteller die Ursache war, daß jedermann weiß, daß die sachliche Befähigung nicht Voraussetzung zur Uebernahme auf die neue Klasse war. Demnach kann man nur noch annehmen, daß die Schließung der Klassen des Kreises Niederbarnim eine wohl vorbereitete Maßnahme war, um unbequeme politische Angestellte auf einfache Art loszuwerden; denn daß die vom Versicherungsamt neugeschaffene Klasse den Beteiligten — Versicherten und Arbeitgeber — in irgendeiner Weise etwa Vorteile oder Erleichterungen gebracht hätte, kann nach all den jämmerlichen Einrichtungen, welche in so reichem Maße die öffentliche Kritik schon herausforderten, nicht behauptet werden.

Recht sonderbar erscheint die in dem obengenannten Bescheide niedergelegte Tatsache, daß die Aufsichtsbehörde es ablehnt, die Gründe für die Ablehnung der Angestellten nachzuprüfen; ist sie wirklich nur dazu da, unbedenken, nur dem Bericht der untergeordneten Stelle folgenden, deren Maßnahmen zu decken? Diese ganze Angelegenheit sollte unserer Reichstagsfraktion erneut Gelegenheit geben, die schärfste Kritik anzulegen.

### Parteiangelegenheiten.

#### Kunst, Künstler und Sozialismus

lautet das Thema, über das am Montag, den 27. April, abends 8 Uhr, Dr. Max Boenigsen-Alberti in den „Industrie-Gesällen“, Deuthstraße 20, sprechen wird.

Die Genossen von Sieglitz-Friedenau werden darauf aufmerksam gemacht, daß der gleiche Vortrag bei Schellhase dafür ausfällt.

Bierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 26. d. M., unternimmt die 19. Abteilung eine Besichtigung des Krematoriums in Baum-Schulentweg. Treffpunkt um 10 Uhr vormittags am Schlesiern Bahnhof.

Lihtenberg. Morgen Sonntag, mittags 1 Uhr: Deffentliche Protestversammlung im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5. Tagesordnung: „Polizeigewalt gegen Arbeiter etc.“. Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann. Da die Polizei nicht nur zum dritten Male die unpolitische Verammlung der Jugendlichen aufgelöst, sondern auch die Mitglieder-versammlung des Wahlvereins am letzten Donnerstag verboten und den Saal mit Gewalt geräumt hat, wird Massenbesuch erwartet.

Wilmersdorf. Montag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr pünktlich im „Viktorgarten“, Wilhelmstraße 114: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Der Polizeikamp gegen die Arbeiterbewegung. Referent: Ingenieur Genosse Herrn. Lademann. Freie Aussprache. Parteiangelegenheiten. (Siehe auch die „Vorwärts“-Beilage morgen früh).

Wiesbaden. Morgen Sonntag früh 8 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Spandau. Morgen Sonntag, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr: Besichtigung des neuen Rathauses. Treffpunkt vor dem Rathaus.

### Berliner Nachrichten.

#### Der Niedergang der Jungfernheide.

Wohl kaum ein zweiter größerer Waldbestand in der Umgebung Berlins hat sich so schwer gegen das Andrängen der baulichen Entwicklung des Groß-Berliner Riesens und gegen industrielle Ausschichtung zu wehren wie die altehrwürdige Jungfernheide. Bestimmten meinen, daß auch der Zweckverband auf die Dauer nicht stark genug sein wird, die nicht gerade blendend schöne, aber immer noch recht ansehnliche Waldjungfer zwischen Berlin-Plöbensee, Spandau und Tegeler vor dem Erdrückwerden durch Mauersteinhaufen und Verkehrstrassen zu bewahren. Es ist schade um den Niedergang dieses mit so viel Romantik umwobenen Waldgebietes, dessen Geschichte mit derjenigen des alten Berlin so eng zusammenhängt. Bis 1558 war die Heide Besitz des im selben Jahre aufgelösten Spandauer Benediktiner-Nonnenklosters Sankt Marien. Aus dieser Epoche stammen noch die Namen Nonnendamm, Nonnenwiesen und Bräuerdamm. Bekannt ist auch die Historie, daß märkliche Raubritter, deren Nachfolger heute im preussischen Dreiklassenparlament dem Uebermut die Fägel schmecken lassen, einen Warenzug des Klosters überfielen und plünderten, die begleitenden Nonnen schändeten und töteten. Noch mancher geführte oder auch ungeführte Mord, der viele

Spurgeschichten an die Jungfernheide knüpfte, ist seitdem hier geschehen, und drei Jahrhunderte nach der Schandtat an den Nonnen war die Heide wieder in aller Munde durch das Duell, in dem 1856 der Berliner Polizeipräsident Hinkeldey von der Hand eines märkischen Junkers fiel, was noch heute ein Gedenkstein anzeigt.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann die eigentliche Erschließung. Der Spandauer Schiffsfahrtskanal wurde 1851 eröffnet, zwei Jahrzehnte später schoben sich die ersten ratternden Räder der Leichterbahn und des Nordrings in die Kiefern hinein. Mit der idyllischen Waldruhe war es erst recht vorbei, als ein Industriewerk nach dem anderen die schönsten Waldpartien am Tegeler Seeufer, ferner am Nonnendamm sowie an anderen Stellen der Jungfernheide mit Beschlag belegte, und die Jungfräulichkeit zerriff. Das Tegeler und das Plöbensee-Gebiet haben sich Waldgebiet ausgedehnt, um ihren Zusaffen den Unterschied zwischen Freiheitsentziehung und Waldesfreiheit so recht zu Gemüte zu führen. Einen immer breiteren Aktionsraum hat sich der Militärisch-fiskus gesichert. Der neue Großschiffsfahrtsweg Berlin—Stettin zieht seine scharfe Linie wo einst der Jungfer Dornröschen buschige Paladine standen, und schon ist zur Anlage des Bestbahens auf dem Gelände des ehemaligen Johannisstifts bei Plöbensee der erste Spatenstich getan. Auf dem südlichen Teile der Jungfernheide hat Charlottenburg einen Stadtpark erstehen lassen. Auch von Norden her rückt die zerstörende und aufbauende Menschenhand unaufhaltsam vor. Kirchhöfe und zahlreiche kleinere industrielle Anlagen, Krankenhäuser und andere gemeinnützige Institute, das „afrikanische Viertel“ an der Müllerstraße und der Säckerpark haben den letzten größeren Zwischenraum im Norden zwischen dem Berliner bebauten Reichslande und der Jungfernheide überbrückt. Selbst die Militärschießstände bei Plöbensee sind schon fast verwaist und barren der Bebauung für irgendeinen militärischen Zweck.

So ist die einst so üppige Waldjungfer immer schlanker geworden. Widerwillig muß sie sich in das Korsett der Aufteilungsmode zwingen lassen, zum Nachteil auch der Berliner, die immer noch der Jungfernheide ein starkes Stück Anhänglichkeit bewahrt haben, aber doch langsam sich zu schöneren Waldgegenden hingezogen fühlen, wenn hier die Art gar zu sehr in der Waldnatur wütet. Gute Weile hat es natürlich noch, bis die Jungfernheide der Vergangenheit angehört, aber was sie den Berlinern war, das ist sie längst nicht mehr.

Einschreibbriefautomaten. Automaten für Einschreibbriefe sind auf den Berliner Postämtern NW 7 in der Dorothienstraße, W 9 beim Potsdamer Bahnhof und O 17 auf dem Schlesiern Bahnhof aufgestellt. Deren Benutzung macht das Publikum bei der Einlieferung frankierter Einschreibbriefe von den Schaltern unabhängig. Es erpart jedes Barten. Die Einlieferungsscheine, die die Apparate verabsolgen, sind den Schaltern in jeder Beziehung gleichwertig, die von den Schalterbeamten erteilt werden. Die Scheine der Automaten sind auch deshalb nicht weniger gültig, weil bei ihnen die Angabe des Empfängers naturgemäß nicht möglich ist. Ihre abweichende Form beeinträchtigt keineswegs die Postpflicht der Postverwaltung. Wie die Automaten zu benutzen sind, ist an den Apparaten selbst klar und anschaulich dargestellt. Auf diese vorteilhafte Einrichtung wird deshalb hierdurch von neuem aufmerksam gemacht.

#### Die Gefahren des Prügelns.

In der „Pädagogischen Zeitung“ finden wir eine an die Lehrer gerichtete Mahnung, bei Züchtigung von Schülern unter allen Umständen Ohrfeigen zu vermeiden. Welche Folgen eine Ohrfeige haben kann, wird an einem Fall gezeigt, der einem jungen Lehrer in der Provinz Brandenburg passiert ist. Die Mitteilung trägt die Ueberschrift „4767,05 M. für eine Ohrfeige“ — womit das Blatt von vornherein zu erkennen gibt, auf welche üblen Folgen die Lehrer hingewiesen werden sollen. 4767,05 M. muß nämlich der junge Lehrer für eine Ohrfeige zahlen, die er einer elfjährigen Schülerin gegeben hat. Bei dieser „Ohrfeige“ wurde das Ohr gar nicht getroffen, sie war aber (nach ärztlichem Gutachten) die Ursache dazu, daß einige Stunden später das Kind einen Schlaganfall erlitt. Da dieser zu einer teilsweisen, voraussichtlich dauernden Lähmung der linken Körperseite führte, so wurde gegen den Lehrer ein Schadenersatzanspruch erhoben. Er glaubte, es auf eine Klage antworten lassen zu können, weil er hörte, daß bei dem Kind eine erbliche Anlage bestanden sollte. Vor Gericht ergab sich aber, daß dies nicht zutrifft, und so zog denn der Lehrer vor, einen Vergleich zu schließen. Er muß 4000 M. Entschädigung zahlen, wozu noch 767,05 M. Gerichts- und Anwaltskosten kommen. Die Mitteilung der „Päd. Ztg.“ hebt hervor, daß ein solcher Ausgang der Sache zwar als ungewöhnlicher Ausnahmefall bezeichnet werden muß, aber bei jeder Ohrfeige möglich ist. Die Ohrfeige nämlich, die dem Lehrer so teuer wurde, soll nicht mal besonders kräftig gewesen sein. Das Lehrblatt legt bei dieser Ohrfeigengeschichte das Gewicht darauf, daß sie für das Fortmonnaie des prügelnden Lehrers üble Folgen gehabt hat. Eltern werden in erster Linie an die dem Kinde widerfahrere schwere Gesundheitsschädigung denken, die durch seine Abfindung in Geld wieder gut gemacht werden kann.

#### Mit Gott für König und Vaterland für eine Mark.

Die erste Frau in der Berliner Armenverwaltung ist Frau Gerndt. Die schon einige Jahre Vorsitzende einer Armenkommission ist. Sie wurde in der geheimen Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag ohne jeden Widerspruch gewählt. Wegen der zweiten zu wählenden Frau war über die Person der zu Wählenden keine rechte Uebereinstimmung in dem mit der Vorbereitung der Wahl betrauten Ausschuss für unbefoldete Gemeindebeamte zustande gekommen, und so wurde beschlossen, die Wahl der zweiten Frau zu verlagern.

#### Mit Gott für König und Vaterland für eine Mark.

Am nächsten Sonntag findet im Circus Busch zu Berlin eine große christlich-nationale Kundgebung statt, in der konservative Politiker mit vereinten Kräften das Thema: „Mit Gott für König und Vaterland“ behandeln wollen, und zwar soll der Pastor Philipps den ersten Teil „Mit Gott“, der Führer der konservativen Fraktion, Graf Westarp, den zweiten Teil „für König“ und der Generalsekretär der christlichen Arbeiter, Abg. Behrens, den letzten Teil „und Vaterland“ behandeln. Für diese Schauveranstaltung wird ein Eintrittsgeld von einer Mark in den Logenplätzen, von 20 Pf. für den übrigen Teil des Circus erhoben.

#### Familienfuss und „Deutsche Tageszeitung“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ will ihre Leser zu einem Vertrauensverhältnis zusammenführen. Sie erläßt deshalb im Inseraten teile folgende Bekanntmachung:

„An unsere verehrten Freunde erlauben wir uns die wiederholte Bitte zu richten, uns über alle freudigen und bange Ereignisse in der Familie eine bezügliche Anzeige zugehen zu lassen. In der Anwendung gerade dieser Art Anzeigen liegt die Befundung eines erfreulichen Vertrauensverhältnisses der Leser untereinander und zu ihrem Blatte. Wir berechnen unseren Freunden für diese Anzeigen die Zeile mit nur 25 Pf. gegen sonst 50 Pf.“

Wie gut es doch die „Deutsche Tageszeitung“ mit ihren Lesern meint. Sie nimmt gern die Anzeigen über freudige und bange Ereignisse, über Geburten, Verlobungen, Hochzeiten und Sterbefälle auf, und sieht darin die Befundung eines erfreulichen Vertrauensverhältnisses der Leser untereinander und zu ihrem Blatte. Sie berechnet für die Zeile dieser Anzeigen auch nur 25 Pf. gegen sonst 50 Pf.

Es lebe der Familienfuss — denn der, der bringt doch noch was in! —  
Wer ihn beland't per Inserat — kriegt 50 — ja! — Prozent Rabatt! —  
Doch wer's per Erbschaftsteuer läßt — dem fluchten wir von früh bis spät! —  
Denn dadurch würde — unerhört! — Familienfuss total zerstört! —

#### Gausgeld bei Heilverfahren.

Ordnet die Landesversicherungsanstalt bei Versicherten, die Angehörige ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst unterhalten haben, das Heilverfahren an, so hat die Landesversicherungsanstalt ein Gausgeld für die Angehörigen zu gewähren. Dieses Gausgeld muß, falls der Erkrankte Mitglied einer Krankenkasse war, nach § 1271 in Verbindung mit § 1518 der Reichsversicherungsordnung mindestens den Betrag ausmachen, den die Krankenkasse lautungsgemäß für den Fall, daß die Kasse Krankenhausbehandlung anordnet, an die Angehörigen zu zahlen hat.

Dieser Betrag macht nach § 186 der R.V.D. mindestens die Hälfte des Krankengeldes aus, kann aber durch Satzung nach § 194 R.V.D. bis zum Betrage des vollen Krankengeldes erhöht werden. Von diesem Recht auf Erhöhung haben eine Anzahl Kassen Gebrauch gemacht. Nach und nach gewordenen Mitteilungen machen aber die Landesversicherungsanstalten öfters Schwierigkeiten, diese über das gesetzliche Minimum hinausgehende Angehörigenunterstützung zu leisten. Da die Versicherten in solchen Fällen einen Rechtsanspruch auf die erhöhte Leistung haben, raten wir in solchen Fällen zu einer Beschwerde an das Oberversicherungsamt.

In der Regel wird aber ein Hinweis auf die fragliche Bestimmung des Kassenstatuts und die oben zitierten Gesetzesbestimmungen der Versicherungsanstalt gegenüber genügen.

#### Tödlicher Unfall in einer Berliner Gasanstalt.

In der hiesigen Gasanstalt in der Danziger Straße ereignete sich am Donnerstag kurz vor Arbeitschluss ein schreckliches Unglück. An einem der großen Heizöfen waren mehrere Arbeiter beschäftigt. Einer von ihnen, der 53 Jahre alte Anton Sierschala aus Weissenhof, Boehringer Straße 20, wollte eben den Ofen absperrern, als ein Behälter, ohne die Bremse anzulegen, den „Stempel“ herabfallen ließ. Der Stempel, der ein Gewicht von über 40 Zentnern besaß, fiel auf Sierschala mit solcher Wucht herab, daß dem Unglücklichen sofort der Bauch aufgerissen wurde und die Gedärme hervorquollen. Das einzige Kleidungsstück, das er anhatte — wegen der großen Hitze arbeiten die Leute nur mit dem Notdürftigsten bekleidet — hing, da Sierschala gegen den Ofen fiel, Feuer. Der Verunglückte rief einem seiner Arbeitskollegen noch zu: „Lieber Paul, grüß alle schön zu Hause“ und verschied dann.

#### Die „goldene“ Schuljugend.

Ein Berliner Gymnasialdirektor wendet sich dagegen, daß manche Gymnasialisten bei Schulausflügen unverhältnismäßig viel Geld mitbringen und davon überflüssige Ausgaben an Spielbuden, Automaten und dergleichen machen. Das entspreche nicht dem Zwecke der Schulausflüge, die den Knaben Freude an der Natur, Wanderlust, kameradschaftlichen Sinn, Frische und Fröhlichkeit erwecken, nicht aber materielle Genüsse gewähren sollen. Kein Schüler solle mehr als höchstens eine Mark bei sich haben. Das Familienhaus müsse auch hierbei die Schule in der Erziehung zu einfacher, anspruchsloser Lebensführung unterstützen.

Der Herr Schuldirektor denkt und der Herr Papa lenkt. Er sieht auf dem Geldbad und proht damit, daß er seinem Namenstriben schon in der Schule ein „Landesgemähes“ Taschengeld geben kann, und der Herr Junge wird dadurch noch mehr verführt, auf andere Menschen und selbst auf Schulkameraden, die in der Wahl ihrer Eltern weniger vorzüglich waren, herabzusehen. Der Herr Gymnasialdirektor hat mit seiner Mahnung noch nicht mal ins Schwarze getroffen. Er sollte mal darauf acht geben, wie diese jungen Herrchen außerhalb der Schulausflüge mit dem aus Pappas Tasche bewilligten Gelde herumwirtschaften. Der Schulausflug — nun, man macht ihn mit, weil man muß. Aber es gibt reizvollere Vergnügungen, nach denen der Sinn unserer „goldenen“ Jugend in manchen höheren Lehranstalten, die von reichen Eltern bevorzugt werden, steht. Um die weibliche goldene Schuljugend sieht es nicht viel besser.

#### „Billige“ Preshohlen.

„Billige“ Preshohlen gab es gestern vormittag am Kolibuser Damm. Dort, an der Ecke der Wäckerstraße, fuhr ein Notortwagen der Straßenbahnlinie 65 einem mit Preshohlen hochbeladenen Plattenwagen so wuchtig in die Flanke, daß die Seitenbreiter brachen und die ganze Ladung auf den Straßenbaum herabfiel und ihn in seiner ganzen Breite bedeckte. Fuhrwerke aller Art legten kurz entschlossen über das Hindernis hinweg, und so war bald der größte Teil der Kohlen mehr oder weniger zerstückelt. Aus allen Häusern der Nachbarschaft kamen nun Frauen und Kinder mit Säcken, Körben und Eimern herangelaufen und trugen von der verunglückten Ladung weg, was sie nur schleppen konnten. Auch zufällig Vorübergehende machten sich die Gelegenheit zu dem „billigen Einkauf“ zunutze. Selbst besessene Damen füllten eiligst ihre Markttaschen. Die Schuttmänner, die gerade da waren, konnten nichts ausdrücken, weil sie für den Verkehr zu sorgen hatten. So nahm ein jeder ungehindert, was er bekommen konnte und binnen zehn Minuten war alles geräumt.

#### Ertrunken.

Beim Spielen ertrunken ist gestern nachmittag der sechsjährige Alfred Lüdele aus der Parochialstraße. Er spielte mit mehreren

**Altengefahren am Schängeländer der Spree in der Kleinen Stralauer Straße**, als er plötzlich das Gleichgewicht verlor und ins Wasser stürzte. Auf das Geschrei der Kinder machten sich sofort Erwachsene ans Rettungswerk, die aber nicht helfen konnten. Der Kleine war sofort untergegangen und konnte noch nicht geborgen werden.

**Ein schwerer Straßeneinbruch** ereignete sich gestern Abend in Neuföhren. Der 41 Jahre alte Maler Franz Kuhn, dessen Wohnung noch nicht festgestellt werden konnte, fuhr gegen 6 Uhr auf einem Zweirad die Bergstraße in südlicher Richtung entlang. Hierbei geriet er mit dem Hinterrad in eine Straßengrube und kam dadurch so unglücklich zu Fall, daß er unter einen hinter ihm folgenden Schlächterwagen zu liegen kam. Ein Rad des Führers ging über seinen Kopf und zermalmete ihn, so daß der Unglückliche auf der Stelle verstarb. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

**Zeugengefähr.** Personen, die gesehen haben, wie am Osterfestabend früh 7 1/2 Uhr an der Straßenbahn-Haltestelle Dramenburger Tor ein Mann von einem Auto umgefahren wurde, werden um Abgabe ihrer Adressen an Heinrich, Pantow, Kavalleriestraße 10, gebeten.

**Kleine Nachrichten.** In der Jungfernheide erkängt aufgefunden wurde gestern ein unbekannter Mann von etwa 30-35 Jahren, der seinem Aeußeren nach wohl dem Arbeiterstande angehört hat. Der Leiche ist 1,60 Meter groß und unterlegt, hat blondes Haar, einen hellblonden Schnurrbart und trägt einen dunkelblauen, gestreiften Jacketanzug, eine braune Sportmütze mit grünem Futter und grüne Holenträger mit der Geschäftsbezeichnung „Simon“. In einer Wohnung im Hause Kiderstraße 140 wurde die 42 Jahre alte Näherin Helene Müller als Leiche aufgefunden. Die Leiche war stark verwest und es wird angenommen, daß die Näherin schon 14 Tage tot war. Auf dem Tisch stand ein Glas mit dem Rest von Gift, das ihr den Tod gebracht hatte; auch ein Abschiedsbrief wurde gefunden.

## Aus aller Welt.

### Die gestohlenen Torpedoboote.

Ein ganz unerhörter und unglaublicher Zwischenfall wird aus Toulon gemeldet. Vor einigen Tagen wurden zwei französische Torpedoboote gestohlen und ist es bisher trotz der eifrigsten Nachforschungen nicht möglich gewesen, eine Spur der Täter aufzufinden. Ueber die näheren Umstände gibt „Welt Parisien“ folgende Einzelheiten:

Am Verlauf von Torpedoboote-Männern, die vor einigen Wochen stattfanden, stieß das Torpedoboot „174“ auf ein Riff und sank. Die Mannschaften wurden daraufhin sofort abgedröht und die ganze Torpedoboote-Flottille kehrte nach Toulon zurück, mit Ausnahme des Torpedoboote „Siagne“, das in dem kleinen Hafen von Port-Bothuan verankert war. Die Mannschaft des Schiffes wurde dann beauftragt, die Hebungsarbeiten des gesunkenen Torpedoboote vorzunehmen, doch mißlingen diese vor einiger Zeit, da die Mannschaften anderweitig verwendet werden sollten, unterbrochen werden. Als nun die Arbeiten wieder aufgenommen werden sollten, konstatierte man zur allgemeinen Ueberraschung, daß das Torpedoboot „Siagne“ aus dem Hafen von Port-Bothuan verschwunden war. Noch größer war die Ueberraschung, als man zu der Stelle fuhr, an der das Torpedoboot „174“ 25 Meter unter dem Meeres-Niveau gelegen hatte, jetzt aber spurlos verschwunden war. Den unbekannteren Tätern dieses phantastischen Diebstahls war es geglückt, mit Hilfe der staatlichen Hebemaschine das Boot an die Meeresoberfläche zu bringen und mit beiden Schiffen abzuklampfen.

Die ganze Angelegenheit hat die allergrößte Aufregung hervorgerufen. Die Marinebehörden haben sofort nach allen Richtungen Telegramme ausgesandt, um Licht in das räthelhafte Verschwinden der Schiffe zu bringen.

### Die Kunst des Särmens.

Die von ihnen futuristischen Erfindern als Kunst des Särmens bezeichnete „Zukunftsmusik“ scheint auf nicht-futuristische Nerven ganz besondere Wirkungen auszuüben. Der futuristische Maler Ruffalo wollte in dieser Woche den Mailänder Musikfreunden die wunderbaren Schönheiten der Zukunftsmusik vorführen. Bereits bei der ersten musikalischen Darbietung, die sich „Das Erwachen einer Stadt“ nannte, war die Begeisterung der

Zuhörer so groß, daß Karosfeln, Korklöcher, faule Apfelsinen und anderes den Künstlern dargebracht wurden. Der Höhepunkt der Begeisterung wurde aber erreicht, als im dritten Teil des Programms ein „Automobile und Aeroplane“ genanntes futuristisches Musikstück „intoniert“ wurde. Der Särmensärm, der auf der Musikbühne losging, wurde noch gesteigert durch die musikalische Begleitung, die im Saale einsetzte. Mit Kinderkrocheln, Automobilhuppen, Trichtern und anderen Musikinstrumenten suchte man die Schönheiten der futuristischen Musik noch zu überkreuzen. Schließlich lief das Ganze in eine allgemeine Prügelei aus, bei der Stuhllehnen und Messer eine ganz erhebliche Rolle spielten. Bei dem Durcheinander wurden zehn der Kämpfenden durch Messerstiche schwer verletzt. Zum Schluß kam es noch zu einem regelrechten Zweikampf zwischen einem Futuristen und einem Musikkritiker, dem bekannten Abgeordneten Cameroni. Dabei bewies der Futurist, daß er dem Anhänger der Gegenwartsmusik wenigstens im Krügeln überlegen war. Er richtete den Musikkritiker durch einen Schlag mit einem Knüttel übel zu.

Die Futuristen haben nach diesem Erfolge geschworen, die Mailänder Kunstbühnen mit der gebührenden Beachtung zu strafen. In Zukunft wollen sie nur ihre Anhänger in die Kunst des Särmens einweihen.

### Sieben Arbeiter erstickt.

Ein entsetzliches Brandunglück hat sich Freitag mittag in der im Mansfelder Gebirgskreis gelegenen Ortschaft Leimbach zugetragen. Auf einem Neubau der Rheinischen Dynamitfabrik hatten sich in der Mittagspause sieben Arbeiter, vier Maurer und drei Steinleger, in einem Raume zum Schlafen niedergelegt. Eine brennend fortgeworfene Zigarette legte im Raum liegende Holzabfälle in Brand und durch den sich entwickelnden Rauch sind alle sieben Arbeiter erstickt. Die bei den Verunglückten vorgenommenen Wiederbelebungsvorläufe blieben erfolglos.

### Militärrevolte in einem österreichischen Infanterie-Regiment.

Aus Klagenfurt wird berichtet, daß dort 19 Soldaten der 6. Kompanie des zumeist aus Slowenen bestehenden 17. Infanterieregiments zu insgesamt 45 Jahren und 9 Monaten schweren Kerkers verurteilt worden sind. Die Verurteilten sollen in der Trunkenheit grobe Erzeffe verübt haben, die als Meuterei und gemeinsame Auflehnung angesehen wurden. Die ganze 6. Kompanie wurde aufgelöst und aus Mannschaften der übrigen Kompanien des Regiments neu zusammengesetzt. Näheres über die angeblichen schweren Verfehlungen der so hart Verurteilten ist bisher nicht bekannt geworden.

### Folgeschwerer Fliegerabsturz.

Der Flieger Bischoffmann, der Freitag früh in Aspern zur ersten Etappe des Schichtfluges Wien-Prag mit seinem Bruder als Passagier aufgestiegen war, ist bei Zwickau infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse abgestürzt. Der Pilot Bischoffmann wurde lebensgefährlich, sein Bruder schwer verletzt. Wenige Stunden später ist der Pilot seinen Verletzungen erlegen.

### Brandkatastrophen.

In dem galizischen Dorfe Raminiepol entstand am Donnerstag ein Brand, durch den 90 Häuser vernichtet wurden. Eine in einer Scheune übernachtende Frau verbrannte mit ihren beiden Kindern.

Nach einer Meldung aus Warschau ist das Dorf Bogorja vollständig niedergebrannt; mehrere Personen wurden bei den Löscharbeiten schwer verletzt. 200 ihres Obdachs betraute Personen mußten die Nacht unter freiem Himmel zubringen. — An demselben Tage wurden in dem Dorfe Saszow 26 Häuser eingeeßert. Das Feuer wurde von einem Kinde verurteilt, das in einer mit Stroh gefüllten Scheune mit Pulver spielte. Den Anaben fand man später als Leiche unter den Trümmern der Scheune.

### Kleine Notizen.

**Liebesdröge.** In Saarbrücken wurde die Kellnerin Paul von ihrem Liebhaber Schmidt, einem angeblichen Inspektor der Bach- und Schließgesellschaft in Reg., durch einen Dolchstoß in die Herzgegend schwer verletzt. Der Täter wurde von einem Schutzmännchen verfolgt, sprang in die Saar und ertrank.

Von einem Einbrecher erschossen. Am Freitagvormittag wurde der Gendarm Kistling bei der Station Rheinbaben, als er den flüchtig verfolgten Einbrecher Kaul verhaften wollte, von diesem erschossen. Der Gendarm hatte noch so viel Kraft, dem Einbrecher einen Stoß über das Gesicht zu versetzen. Der Räuber floh in den nahen Wald.

**Der Ausbruch des Vesuvius.** Donnerstag früh hat ein heftiger Ausbruch des Vesuvius, begleitet von mehreren Erdstößen, stattgefunden. Die obere Öffnung des Kraters spie enorme Mengen flüssigen Schwefels und giftiger Gase aus. Die Gasentwicklung war so stark, daß die Bewohner von Regina und Bugliano sehr stark davon in Mitleidenschaft gezogen wurden. Das unterirdische Donnern hielt den ganzen Tag über an. Das Vesuviuslaboratorium erklärt jedoch, daß Anlaß zur Verunreinigung nicht vorliegt.

**Untergang der „Siegensia“.** Der an der marokkanischen Küste gekenterte Stettiner Dampfer „Siegensia“ ist gesunken. Die bereits gemeldet, konnten 19 Mann der Besatzung gerettet werden, nur ein Matrosen ist ertrunken.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, 26. April, vormittags 9 Uhr Vespergottesdienst 15-17; Abendgottesdienst: 7 Uhr, Bahnhofstr. 15, und Oberhörsingstraße, Alarakt. 2; Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Franzstraße 6; Vortrag von Herrn Dr. B. Witz: „Der falsche Schein“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

### Briefkasten der Expedition.

Patenten in Berlin, Oest. und anderen Reichstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilthene Weiden, wollen ihrem bisherigen Expediteur wegen der Ueberweisung von Preis-exemplaren sofort ihre Adressen einreichen, da bei verfallener Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

### Briefkasten der Redaktion.

Die zum Preise von 20 bis 40 Pf. in der Buchhandlung Vorwärts erhältlichen „Führer“ dienen zur Information über Fragen aus den verschiedensten Rechtsgebieten.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrkarte 15 —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Quittung und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Anfragen, denen keine Annoncenentgeltung beigesetzt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— W. R. 1910. 2070 000. Groß-Berlin 3 430 000. — W. R. 1910. 37 471 Kilometer. — 2. W. 30. Bei der Stichtungsbeurteilung des Magistrats Berlin, Vorkasse 16, erhalten Sie die beste Auskunft.

— W. R. 50. 1. und 2. W. 1. ist ab dem unter Ueberreichung einer Ueberreichung die Testamenterröffnung zu beantragen und zwar bei dem Amtsgericht, wo das Testament niedergelegt ist. — W. R. 30. Rein. — 2. W. 83. 1. In solchen Fällen wird das mündliche Einkommen des laufenden Steuerjahres geschätzt und der Veranlagung zugrunde gelegt.

Es ist also Steuer zu zahlen. Falls nicht schon geschieden, kann für die Zeit der Arbeitslosigkeit im vorliegenden Steuerjahr Erlaß der Steuer beantragt werden. — 2. W. 1. 1. Der Unterhaltungsanspruch bleibt bestehen, jedoch kann die Gemeinde A. beantragen, daß die Jurisdiktion nach dort erfolgt. 2. Rein, da der Gehalt ein für allemal auf Grund der geleisteten Beiträge feststeht. — 2. W. 100. 1. und 2. Sie können jederzeit und nach vorheriger Anfordderung zur Einlösung die pfändliche Versteigerung der Sachen veranlassen. 3. Ja. — 3. W. 47. 1. und 2. Ja, mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters und der Militärbehörde. 2. Ja, erfragen beim Transportarbeiterverband, Section der Seeleute, Engelstraße 15.

— 3. W. 100. 1. Ja. 2. Rein. 3. Beilehen. — 4. W. 33. 1. und 2. Falls Sie Ihre Behauptungen beweisen können, würde das ohne Einfluß auf den Ausgang des Prozesses sein. 3. Ja, wenn das Armutsgesetz zu erreichen ist. An Unterhalt für Sie und die Kinder könnten etwa 80 M. monatlich verlangt werden. 4. Rein. 5. So weit möglich, ja. 6. Rein.

— 2. W. 53. 1. Rein. 2. Unseres Erachtens nein. 3. Falls ein weiterer Spiegel nicht vorhanden ist, unverständlich. 4. So allgemein läßt sich die Frage nicht beantworten. — 2. W. 14. Bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres, es kann jedoch auf Antrag für früher Entlassung erfolgen. 2. Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Eis-Offenbach a. M. Adresse für Berlin W. Dins, Prinzenstr. 66. — 2. W. 25. 1. 4 Wochen nach Verfall. 2. Unter dem Tagewort nicht. — 2. W. 240. Ja, falls die Kasse der Aufnahme in das Krankenhaus zugestimmt hat. — Kiel 1906. Rein. — 2. W. 44.

Nähren Sie Ihre im Schreiben wieder gegebene Ansicht aus. — 2. W. 33. 1. Auf den gesamten Anteil unter Anrechnung der Beiträge. 2. Nicht bekannt. — 2. W. 30. Ja, und zwar 4 Tage, vom Datum der Ausgabe ab gerechnet. — 2. W. 78. Die Beschlagnahme könnte erfolgen auch dann, wenn das Gut haben anderweit angelegt ist. — C. 2. 100. Eine Bestrafung kann erst erfolgen, wenn wegen des Gebrauches die Ehe geschieden ist. Rindfleisch 1 Tag, Kahlstraße 6 Monate Gefängnis. — 2. W. 10. Nach der Rechtsprechung des Kammergerichts ja. — 2. W. 8. 4. Eine mehrtägige Erwerbsbehinderung wird voraussichtlich nicht angenommen und deshalb eine Rente nicht bewilligt werden. Sie können aber von der Berufsgenossenschaft einen Rentenbescheid verlangen. — 2. W. 40. Sie sind zur Rückzahlung der Steuer für das Steuerjahr 1913 verpflichtet. — 2. W. 96. 1. Der Einkommen wird das Einkommen des Kalenderjahres 1913 zugrunde gelegt. 2. Wenn durch die Arbeitslosigkeit nicht ein Verlust des Jahresarbeitsverdienstes verloren gegangen ist, so ist der verlorren gegangenen Betrag bei der diesjährigen Einkommenszuveranschlagung zu berücksichtigen. 3. Die Beiträge können gefürzt werden. — Vohrenz, Soldiner Straße. Die Einwilligung des Vaters ist erforderlich.

# Stiller

Gegr.  
1867



Zentrale: C., Jerusalemer Str. 32-35  
 Potsdamer Straße Nr. 2  
 Tauentzien-Straße 19a  
 Tauentzien-Straße 7b  
 Friedrich-Straße Nr. 75  
 König-Straße Nr. 25-26  
 Rosenthaler Straße Nr. 5  
 Oranien-Straße Nr. 101  
 Gr. Frankfurter Str. 123  
 Chaussee-Straße 114-115  
 Schönebg.-Haupt-Str. 146  
 Neukölln, Berg-Straße 25  
 Charl., Wilmersdorfer Straße 43

Zweig Niederlassungen: Magdeburg · Halle · Cassel  
 Hamburg · Lübeck · Rostock · Danzig · Königsberg  
 Posen · Bromberg · Görlitz

## Erfordernis für ein neues Frühjahrs-Kostüm ist moderne Fußbekleidung

Die alte Stiller-Firma ist mit allen neuen Erzeugnissen der Internationalen Schuhindustrie so überaus reichlich versehen, daß der verwöhnteste Geschmack befriedigt werden kann.

Tennis- u. Leinen-Schuhe, Sandalen  
 Spangenschuhe in allen Variationen

Hauptpreislagen für moderne Damen- und Herren-Stiefel

8<sup>75</sup> 10<sup>50</sup> 12<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 16<sup>50</sup>

# Leinhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliereu wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.  
 Vorwärtsleser erhalten 10% extra.



Amol das Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes
Granow's Kaffee-Verd. Dresdenstr. 70
C. Kisch Speck- und Schinkenfabrik

Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Koch-Messing- u. Römertank-Kell.

Arbeiter-Berufskleidung
Keller, O. W., Gerichtstraße 86.

Auto-Fahrschule
Centr. Auto Technikum Norden

Bade-Anstalten
Arkon-Bad, Anklam-Str. 24.

Bad
Landsberger Str. 107.

Bad
Original Lohannis-Bad

Passage-Bad
Reform-Bad, Wiener Str. 85.

Schiller-Bad, Müllerstr. 153a.

Silesia
R. Hauke, Stralsauer Str. 56.

Bandagen, Gummiwaren
R. Hauke, Stralsauer Str. 56.

Bäcker- u. Konditoreien
C. Adamek, Nklm., Jonastr. 22.

Er erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäcker- u. Konditoreien
Josef Kroll, Wessstr. 179.

Bäckerei Künscher
Kastanien-Allee 37

Bäcker- u. Konditoreien
Ew. Liesegang, Danzigerstr. 43.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Ender's Brauerei
Malzbier, Chaussee 40/41 N. 10902

Groterjan
Malzbier, Princes-Allee 79-80, N. 4748

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.

Goldbier
ist nicht nur ein Erfrischungstrank, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.

Löwen-Brauerei
vortreffliche Faß- und Flaschen-Biere.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg

Schloßbräu-Flaschenbier
die Qualität ist hervorragend

Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 97, Tel.-A. VII. 2654.

Weißbier, C. Lande Akt.-Ges.
Weißbier-Gebr. Merx, Jonastr. 11

Gebrüder Groh
40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz
22 Verkaufsstellen

F. HAGEN
Habertus, Butterdick, Strausberg

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Wilh. Pleß, Buttergroßhdlg.
Berlin O. 27, Alexanderstr. 12

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

O. Künze, Reinickendorfer Str. 14

Cigarettenfabriken
W. Herbol, Ritterstr. 83, Tel. N. 10171

Damen-Konfektion
M. Bröckling, Welfenstr. Langhausstr. 140

Dampf-Waichenstalt
ideal Reinickendorf Hauptstr. 25-27

Drogen und Farben
O. Barkow, Welfenstr. 72

Feilen, Stahlwaren, Wollen, Werkzeuge
W. Allner, Malackstr. 24

OTTO BELIG
Emil Braun, Adressstr. 75 Ecke Breslauer Str.

G. Brucklacher, Oranienburg

Essigfabriken
Glasow & Schwabe, Götischer Str. 62

Timmer-Essig
überall erhältlich

Fahrräder, Nähmaschinen
OTTO HEINZE, Brückstr. 6

Fische, Conserver
Max Flinke, Adalbertstr. 13

Färberei, Wäschereien
Groß-Dampfwäscherei 'Spreenke'

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei

Fleisch- u. Wurstwaren
St. Aust, Alexanderstr. 1

Haus- u. Küchengeräte
Dreiwitz, Berl. Str. 103

Fleisch- u. Wurstwaren
A. Naar, Reinickend. Schanzstr. 139

G. A. Müller
Spezialität: Frankfurter Würstchen

A. Möbes Ndf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik

OTTO MÜLLER, Zornsdorferstr. 33

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Kolonialwaren
G. Böhrns, Schönberg, Jonastr. 9

Güher-Honig
E. Höbe, Residenzstr. 40, Reinickend.

Hakenkamp & Neumann
Königsplatz 19, Neufahrweg 19

Fritz Hübler, Schillingstr. 11

OTTO MÜLLER, Zornsdorferstr. 33

Meierei C. Bolle
A.-G. Berlin N.W. 21

Möbelmagazine
P. Bock, Klosterstr. 82, Spandau

Lange, Max
Schwedter Str. 25

Ferd. Joachim Nachfolg.
Groschenstr. 15

G. Glinkogel, Nostitzstr. 46

W. Strömscheer, Tegeler

Musik-Lehranstalten
H. John, Wörtherstr. 83

Nahrungsmittel
H. John, Wörtherstr. 83

Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen

Obst, Gemüse
C. Batt, N.W. Tarnstr. 61

Optiker, Mechaniker
Dase, Paul, N. Müllerstr. 174

Partiwaren u. Restlager
G. Claas, Welfenstr., Berl. Allee 55

Patentanwälte
A. Kuhn, Dyl.-Ing., Götterstr. 104a

Pfandleihen
Schmidt, Fennstr. 3

Photographische Ateliers
R. Maier, Radstr. 66

Photogr. Apparate
M. Albrecht, SO. Kottbusstr. 3

Bäcker- u. Konditoreien
C. Adamek, Nklm., Jonastr. 22.

Bäcker- u. Konditoreien
Ew. Liesegang, Danzigerstr. 43.

Seiten

Schneewittchen-Bleichseifenpulver

Alteinfabrik: Grubitz, Potsdam

Max Mühl, Pankow, Schloßstr. 18

W. Pletzer, Lichting, Luisenstr. 18

Unterrichtsinstitute

Maschinen- u. Heilerausbildg.

Uhren und Goldwaren

Keplers Weg, Markt, Reichshaus, 30, 107

Max Busse, Brunnengasse, 17, 177

E. Kempel, Goldschmiedemeister, Fasanstr. 12

Verkäufe

Teppiche: (schlechte) in allen Größen

Kinderwagen: Teilzahlung 0,50

Garbinnen: Steppdecken! Vortiere!

Teppichverkauf: Prachtteppiche

Max Störck, Elbingerstr. 109

C. Wagner, Reichshaus, Reichshausstr. 94

Georg Weigel, Wrangelstr. 47

Verleihen

Deutschland Berlin

Jduna, zu Halle a. S.

Warenhäuser

Carl Hoffmann

W. M. Höppler, Ritterstr. 25

Hugo Böling

Herm. Meyer & Co.

Wirtshaus, Etablissem.

Café Metropol

Grand-Café „Zeppelin“

Hagenbeck

Otto Reusel

Die erste selbstgep. Doppelgelte

Patzenhofer

Konzert-Café Nord-Palast

Rebeck-Ausschank

Patzenhofer Ausschank

Riebeck-Bier-Ausschank

Yoghurt-Präparate

Yoghurt-Milch-Kakao

Zahntafel

Max Alm, Franseckstr. 15

W. Best, Kälberstr. 42

M. Dreier, Grätzstr. 70

D. Düby, N. N. N. N. N.

H. Lundeke, Warschauerstr. 9

R. Mende, Schulstr. 117

J. Reimann, Seidenstr. 115

E. Singer, S. Killa, Bergstr. 64

H. Schuler, Schulstr. 15

Emil Saan, Ecke Fruchtstr.

Karl Sommer, Frankfurter Allee 64

W. Thiedt, Reichshausstr. 7

Briz

Emil Gold, Bäckerei, Germania-Fabrik

E. Pasewald, Fischerei, Badstr. 38

E. Schröder, Bäckerei, Chaussee 101a

Fr. Tschontke, Bäckerei, Chaussee 35

Bohndorf

G. Schüler, Bäckerei, Schweinemetz

Fredersdorf

H. Göb, Drogerie und Farben

Carl S. Dieber, Brot-u. Feinbäcker

Gust. Schöndorf, Schuh-u. Rep.

Carl Tebel, Brot-u. Feinbäcker

Königs-Wulferhausen

Butterhandlung Monopol

G. Hübscher, Kram, Goldw., Bäckerei

Kaufhaus Emil Bergmann

Otto Kruschke, Fris., Kollmer Str. 44

Max Leid, Horrenstr. 6

Franz Pischner, Jass- u. Kekswaren

Otto Schampe, Eisenhandlg., Bau-

Artikel, Haus- u. Küchenartikel

R. Schütte, Schläckerstr., Feinwaren

Schlob-Drogerie Paul Malachuk

Rich. Scholz, Bäckerei u. Konditor

W. Werdermann, Kolonialwaren

R. Wilke, Schuhwaren u. Reparaturen

Möbel-Cohn, 1. Gehöft: Große

Kranfurterstr. 58, 2. Gehöft:

Grüner Weg 109. Wohnungs-

Einrichtungen auf bequeme Teil-

zahlung. Stube und Küche An-

zahlung von 15 Mark an. Einzelne

Zweibettige Anzahlung von 3 Mark

an. Eckschere 1 Mark. Mo-

derne Schlafzimmer, Speisezimmer,

Derrenzimmer. In bunten Räumen

vielfache Auswahl. Mehrere

auch noch auswärts. Abzahlung

wöchentlich, monatlich, ganz nach

Lichterfelde

Königsberger & Co. Leinwandfabrik

Mariendorf

A. Böckmann, Getreide u. Samenhandlg.

Ferdinand Titel, Chaussee 217

Mohlsdorf

Rud. Brunow, Bäck., Condit.

Neukölln

E. Groß, Sattl. Str. 44 Bäck., Kondit.

R. Kerstian, Bäckerei, Kollmer Str. 122

Topel

E. Scheller, Arb.-Berf. Berlinstr. 4

Spandau

J. Bode, Pichelsdorferstr. 36

W. Lottner, Fahr., Pichelsdorferstr. 44

O. Rauer, Pichelsdorferstr. 117

O. Wenzel, Pichelsdorferstr. 22

Schöneberg

W. Hübner, Hülowstr. 61 Möbel.

O. Kurzweg, Schönm. Feinstr. 27

Strauberg

C. Klöpfer, Möbelhandlung

Waltend

Handlungs-Inst. W. W. W. W. W.

Waldenice

W. Koch, Schiller, Lehrstr. 2

W. Meißner, Pastorstr. 11

P. Meißner, Lindendamm 12

W. Sillack, Sargstr., Hauptstr. 23

A. Trenner, Ufer u. Goldw., Hauptstr. 2

R. Woldorf, Kolonialw., Hauptstr. 2

Wilmersruh

Carl Gahl, Bäckerei, Bismarckstr. 56

J. Laschinski, Bäck., Edelweissstr. 11

P. Meißner, Lindendamm 12

W. Sillack, Sargstr., Hauptstr. 23

A. Trenner, Ufer u. Goldw., Hauptstr. 2

R. Woldorf, Kolonialw., Hauptstr. 2

Wilmersruh

W. Lottner, Fahr., Pichelsdorferstr. 44

O. Rauer, Pichelsdorferstr. 117

O. Wenzel, Pichelsdorferstr. 22

Schöneberg

W. Hübner, Hülowstr. 61 Möbel.

O. Kurzweg, Schönm. Feinstr. 27

Strauberg

C. Klöpfer, Möbelhandlung

Waltend

Handlungs-Inst. W. W. W. W. W.

Waldenice

W. Koch, Schiller, Lehrstr. 2

W. Meißner, Pastorstr. 11

P. Meißner, Lindendamm 12

W. Sillack, Sargstr., Hauptstr. 23

A. Trenner, Ufer u. Goldw., Hauptstr. 2

R. Woldorf, Kolonialw., Hauptstr. 2

Wilmersruh

Carl Gahl, Bäckerei, Bismarckstr. 56

J. Laschinski, Bäck., Edelweissstr. 11

P. Meißner, Lindendamm 12

W. Sillack, Sargstr., Hauptstr. 23

A. Trenner, Ufer u. Goldw., Hauptstr. 2

R. Woldorf, Kolonialw., Hauptstr. 2

Wilmersruh

Carl Gahl, Bäckerei, Bismarckstr. 56

J. Laschinski, Bäck., Edelweissstr. 11

P. Meißner, Lindendamm 12

W. Sillack, Sargstr., Hauptstr. 23

A. Trenner, Ufer u. Goldw., Hauptstr. 2

R. Woldorf, Kolonialw., Hauptstr. 2

Wilmersruh

Carl Gahl, Bäckerei, Bismarckstr. 56

J. Laschinski, Bäck., Edelweissstr. 11

P. Meißner, Lindendamm 12

W. Sillack, Sargstr., Hauptstr. 23

A. Trenner, Ufer u. Goldw., Hauptstr. 2

R. Woldorf, Kolonialw., Hauptstr. 2

Wilmersruh

lichen Betrieben einen Grad der Ausnutzung aller verfügbaren Familienangehörigen, der für einen Kulturmenschen befremdend ist.

Die Industriearbeiterschaft weiß auch schon, was so ein Stückchen Land nebenbei zu bedeuten hat, und es wird schon seine bestimmte Ursache haben, wenn im vorigen Jahre die Bundeskulturgesellschaft Arnberg eine Abnahme des Landhungerers unter der Industriearbeiterschaft feststellte.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein neuer Montan-Konzern.

Die offensichtliche Ueberlegenheit der großen gemischten Werke, die in ihrem Betriebe die Herstellung der Rohstoffe bis zu den Fertigfabrikaten vereinigen, veranlaßt auch die Mannesmann-Gesellschaft zum weiteren Ausbau ihrer Werke. Schon in den letzten Jahren hat die Mannesmann A.-G., die an Feinfabrikaten nur Röhren produziert, sich durch Angliederung von bestehenden Unternehmungen in den Besitz der Rohstoffe (Eisenerz, Stahl, Kohlen, Koks) gesetzt; Eisenerzgruben besitzt die Gesellschaft selbst. Zur Herstellung des Roheisens fehlten ihr nur noch Hochöfen. Diese Lücke soll jetzt ausgefüllt werden durch die Verschmelzung mit dem Blechwalzwerk Schulz-Knaudi A.-G. in Gudingingen. Durch diese Fusion gewinnt die Mannesmann-Röhren-Gesellschaft zunächst ein Stahlwerk. Aber das Gelände der Schulz-Knaudi A.-G. liegt gleichzeitig so günstig zu der Gewerkschaft Königin Elisabeth für Koksherzeugung (die den Mannesmann-Werken ebenfalls gehört), so daß die Gesellschaft hier Hochöfen für Roheisenerzeugung errichten will. Dadurch reiht sich Mannesmann den großen gemischten Betrieben Westdeutschlands an.

Die Fusion hat im gegenwärtigen Augenblick noch besonderes Interesse. Am gestrigen Freitag fand eine neue Sitzung zur Erneuerung des Kohlenyndikats statt. Als Vertreter der Gewerkschaft Königin Elisabeth ist Mannesmann Mitglied des Syndikats. Seine Ansprüche als Hüttenbesitzer auf Selbstverbrauch können natürlich mit Rücksicht auf die neue Fusion erhöht werden. Das heißt: die reinen Kohlenzinsen verlieren wiederum einen Annehmer. Die Herrschaft der Hüttenbesitzer im Syndikat wird dadurch weiter befestigt. Die Fusion sozusagen vor Toren steht wird den reinen Kohlenzinsen also höchst überraschend und unliebsam sein.

Ueber die technischen Absichten der Fusion berichtet die Mannesmann-Gesellschaft:

Wir beabsichtigen, nach Genehmigung und Durchführung des Verschmelzungsvertrages mit der Blechwalzwerk-Schulz-Knaudi-Aktiengesellschaft auf dem für den Zweck besonders geeigneten, sehr günstig am Niederrhein gelegenen Grundstück dieser Gesellschaft Hochöfen zu errichten und das vorhandene Stahlwerk derzeit auszubauen, daß wir hier sowohl den Stahlbedarf des Blechwalzwerks Schulz-Knaudi als auch den unseres Blechwalzwerks Gewerkschaft Grillo, Junke u. Co. in Gelsenkirchen (eines früher angegliederten Unternehmens) so erheblich billiger herstellen können, daß wir auf dem Westmarkt und auf dem Gebiet der großen geschweißten Röhren unsere volle Wettbewerbsfähigkeit wieder erlangen. Es ist ferner beabsichtigt, die Blechwalzwerke in Gudingingen und Gelsenkirchen zu spezialisieren, um auf diese Weise einen weiteren erheblichen Vorsprung unserem Wettbewerb gegenüber zu gewinnen. Endlich sollen für unsere Stahlherzeugung in Saarbrücken-Durbach und auf unseren ausländischen Werken die erforderlichen Rohstoffmengen in dem neu zu errichtenden Hochöfenwerk in Gudingingen hergestellt werden.

Die Lieferung des für die Roheisenerzeugung in Gudingingen erforderlichen Kokes wird durch unsere Werke, die Gewerkschaft Königin Elisabeth, stattfinden, bei der die ungünstigen Preiserscheinungen der zeitweiligen Einschränkungen der Koksherstellung auf diese Weise ausgeschaltet werden.

Das Aktienkapital der 1890 gegründeten Mannesmann-Gesellschaft betrug ursprünglich 35 Millionen Mark, wurde aber später herabgesetzt. Im Jahre 1903 betrug es 2 1/2 Millionen Mark und ist dann wiederholt bis auf 61 Millionen Mark erhöht worden. Zur Durchführung der neuen Fusion wird es bis auf 72 Millionen Mark gebracht werden.

**Rückgang der Kohlenförderung.** Nach dem Bericht des Kohlenyndikats hat der Monat März ein ungünstigeres Abgabenergebnis als der Vormonat geliefert. Neben der Beeinträchtigung, welche der Absatz infolge der weiteren Abschmähung der gewerblichen Tätigkeit durch Verminderung des Brennstoffverbrauches im allgemeinen erlitten hat, hat zu dem eingetretenen Rückgang insbesondere der Umstand beigetragen, daß Verbraucher und Händler mit Rücksicht auf die am 1. April zur Einführung gelangten ermäßigten Preise für Kohlen und Breitspitze ihre Bezüge während des ganzen Berichtsmontats wesentlich eingeschränkt und zur Deckung des Bedarfes in größerem Umfange die vorhandenen Lagerbestände mit herangezogen haben.

Im Vergleich gegen den Vormonat ist der Gesamtabsatz in Kohlen insgesamt um 115 520 Tonnen gestiegen, im arbeitsmäßigen Durchschnitt um 5,55 Proz. gesunken. Der Koksabsatz hat sogar um 11,8 Proz. Der Ausfall des Koksabsatzes erstreckt sich auf alle Sorten, hauptsächlich aber auf Hochöfenkoks, ist also ein Zeichen für den Rückgang in der Eisenindustrie.

Die Förderung weist gegen den Vormonat insgesamt eine Steigerung von 423 403 Tonnen, im arbeitsmäßigen Durchschnittsergebnis eine Abnahme von 2,68 Proz. auf. Der schwache Absatz hat eine wesentliche Zunahme der Lagerbestände, insbesondere der Koksbestände, zur Folge gehabt.

### 2040 Millionen Kapital.

Charakteristisch für die Konzentration im englischen Bankwesen ist die kürzlich vorgenommene Verschmelzung der Lloyds Bank mit der Wilts and Dorset's Banking Co. Die Lloyds Bank verfügt über ein Kapital von 30 Millionen Pfund Sterling, wovon aber nur 4,2 Millionen eingezahlt sind. Sie wurde 1865 gegründet und besitzt 679 Filialen. Im Laufe der Zeit hat sie sich bereits 48 Bankgeschäfte angegliedert. Sie zahlte in den letzten Jahren 18 1/2 Proz. Dividende. Die Wilts and Dorset's Banking Co. wurde im Jahre 1885 gegründet und hat ebenfalls eine große Zahl von Filialen. Ihr Aktienkapital beträgt 4,5 Millionen Pfund Sterling, wovon nur 0,7 Millionen eingezahlt sind. Sie verteilte in den letzten Jahren 20 Proz. Dividende. Anlässlich der Verschmelzung wird die Lloyds Bank ihr Kapital auf 40 Millionen Pfund Sterling erhöhen. An Depositen verfügt sie aber über 1800 Millionen Mark, so daß nach der Fusion ihr gesamtes werbendes Kapital etwa 120 Millionen Pfund oder rund 2040 Millionen Mark betragen wird. Vergleichsweise sei erwähnt, daß die Deutsche Bank, ohne ihre Tochterbanken, ein Kapital von etwa 2150 Millionen verwaltet. Die Depositen der Deutschen Bank betragen nur 870 Millionen Mark. Da die Organisation der englischen und deutschen Banken eine verschiedene ist, geben die Zahlen allerdings nicht ohne weiteres ein Bild von dem Größenverhältnis beider Banken.

### Zündholzsteuer und Industrie.

Der schädigende Einfluß der Zündholzsteuer wird sehr gut durch die Außenhandelsziffern für Zündhölzer seit dem Jahre 1908 illustriert. Es betrug (in Doppelzetteln)

	Einfuhr	Ausfuhr
1908 . . . . .	3 088	18 008
1909 . . . . .	67 296	11 095
1910 . . . . .	679	23 026
1911 . . . . .	649	8 050
1912 . . . . .	1 101	4 630
1913 . . . . .	859	5 248

Das Jahr der Reichsfinanzreform 1909, das den Konsumenten und der Industrie die Steuer „bescherte“, zeigt ein plötzliches gewaltiges Anschwellen der Einfuhr. Bekanntlich versorgten sich zahlreiche Konsumenten mit Zündhölzern, um der Preiserhöhung auf das Dreifache zu begegnen. Im folgenden Jahre 1910 war der Bedarf im Inland so weit gedeckt, daß die Einfuhr rapide zurückging und die Industrie ihre Ausfuhr forcieren mußte. Seitdem sind unter der Einwirkung der Steuer sowohl Einfuhr als auch Ausfuhr beträchtlich zurückgegangen. Nur die Beseitigung der Zündholzsteuer kann die Lage der Industrie wieder bessern.

## Gerichtszeitung.

### Die beleidigte Essener Polizei.

Wegen öffentlicher Beleidigung der Essener Polizei in einem Flugblatt und in einem Vortrage, den der Angestellte des Transportarbeiterverbandes in Bochum, Genosse Kimmritz, in einer Chauffeurversammlung in Essen gehalten hatte, hatte sich K. am 22. d. Mts. zum zweitenmal vor der Essener Strafkammer zu verantworten. Kimmritz war von derselben Kammer im vorigen Jahre freigesprochen worden. Das Gericht hatte ihm den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) ausgebilligt und dem Angeklagten geglaubt, die Essener Polizei in seinem Flugblatt und in seinem Vortrage überhaupt nicht genannt noch gemeint zu haben. Die Beleidigung wurde in dem Satz des von Kimmritz verfaßten Flugblattes gefunden: „Dazu gestellt sich die schikanöse Behandlung seitens der Polizeibehörden.“ Denselben Ausdruck sollte er in seinem Vortrage gebraucht haben. Gegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht eingelegt. Dieses verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. In der neuen Verhandlung ging das Gericht mit großer Gründlichkeit zu Werke. Der Kriminalbeamte, der die Versammlung überwacht hatte, mußte als Zeuge seine Aufzeichnungen über die Rede Kimmritz verlesen, ebenso wurde das Flugblatt verlesen. Nirgends aber war die Essener Polizei genannt. Kimmritz betonte, daß es ihm nur die Kritik und Beseitigung des Systems der Polizeiverhaftungen angekomme sei, das sich in der Gerichtshof von sogenannten Autofallen in den Orten des Industriegebietes sowie in enorm hohen Geldstrafen wegen der nichtigen Vergehen äußere. Eine interessante Kontroverse entspann sich zwischen Staatsanwalt und Verteidiger über die Bedeutung des Ausdrucks „schikanös“. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 M. Das Gericht erkannte nach längerer Beratung wiederum auf Freisprechung. Dem Angeklagten sei zu glauben, daß er nicht die Essener Polizei habe treffen wollen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Für die empfindliche Essener Polizei kein befriedigendes Resultat. Kimmritz hat übrigens gegen sie eine Schadenersatzklage wegen Beleidigung der Verbandslisten eingereicht, die noch beim Oberlandesgericht schwebt.

### Der sittliche Amtsblattredakteur.

Der Redakteur des Sebnitzer Amtsblattes, Böhme, müht sich in seinen Blättchen ab, die Sozialdemokraten loszuschreiben, sie als unmoralisch und unfittlich anzuschwärzen und kräftig für Zucht und Ordnung, Sittlichkeit und Moral einzutreten. Er ist der rechte Mann dazu. Das zeigt folgendes Vorkommnis.

Die Eltern des Redakteurs hatten ein Dienstmädchen im Alter von 15 Jahren. Schon mehrmals soll sich Herr Böhme an dem Mädchen unfittlich vergriffen und dieses belästigt haben. Vor einiger Zeit waren die Eltern des Herrn Böhme abends ausgegangen und der Herr Redakteur benützte die Zeit, um das Mädchen in der Kammer aufzusuchen und dieses seinen Wünschen gefügig zu machen. Das Schloß an der Kammertür war so eingerichtet, daß es von innen nicht zu verschließen ging, und zwar soll das Schloß deshalb geändert worden sein, weil das Mädchen immer so fest geschlossen habe. Das Mädchen hat auf diesen Versuch hin den Dienst verlassen und von der Obermundschaft wurde Strafanzeige gegen Herrn Böhme erstattet. Die Rauner Staatsanwaltschaft hat die Strafverfolgung abgesehen, weil nur der Versuch der Verführung vorliegt, § 182 des Strafgesetzbuchs aber nur die vollendete Verführung bestraft. Soweit Beleidigung vorliegt, fehle es an einem öffentlichen Interesse zur Strafverfolgung. Eine merkwürdige Auffassung von dem „öffentlichen Interesse“. Die schwere Beleidigung des Kindes erfordert dringend Sühne im öffentlichen Interesse. Welche Auffassung liegt in der Annahme: nur wenn ein nicht mehr gut zu machender körperlicher Eingriff gegen die Unbescholtenheit des Kindes vorgelegen habe, liege ein „öffentliches Interesse“ zum Einschreiten vor! Würde es der Staatsanwalt für recht halten, wenn in einem gleichliegenden Fall sein Kollege es absehen würde, gegen den frechen Beleidiger seiner Tochter einzuschreiten?

Aber gleichviel, ob Strafverfolgung eintritt — die Doppelmoral des konservativen Amtsblattredakteurs bleibt trotz der auffallenden Ablehnung der Anklage durch die Staatsanwaltschaft gekennzeichnet. Und durch die Ablehnung der Anklageerhebung gegen den Amtsblattredakteur wird darüber hinaus dargetan, daß konservative Kreise, die nach Strafgesetzen zur Aufrechterhaltung von Zucht und Sittlichkeit schreiten, wo weder Zucht noch Sittlichkeit gefährdet waren, ein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung für nicht vorliegend erachten, wo in größtmöglicher Weise Zucht und Sittlichkeit gegenüber einem Kinde verletzt ist, und eine Strafverfolgung zulässig ist. Freilich, die Verlesung ist ja nur ein Arbeiterkind, der Verleher Amtsblattredakteur. Keine Moral.

### Die ordnungsgemäße nationalpolnische Fahne.

Ein polnischer Verein in Dortmund hatte sich eine Fahne angeschafft, die auf der einen Seite weiß und auf der andern rot ist, also die nationalpolnischen Farben hat. Auf einer Seite ist ein Muttergottesbild zu sehen und eine Inschrift besagt: „Königin unserer Krone bitte für uns.“ Ferner zeigte die Fahne ein dreiteiliges polnisches Wappen und eine weitere Inschrift: „Ehre dem Vaterlande.“ Das Fest der Weihe der Fahne hatte man im Gewerkschaftshaus zu Dortmund begangen.

Später erhielt der Arbeiter Stephan Wozny als Vorsitzender des Vereins eine Verfügung der Polizeiverwaltung zu Dortmund, durch die ihm aufgegeben wurde, diese Fahne öffentlich nicht aufrollen und tragen zu lassen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wurde eine Strafe von 150 M. angedroht. Wenn die Fahne öffentlich aufgerollt und getragen werde, erischeine die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Nachdem sich Wozny vergeblich beim Regierungspräsidenten zu Arnberg und beim Oberpräsidenten beschwert hatte, klagte er beim Oberverwaltungsgericht.

Das Oberverwaltungsgericht wies am 20. d. Mts. die Klage ab. Es wurde ausgeführt: Der Senat habe in Uebereinstimmung mit der Auffassung in ähnlich liegenden Fällen angenommen, daß die Fahne objektiv geeignet war, wenn sie demonstrativ entrollt und getragen werde, als Propaganda- und Agitationsmittel des Nationalpolentums zu wirken und das berechtigete Vaterlandsgedühl der Deutschen zu verletzen. Ferner habe der Senat angenommen, daß mit Rücksicht auf die örtlichen und zeitlichen Verhältnisse im Westen (im Industriegebiet), mit Rücksicht auf die dort bestehende Spannung zwischen der dort im Gegensatz zu einander lebenden polnischen und deutschen Bevölkerung, für die Polizei genügende Tatbestandsmerkmale vorlägen, um aus dem öffentlichen Entrollen und Tragen der Fahne die Befürchtung einer Störung zu entnehmen, wenn auch nicht einer solchen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, so doch jedenfalls einer Störung der öffentlichen Ordnung. Demgemäß finde die polizeiliche Verfügung ihre Stütze in § 10, Teil 2, Titel 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach die Polizei auch Störungen der öffentlichen Ordnung entgegenzutreten habe.

Das Urteil steht im schroffen Gegensatz zu dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 13. Juni 1891 in Sachen Sinden gegen den Oberpräsidenten von Schleswig und Holstein. Dort wird ein ähnliches Vergehen gegen die rote Fahne mit Recht als mit den Gesetzen, insbesondere nach Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung, unvereinbar erklärt. Seitdem haben sich die Gefahren nicht geändert. Aber am Oberverwaltungsgericht fungieren andere Richter, bei deren Auswahl die „politische Zuverlässigkeit“ ausschlaggebend war.

§ 3 unserer beim Gericht niedergelegten Statuten lautet: „Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Verkaufspreise derart zu normieren, dass dieselben nicht höher als 10 Prozent über den Selbstkostenpreis sind.“

Professor Dr. Schär, Dozent an der Berliner Handelshochschule, schreibt in der Zeitschrift für Handelswissenschaft folgendes: „Das Verkaufssystem — Selbstkostenpreis + 10 Prozent — bedeutet einen ökonomischen Fortschritt im Detailhandel.“

# Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H.

Vertrieb von Herren- und Knaben-Garderobe zum Selbstkostenpreis + 10% Nutzen

Chausseestrasse 27  
Nahe Invalidenstrasse

Gr. Frankfurter Strasse 4  
Ecke Fruchtstrasse

Turmstrasse 80  
Moabit

Neukölln, Bergstrasse 7-8  
Ecke Prinz-Handjery-Strasse

Herren-Anzüge . . . . . von M. 16<sup>35</sup> bis M. 49<sup>85</sup>  
Herr.-Paletots u. Ulster von M. 15<sup>95</sup> bis M. 46<sup>55</sup>

Herren-Beinkleider . . . . . von M. 2<sup>35</sup> bis M. 16<sup>45</sup>  
Knaben-Anzüge . . . . . von M. 2<sup>75</sup> bis M. 12<sup>15</sup>

Bedeutende Ersparnisse

Nur erstklassige Fabrikate

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Bezirk 215.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Genosse

**Willi Bartusch**

an der Proletarierkrankheit verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 25. d. M., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes,  
Mariendorf, aus statt. 206/1

**Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Metall-  
arbeiter

**Karl Viebranz**

Bornemannstr. 5  
am 22. April an Nierenleiden  
gestorben ist.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 26. April, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Pauls-Kirch-  
hofes in Ploehensee aus statt.

Ferner starb unser Mitglied,  
der Schleifer

**Karl Butsche**

Klosterhof, Hoffmannstr. 10  
am 22. d. Mts. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 26. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes in  
Klosterhof aus statt.

**Ehre ihrem Andenken!**

Reg. Beteiligung erwartet  
80/14 **Die Ortsverwaltung.**

**Zentral-Kranken- u. Begräbnis-  
kasse für Textilarbeiter  
und Arbeiter aus. Berufs-  
b. Geschl. E. H. 12,  
Sitz Leipzig.**

**Oertliche Verwaltung Berlin.**

Den Mitgliedern zur Kenntnis,  
daß unser Mitglied, der Seiden-  
wirker

**Hermann Quest**

im Alter von 74 Jahren ver-  
storben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 25. April, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Zentralfried-  
hofes in Friedrichsfelde aus statt.  
195/5 **Die örtl. Verwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Tischler

**Ehrenfried Reisch**

Marxstr. 2  
im Alter von 55 Jahren ge-  
storben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 25. April, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle  
des Georgen-Kirchhofes, Lands-  
berger Allee, aus statt.  
80/14 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.**  
Filiale Groß-Berlin.

Durch den Tod ist uns eines  
unserer Mitglieder, der Kollege

**Franz Wawrzyniak,**

welcher im Betriebe des städtischen  
Kohlenplatzes beschäftigt war, ent-  
rissen worden.

Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 25. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Pauls-Kirchhofes in  
Wilhelmsberg aus statt.  
84/1 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Teilnehmern, welche unserm  
Sohn

**Emil Hahn**

die letzte Ehre erwiesen, sagen wir  
unsern innigsten Dank. Besonders  
danken wir den Kolleginnen und  
Kollegen von der Arbeiterjugend  
Charlottenburg und Wilmersdorf,  
der städtischen Fortbildungsschule und  
der Firma Greine. 119/4

**Familie Hahn.**

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise aufrichtiger  
Teilnahme bei der Beerdigung unserer  
lieben Frau, unserer unvergesslichen  
Mutter, Tochter und Schwester

**Anna Hildebrand**

sagen wir hiermit allen Verwandten,  
Freunden und Bekannten, unseren  
lieben Dank. 1822/8  
**Otto Hildebrand nebst Kindern,  
Familie Albert Henkel.**

**Berichtigung.**

**Deutscher**

**Transportarbeiter-Verband.**

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Industrie-  
arbeiter

**Adalbert Jezierski**

am 23. April im Alter von  
45 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 27. April, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle der Pius-Gemeinde in  
Wilhelmsberg aus statt.  
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Bücheltischer

**Wilhelm Schneider**

am 18. April im Alter von  
34 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung hat bereits  
gestern stattgefunden.  
64/8 **Die Bezirksverwaltung.**

**Deutscher**

**Transportarbeiter-Verband.**

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Kutsher

**Fritz Friedrich**

am 22. April im Alter von  
61 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 26. April, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Friedhofes  
in Neufölln, Mariendorfer Weg,  
aus statt.  
**Die Bezirksverwaltung.**

**Dankfagung.**

Für die herzliche Teilnahme bei  
der Beerdigung meines lieben Vaters

**Ernst Regel**

sage ich allen Bekannten, dem Wahl-  
verein Nieder-Bornim, den Genossen  
der Zahlstelle 1, Bantson, den Kollegen  
der Firma Wölke meinen herzlichsten  
Dank. 122/4

**Klara Regel.**

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und Kranzsenden bei der  
Beerdigung meines lieben Vaters  
und guten Vaters sagen wir hiermit  
allen Teilnehmern, insbesondere dem  
Verband der Gemeinde- und Staats-  
arbeiter meinen herzlichsten Dank.  
Witwe **Brettschneider**  
und Töchter.

**Radfahrrarten  
Wanderarten**

hält stets vorrädig

**Buchhandlung Vorwärts**

Lindenstr. 69 (Laden)

**H. Pfau, Bandagist**

Berlin, Direksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und  
Vollzeppelinplatz. — Amt Kst. 4208.

Für Damen Frauen-Bedienung.  
Lieferant für alle Krankenkassen.

**Ausnahme  
Preise für  
Ulster  
Paletots**

Dauer  
nur bis  
Montag,  
d 27 April

Einige Beispiele:

Herren-Ulster	moderne Phantasiestoffe, nur in großen Weiten	16 <sup>50</sup>
Herren-Ulster	Cheviots, in schönen Farben	24 <sup>50</sup>
Herren-Ulster	oliv und bräunliche Diagonal-Gewebe	30 <sup>00</sup>
Herren-Ulster	mittelgrau, braun und oliv Cheviot	36 <sup>00</sup>
Herren-Ulster	englisch gemusterte Cheviots, in Ausführung	45 <sup>00</sup>
Herren-Paletots	marengo Cheviots	21 <sup>50</sup>
Herren-Paletots	marengo Cheviots, mit Seidenspiegel	27 <sup>00</sup>
Herren-Paletots	Covercoat, in mode und grünlich	36 <sup>00</sup>
Herren-Paletots	feine Cheviots, in grau und marengo	41 <sup>00</sup>
Herren-Paletots	vornehme Covercoats, Sportform	45 <sup>00</sup>
Jünglings-Ulster	modernste Farben	13 <sup>50</sup> 18 <sup>00</sup> 24 <sup>50</sup> 32 <sup>50</sup>
Jünglings-Paletots	marengo und covercoat	18 <sup>00</sup> 22 <sup>50</sup> 27 <sup>00</sup> 31 <sup>50</sup>

**BAER SOHN**

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung  
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 Geogr. 1891. Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

Der soeben erschiene Haupt-Katalog Nr. 49 (Neueste Moden) kostenfrei

**Monats-  
Garderobe!**

Von hohen Herrschaften, Kava-  
lieren, Reisenden abonniert ge-  
wessene Herrenmoden, sehr  
wenig getragen, feinste Verarbei-  
tung, teils von Hoflieferanten,  
auch auf Seide, für jede Figur  
passend, speziell für starke Herren  
Fracks, Smokings u. Gohrock-Anzüge  
werden zu Festlichkeit verliehen.  
Bitte auf  
Firma achten **Adolf Rosenberg**  
Blücherstr. 61, 1 Tr., Ecke Urbanstr.



Die bekannte  
Qualitätsmarke

**Ohne Anzahlung**

Wir sind an jedermann  
**Möbel auf Kredit**  
bei Zahlung einer Monatsrate mit Vereinbarung u. bequem, Abzahl.  
komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne  
Möbelstücke, Porzellan, farb. Küchen  
Portieren, Gardinen, Lein- u. Bettwäsche, Steppdecken,  
Gartenmöbel, Betten, Kronen, Kinderwagen usw.  
Teppiche, in modernster Ausführung — Ferner:  
**Garderobe für Herren, Damen u. Kinder**  
Größe Auswahl neuester Fassons

**S. DORN, Weinmeisterstr. 9**  
Ecke Alte Schönhauser Str.

**WESTMAN**  
Mohrenstr. 37a  
(Kolonnaden)  
Gr. Frankfurter Str. 115  
(nahe Andreasstr.)  
Sonabend 7-9 Uhr Nachm.  
Sonntag 12-2 Uhr Nachm.  
Montag 10-2, 3-8 Uhr

**Verkauf**

Covercoat, Pape- line, Alpaka, Alpaka- Gummilin- regul. M. 17 bis 27 für	Mäntel	13 <sup>50</sup> 20 <sup>00</sup>
Moiree-Russen-Blusen entzückende Fassons regul. M. 22 bis 60 für		12 <sup>00</sup> 39 <sup>00</sup>
Aparte Kostüme blau u. engl. Charaktere. regulär M. 21 bis 28, . . . . . für		18 <sup>00</sup>
Modell-Kostüme blau, schwarz, weiß, Teal-e Fassons, regulär M 38 bis 48, für		31 <sup>00</sup>

**Dieses Angebot**  
gilt nur von  
**Sonabend bis Montag**

**KREDIT  
FEDER**

Zentrale Norden  
**Brunnenstr. 1**  
Eingang Weinbergsweg 28  
Filiale Osten  
**Frankfurter Allee 89**  
Filiale Süden  
**Kottbuser Damm 103**  
Filiale Westen  
**Charlottenburg  
Scharrenstrasse 5**  
verkauft nach wie vor  
**ohne Jede Anzahlung**  
an Beamte od. Kunden

die bei mir oder in anderen  
Kreditgeschäften ein ent-  
sprechendes Konto besitzen  
und erledigt sind.

• • • • •  
Vier Punkte sind es, die  
für das kaufende Publi-  
kum von allergrösster  
Wichtigkeit sind:

**I. Kolossale Auswahl**  
**II Grösste Reellität**  
**III Prim. Qualitäten**  
**IV Billige Preise**

**Bevor Sie**  
Ihre Einkäufe anderweitig  
machen, besichtigen Sie  
meine Lager

**Lager I:**  
**Herrn-Konfektion:**  
**Anzüge  
Ulster**  
Joppen, Hosen, Westen  
Blugings- und  
Knaben-Garderobe.  
**Lager II:**  
**Damen-Konfektion**  
Kostüme — Kleider  
Mäntel — Jacken  
Röcke

**Nur Neuheiten!**

**Lager III:**  
**Damen-Hüte**  
Slangen — Reher  
Paradies-Reher  
Wäsche — Schuhwaren

**Jede Abteilung**  
gleich einem  
**Spezialgeschäft!**

**Lager V:**  
Bettfluch-Kleidung  
Mädchen-Garderobe

**Lager V:**  
Teppiche — Gardinen  
Portieren — Tisch-  
decken — Stopp-  
decken — Bettfedern

**Lager VI:**  
Kinderwagen  
— Sportwagen  
— Waschtolletten mit  
Warmwasseranschluss

**Kredit  
an alle!**

**Lager VII:**  
**MÖBEL**  
und Polsterwaren.  
Komplette  
Wohn.-Einrichtungen  
als wie  
Wohnzimmer, Speise-  
zimmer, Herrenzimmer,  
Schlafzimmer, Salons,  
Farbige Küchen

**Lager - Besichtigung  
erbeten**

Neu aufgenommen:  
**Dielen-Möbel**  
**Garten-Möbel**  
**Balkon-Möbel**

Achten Sie  
auf  
blauweisse Firmenschilder  
und auf sein ca.  
20 Jahren bestehende Firma

**KREDIT  
FEDER**

Zentrale Norden  
**Brunnenstr. 1**  
Eingang Weinbergsweg 28  
Filiale Osten  
**Frankfurter Allee 89**  
Filiale Süden  
**Kottbuser Damm 103**  
Filiale Westen  
**Charlottenburg  
Scharrenstrasse 5**

Gefolge und auf zweihundert Frank Schadenersatz an jeden der einundzwanzig Zivilkläger sowie Veröffentlichung des Urteils in drei inländischen und drei ausländischen Zeitungen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß in der Rede alle Merkmale der Verleumdung gegeben seien, entsprechend auch dem § 186 des Deutschen Reichsstrafgesetzbuches.

Die Kläger hatten je fünftausend Frank Geldbuße verlangt. Der Bischof legte sofort Berufung ein.

### Günstig verziehen!

Von vornherein haben wir daran gezweifelt, daß der württembergische Landtagsabgeordnete Dr. Mülling wegen seiner Unterzeichnung der sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen aus der konservativen Partei ausgeschlossen werde; denn der bekannte konservative Parteibeschluß vom 18. November 1913 hat für die konservativen Generalschreiber nur die Bedeutung eines Bruchstückes. Er soll der Welt zeigen, wie sehr die konservative Partei auf politische Moral hält, und wieviel strenger diese Moral ist, als die der Fortschrittler und Nationalliberalen, die die Werbung um sozialdemokratische Stichwahlstimmen nicht scheuen. Tatsächlich fällt denn auch der konservativen Parteileitung gar nicht ein, Herrn Mülling aus der konservativen Partei auszuschließen, selbst darauf, ihm eine ernsthafte Rüge auszusprechen, hat man verzichtet und sich in christlicher Toleranz damit begnügt, die Erwartung auszusprechen, Herr Mülling möge künftig konservative Parteibeschlüsse etwas mehr respektieren. Die „Südd. Zeitung“ veröffentlicht folgende kuriose Erklärung der Parteileitung:

„Wir bedauern aufs lebhafteste, daß Dr. Mülling den sozialdemokratischen Wahlaufsatz überhaupt und alle darin enthaltenen Fragen mit „Ja“ beantwortet hat, müssen andererseits aber doch feststellen, daß es sich um keine geheimen Machenschaften mit der Sozialdemokratie über die Stichwahl gehandelt hat. Es muß Herrn Dr. Mülling zugute kommen, daß er den Fragebogen offen und frei, ohne jeden Hintergedanken beantwortet hat, im guten Glauben, daß er das nach Lage der Dinge tun könne, ohne gegen seine Parteigrundsätze zu verstoßen. Mit Rücksicht hierauf kann, da der Vorgang vor dem bekannten Parteibeschluß vom 18. November 1913 geschehen ist, für die Parteileitung ein weiterer Schritt gegen Dr. Mülling nicht in Frage kommen. Sie erwartet aber von ihm, wie von jedem Parteimitgliedsangehörigen, auf das Bestimmteste, daß er sich künftig in den Beschlüssen gebunden hält. Damit ist für uns der Fall erledigt.“

Wie tolerant doch manchmal die Konservativen gegen sich selbst sein können!

### Heidenbekehrung und Prügel.

Im Namen der katholischen Mission sendet der Provinzial P. Severin Hofbauer (Daresalam) der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ folgende Zuschrift:

„Nach Einsichtnahme in die altentworfene Darstellung der Vorgänge im Mahengebiet zwischen Mission und Militärstation erlaube ich die Behauptung der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“, daß noch knapp vor Jahresfrist heiratfähige Mädchen geprügelt und eingesperrt wurden, weil sie die ihnen zugebotenen christlichen Jünglinge nicht heiraten wollten, als den Tatsachen nicht entsprechend. Es haben wohl Differenzen zwischen Mission und Militärstation stattgefunden wegen Schulentlassung und auch Heiratsverbot, welche die Militärstation christlichen Mädchen ohne Einverständnis mit der Mission gegeben hatte. Auch wurden größere Mädchen im Internat wegen anderer Fehler mit Arrest belegt und auch körperlich gequält, aber nie um eine bestimmte Heirat zu erzielen, was ja vollkommen zwecklos wäre, da nach dem Kirchenrecht angeordnete vis et motus eine gültige Ehe nicht zustande kommen läßt.“

Darauf erwidert der Gewährsmann der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“, daß die Erzwangung einer „bestimmten“ Heirat, an die sich die rechtsfertige Mission klammert, gar nicht behauptet worden sei, wohl aber die Erzwangung einer christlichen Heirat und läßt dann fort:

„Die tatsächlichen Vorgänge im Mahengebiet waren aber folgende: Vor etwa Jahresfrist erschienen zu wiederholten Malen im öffentlichen Schauri (Gericht) heiratfähige Mädchen, zum Teil unter dem Vorwand ihrer Väter, und beklagten sich darüber, daß man auf der Militärstation Anträge versuche, sie gegen ihren Willen zurückzuführen, und auch gewaltsam zu verheiraten, daß sie die Männer heiraten, die sie heiraten wollten. Die Verwaltung verfügte infolgedessen, nach Untersuchung der Fälle, die Freilassung der Mädchen und gab auch da, wo nachgesucht, die Heiratsverläufe. In einem Falle glaubte sie jedoch so wenig Beachtung ihrer Anordnung seitens der Mission zu finden, daß sie sich veranlaßt sah, ein Kommando auf die Missionstation zu schicken, um ihren Anordnungen die notwendige Achtung zu verschaffen.“

In dem Schriftwechsel der zwischen Mission und Verwaltung während dieser Zeit stattfand, nahm gegen die doch wohl zutreffende Rechtsauffassung der Verwaltung die Mission für sich die Geltung des kanonischen Rechts in Anspruch und behauptete weiter, die Mädchen hätten sich durch Annahme der Taufe auch verpflichtet, nur christliche Jünglinge zu heiraten. Wenn sie nun ungläubige heiraten wollten, läge ihrerseits quasi ein Vertragsbruch vor.“

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die körperliche Quälung größerer Mädchen“ auf der Missionstation in der Verhängung einer richtigen Prügelstrafe bestand.“

### Der Regierungskonflikt im Herzogtum Gotha.

Ueber die Ursachen, die zu dem Rücktrittsgesuch des gothaischen Ministers geführt haben, wird folgendes mitgeteilt:

„Die Hofkammer hat eine Reihe von Wegen, welche früher zum Domänenamt gehört hatten, bei der Domänenverteilung zwischen dem Herzoglichen Hause und dem Herzogtum beim Regierungsantritt des Herzogs aber zu dem Anteil des Herzogshauses gefügt, entgegen den damals getroffenen Abmachungen durch Anbringung von Vegetations- zu herzoglichen Privatwegen erklärt und ihre Benutzung nur auf Widerruf gestattet. Der Landtag nahm in seiner letzten Sitzung einen Antrag an, der das Ministerium ersucht, für die Beseitigung dieser Tafeln zu sorgen. Staatsminister Dr. Richter erklärte, daß die Hofkammer auf seine Anfrage mitgeteilt habe, jene Tafeln wären nur aufgestellt, um zu verhüten, daß diese Privatwege infolge langjähriger allgemeiner Benutzung als öffentliche Wege angesehen werden könnten. Auch wolle man etwaigen Oppositionsprüchen vorbeugen. Nachdem der Landtag vertagt war, veröffentlichte die Hofkammer eine an die Bevölkerung gerichtete Erklärung, welche die Anbringung der Tafeln rechtfertigen sollte und die Stellungnahme des Landtags als überflüssig bezeichnete: eine Sperrung der Wege sei überhaupt nicht möglich, da sie dem Post- und Feldpolizeigebiet widersprechen würde. Inzwischen hatte aber das Landratsamt Waltershausen, dessen Leiter Mitglied des Landtags ist, einzelne Oberförstereien angewiesen, die erwähnten Tafeln zu beseitigen, da es sich meist um Wege handele, welche nach allgemeiner Kenntnis seit langen Jahren unangesehen benutzt seien, und die sonach öffentlichen Charakter angenommen hätten.“

Dadurch verschärfen sich die Reibereien zwischen Hofkammer und Ministerium. Das Ministerium berichtete an den in Italien weilenden Herzog, kam aber zu spät, denn die Hofkammer hatte

schon ihre Ansicht bei dem Herzog durchgesetzt. Der Konflikt wird sicher auch den gothaischen Landtag beschäftigen, denn so ohne weiteres werden sich die Gothaer die Wege nicht vom Herzog sperren lassen.

### Gepfeffert.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wird noch immer gegen die liberale Presse wegen ihrer Haltung in der Kaiserbrief-Affäre polemisiert. Der härtesten Pfeil in diesen Auseinandersetzungen schießt ein Dr. phil. K. aus Kaden, ab, der in dem genannten Blatte folgende Schilderung des Zentrumsjournalisten entwirft:

„Was weiß das Volk von solchen mir bekannten, mit allen Inzereien gefüllten Individuen, die in manchen ultramontanen Prehundernehmungen sitzen, Scheinheiligen Schmeichler, die rechts und links schreiben können, die in frommen Versinnen gesinnungstrüchtige Reden halten und sich hinterher über die Dummheit ihrer Zuhörer lustig machen, die über Katholikenversammlungen fulminante Berichte versenden und unter vier Augen versichern, daß es stets doch derselbe Quatsch sei, den man auf diesen Versammlungen zu hören bekomme. Was weiß das Volk von der Moral mancher mir bekannter Heberhelden seiner Presse, die in ihren Blättern unentwegt die Fahne der lauthöllischen Sittlichkeit hochhalten und sich auf diese Weise mit dem Mantel der Religion bedecken, um desto ungehörter alle Genüsse der freien Sünde oder der Ehebrüche alle durchkosten zu können.“

Der Mann scheint ein genauer Kenner der Zentrumspresse zu sein; wenigstens stimmt seine Schilderung mit den Erfahrungen derjenigen überein, die Gelegenheiten hatten, gewisse Meinungsfabrikanten des Merkantilismus aus der Nähe zu beobachten.

### Auch ein Beitrag zur Geburtenförderung.

Ein Arbeiter in Demelingen bei Bremen, Vater von sieben Kindern, konnte keine Wohnung finden, weil kein Hausbesitzer an eine Familie mit sieben Kindern vermieten wollte. Der Arbeiter mußte schließlich mit seiner Familie in das Demelinger Armenhaus aufgenommen werden. Ist diese traurige Tatsache im Zeitalter der staatlichen „Geburtenförderung“ schon höchst bezeichnend so kommt es doch noch besser: das Schöffengericht zu Achim verurteilte nämlich den kinderbesetzten Vater zu drei Wochen Haft, da er es verschuldet habe, daß er keine Wohnung bekommen und deshalb der Armenbehörde zur Last gefallen sei.

Sieben Kinder, keine Wohnung, Armenhaus und dann noch drei Wochen Haft — schöner kann sich wirklich das „Bild“ kinderreicher Arbeiterfamilien nicht offenbaren. Daß das Landgericht Verden auf eingelegte Berufung den Arbeiter schließlich freisprach, ändert an dem charakteristischen Vorgang selbst herzlich wenig.

### „Eine Fabel von seltener Albernheit“

Ist nach Herrn v. Jellly die Hoffnung auf Demokratisierung des Preussentumvertrages. Ostavo v. Jellly und Reukraf, der konservativste Führer im Preussischen Abgeordnetenhaus, leitete am 24. Tag (Nr. 95 vom 24. April) über Dallwitz und Lorbell. Nicht ohne Interesse ist, was Jellly über den neuen preussischen Minister des Innern v. Loebell und die Frage der Wahlrechtsreform sagt. „Auch in der Wahlrechtsfrage darf sich Herr v. Bethmann nicht von dem neuen Minister versprechen als von seinem Amtsvorgänger. Daß Herr v. Loebell berufen sei, um das preussische Wahlrecht zu demokratisieren, ist eine Fabel von seltener Albernheit. Mit ihr tut man beiden Staatsmännern bitteres Unrecht. Wenn das Problem selbst wohl erst 1918/17 in Angriff genommen werden wird, so muß doch das Terrain dafür von langer Hand geebnet werden, wenn man nicht wieder die Gefahr eines Fehlschlages laufen will. Die dazu erforderlichen Verhandlungen erfordern ein hohes Maß geistiger Flexibilität und psychologischer Geschicklichkeit. Dazu ist Herr v. Loebell zweifellos viel geeigneter als Herr v. Dallwitz.“

Das alles sind sicher für Herrn v. Bethmann sehr wertvolle Rebenründe des Veronienwechsels im Ministerium des Innern und für die Wahl Herrn v. Loebells wahrscheinlich sogar ausschlaggebend gewesen.“

### Soldatenmißhandlung und anständige Gefinnung.

Wegen Beleidigung, vorschriftswidriger Behandlung und Mißhandlung Untergebener verurteilte das Kriegsgericht der 18. Division in Trier einen wegen Mißhandlung bereits vorbestraften Sergeanten vom 69. Infanterieregiment zu fünf Wochen Mittelarrest. Der Anklagevertreter hatte zwei Monate und drei Tage Gefängnis beantragt. Da das Gericht zur Begründung des so wesentlich milderen Urteils ausführte, der Angeklagte habe aus anständiger Gefinnung gehandelt, dürfte es von Interesse sein, den Fall kurz wiederzugeben, um den Begriff militärischer Anständigkeit kennen zu lernen.

Der Angeklagte hatte als Schichtunteroffizier die Rekruten unter sich, darunter befand sich auch ein Unschärer, der infolge längerer Krankheit in der Ausbildung zurückgeblieben war. Am 9. Februar war er nach fünfwöchiger Krankheit (er litt an chronischem Bronchialkatarrh) gesund geschrieben worden. Am 10. Februar mußte er bei kaltem, nebligem Wetter exerzieren und erlitt einen Rückfall. Am Tage darauf meldete er beim Antritt des Dienstes dem aufsichtsführenden Leutnant, daß er am ganzen Körper zittere. Trotzdem mußte er Dienst tun, und anstatt daß ihm der Sergeant, dem bekannt war, daß der Mann krank gewesen, geschont hätte, nahm er sich denselben vor, um ihn in wahrhaft skandalöser Weise zu drangsalieren. Der Mann machte darüber folgende Aussagen:

„Ich mußte mich fortgesetzt auf den Boden hinlegen und zwar mindestens 30mal hintereinander. Dabei schlug mich der Sergeant mit dem Seitengewehr auf die Hände, stieß mich mit der Faust unter das Kinn, daß ich hinterwärts fiel, stemmte seine Knie in meine Hüften und so fort. Diese Behandlung begleitete er mit folgenden Schimpfreden:

„Du Huchhändler, entweder Du bist in 14 Tagen als Krüppel im Lazarett oder ein anständiger Soldat.“

Am anderen Tage kam der Mann ins Lazarett. Die Verweildauerzeitigte noch folgenden bemerkenswerten Vorgang. Ein Unteroffizier, der bei dem Vorgang zugegen war, wollte nichts gesehen und gehört haben und befuhr dies auch trotz eindringlicher Hinweise, daß dies doch einfach unmöglich sei. Als ein ebenfalls als Zeuge anwesender Vizefeldwebel sogar im Gerichtssaal versuchen wollte, Zeugen bei der Auslage „behilflich“ zu sein, beschloß das Gericht, daß nicht nur der Angeklagte, sondern sowohl der Vizefeldwebel als auch der vorerwähnte Unteroffizier den Gerichtssaal zu verlassen hatten. Daraufhin führte die Verweildauerzeitigte zur Erhebung einer neuen Anklage. Der Angeklagte hatte sich nämlich den Mann am Tage vorher bereits vorgenommen, und da er den Kopf zu sehr auf die eine Seite neigte, band er ihm das Ohr mit einem Bindfaden an der Wäselflappe fest. Erst ein hinzukommender Feldwebel machte dieser „anständigen“ Erziehungsmethode ein Ende.

Wenn trotz alledem das Gericht es nicht nur bei dieser milden Bestrafung beliebt, sondern auch noch besonders die anständige Gefinnung hervorzuheben für gut fand, so bedarf es hier eines Kommentars wirklich nicht. Es genügt die Bemerkung, daß nach einer solchen Praxis es in keiner Weise verwunderlich ist, wenn derartige Vorkommnisse sich immer wiederholen.

### Dänemark.

#### Militaristische und antimilitaristische Agitation.

Die Erinnerung an die Kämpfe vor fünfzig Jahren, in denen Schleswig-Holstein Dänemark entziffen wurde, ist in Dänemark zu einer militaristischen Agitation ausgenutzt worden. Man hat sich zwar im Laufe der Jahrzehnte daran gewöhnt, die Niederlage von 1864 ruhiger zu beurteilen als einst, und wenn nicht die unglückselige Verwaltungspolitik der preussischen Bureaukratie in Schleswig wäre, Dänemark würde zu den freundschaftlichsten und treuesten Nachbarn Deutschlands gehören. Aber gerade diese Dänepolitik der Landratsräten, die in ihrer Weisheit keine anderen Mittel, „deutsche Kultur“ zu verbreiten, kennt, als den Polizeiwinkel, erhält neben der Erinnerung an 1864 auch ein Gefühl des Schmerzes über das unglückliche Schicksal der nord-schleswigschen Volksgenossen aufrecht. Und die militaristischen Schreiber bemühen selbstverständlich solche Gelegenheiten, um für neue Rüstungen Propaganda zu machen.

In gleicher Weise ist auch versucht worden, die Erinnerung an die fünfzigjährige Wiederkehr des Tages der Erstürmung der Düppeler Schanzen in militaristischem Sinne auszunutzen. Die sozialdemokratische Jugend ist aber diesen Versuchen entgegengetreten. In Kopenhagen fanden am Sonntag 6 große antimilitaristische Versammlungen statt, in denen für das Abrüstungsprogramm der dänischen Sozialdemokratie eingetreten wurde. Auch in anderen Städten des Landes sind solche Versammlungen abgehalten worden und wo überall wird über eine lebhafteste Teilnahme berichtet. Das Abrüstungsprogramm der dänischen Sozialdemokratie geht von dem Standpunkt aus, daß das kleine Land mit seinen 2½ Millionen Einwohnern keine Möglichkeit besitzt, sich überhaupt gegen eine Großmacht zu verteidigen, falls es von einer solchen überfallen wird, und daß daher alle für militaristische Zwecke verausgabte Mittel direkt zum Fenster rausgeworfen sind. In dieses Programm zu erinnern hielten die Genossen für zweckmäßig gerade in dem Augenblick, wo die Militaristen die Niederlage von 1864 in ihrem Sinne auszunutzen versuchen.

### Afrika.

#### Vom Kolonialkrieg der Italiener.

Benghazi, 24. April. Aus Sonta wird gemeldet: Ein Provinzialzug für den Posten Baraua, der am 21. d. M. von Sonta aufgebrochen war, wurde in der Gegend von Birgandul von über 400 Bewaffneten aus dem Hinterhalt angegriffen. Die Eskorte leistete tapfer Widerstand, ging zweimal zum Gegenangriff gegen die Rebellen vor und verschonte sich dann in guter Stellung; die Verwundeten und der Provinzialzug wurden in Sicherheit gebracht. Der Kampf dauerte auch während der Nacht fort. Am nächsten Morgen kam italienische Verstärkung aus Sonta und Baraua. Der Feind, der bereits sehr ernste Verluste erlitten hatte, wurde von den Verstärkungen in der Flanke angegriffen und in die Flucht geschlagen. Er ließ auf dem Schlachtfeld etwa hundert Tote, darunter zwei Führer, zurück; außerdem hatte er eine große Zahl Verwundete. Auf Seiten der Italiener wurden dreizehn Weiber und drei Erbhäupter getötet, 29 Weiber und sechs Erbhäupter verwundet.

### Letzte Nachrichten.

#### Der mexikanische Krieg.

##### Eindernfung der amerikanischen Miliz.

Washington, 24. April. Der Senat hat die Freiwilligen-Vorlage angenommen, welche der Regierung die Ermächtigung erteilt, die Miliz einzuberufen.

##### Wilson will die Lage nicht verschärfen.

Washington, 24. April. Präsident Wilson erklärte dem Mitgliede des Kongresses Fitzgerald gegenüber, der ihn aufgesucht hatte, um zu erfahren, ob Fonds für den Krieg benötigt und ihre Bewilligung nachgefragt werden würde: „Für den Augenblick würden von der amerikanischen Regierung keine neue aggressiven Charaktere vorgenommen werden, die die Lage verschärfen könnten.“

##### Carranza amerikanfreundlich.

Douglas (Arizona), 24. April. (Redung des Reuterschen Bureau.) Das Jutranen zu der Fähigkeit des Präsidenten Wilson und Carranzas, die Situation zu reiten, geht daraus hervor, daß die Mining Company 3000 Arbeiter einstellte und Hochöfen anblafen ließ, die mehrere Wochen wegen Reparaturarbeiten geschlossen waren. Die Lage wird erheblich gebessert durch die strengen Maßnahmen Carranzas gegen die Mexikaner, die sich mit Amerikanern in Handel einlassen. Jeder Mexikaner, der leichtfertigweise einen Angriff herbeiführt, wird mit Todesstrafe bedroht.

##### Angriff der Mexikaner.

New York, 24. April. Die mexikanischen Bundesstruppen haben auf den Ort Laredo (Texas) gefeuert.

##### Reichstagsersatzwahl in Braunschweig-Heilsberg.

Braunschweig, 24. April. (Vorläufiges Ergebnis.) Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Königsberg 6 (Braunschweig-Heilsberg) wurde an Stelle des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Preuß Freiherr v. Rechenberg-Berlin-Schöneberg (Zentrum) mit großer Majorität gewählt.

##### Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat.

Essen (Ruhr), 24. April. In der heutigen Versammlung der dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat angehörenden Zechenbesitzer brachte die Weiterberatung des neuen Syndikatsvertragsentwurfs das Ergebnis, daß die anwesenden Zechenbesitzer den heute noch in Einzelheiten abgeänderten Entwurf angenommen haben.

Der Vertrag soll nun noch von einem heute bestimmten Ausschuss endgültig festgestellt und demnächst in einer Zechenbesitzer-Versammlung zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Diese soll dann abgehalten werden, wenn der genannte Ausschuss in der Zwischenzeit die Verhandlungen mit den Syndikatsmitgliedern, mit denen noch zu verhandeln ist, und mit den Aufsichtern zu Ende geführt hat.

##### Schweres Fliegerunglück in Italien.

Turin, 24. April. Leutnant Kapoli ist während eines Fluges mit einem Passagier über dem Flugplatz von Mirafiori abgestürzt. Der Leutnant und sein Passagier sind tot.

**Neu eröffnet!**  
**Charlottenburg**  
 Wilmersdorferstr. 118-119

# A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 118-119

Die mit \* bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgenommen.

Verkauf nicht an Wiederverkäufer.  
 Nicht am Spittelmarkt.

## Billige Lebensmittel

<b>Kaffee</b> frisch gebrüht 1/2-Pfund-Paket 55, 60, 65 Pf.
<b>Kakao</b> garantiert rein Pfund <b>68</b> Pf.
<b>*Rückenfett</b> Pfund <b>45</b> Pf.
<b>*Lieserl</b> Pfund <b>58</b> Pf.
<b>*Bratenschmalz</b> Pfund <b>65</b> Pf.

### Wurstwaren

Gervelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.20
Teewurst	Pfund	1.10
Thüringer Knoblauchwurst	Pfund	1.40
Bauernbratwurst	Pfund	1.20
Poinische Bratwurst	Pfund	98 Pf.
Echtle Braunschweiger Mettwurst	Pfund	1.10
ff. Leberwurst	Pfund	1.05
Landleberwurst	Pfund	85 Pf.
Jagdwurst	Pfund	98 Pf.
Rotwurst I	Pfund	68 Pf.
Rot- od. Zwiebelwurst	Pfund	50 Pf.
Nusschinken	Pfund	1.35
Schinkenspeck	Pfund	1.05
Speck <sup>100 Pfund</sup>	68 Pf. mager Pfund	85

### \*Frisches Fleisch

Roulade	Pfund	1.15
Schmorfleisch <sup>m.H.Knoch</sup>	Pfund	90 Pf.
Suppenfleisch	Pfund	70 Pf.
Schweinebauch	Pfund	55 Pf.
Schulterblatt <sup>im Ganzen</sup>	Pfund	58 Pf.
Kalbskamm	Pfund	85 Pf.
Kalbsbug	Pfund	85 Pf.
Kalbsbrust	Pfund	95 Pf.
Hammel-Dicke-Rippe	Pfund	85 Pf.
Hammeldünnung	Pfd.	75 Pf.

### \*Obst und Gemüse

Spinat	3 Pfund	25 Pf.
Salat	Kopf	5 Pf.
Gurken		25, 35 Pf.
Rhabarber	3 Bund	10 Pf.
Radleschen	3 Bund	10 Pf.
<b>Frischer Stangenspargel</b>	Pfund	<b>58,78</b> Pf.
Maikräuter	3 Bund	10 Pf.
Essäpfel	Pfund	18 Pf.
Kochäpfel	Pfund	18 Pf.
Apfelsinen <sup>Outren</sup>	25, 35 Pf.	
Zitronen <sup>Datsen</sup>	25, 35 Pf.	

<b>*Spitzheine</b> Pfund <b>15</b> Pf.
<b>Himbeersaft</b> 1/2 Flasche <b>48</b> , 1/1 Flasche <b>90</b> Pf.
<b>Puddingpulver</b> 5 Pakete <b>28</b> Pf.
<b>Frischer Maitrank</b> 1/2 Flasche <b>58</b> Pf.
<b>Apfelwein</b> 3 Flauchen.. <b>98</b> Pf.

### Butter und Käse

Moikereibutter <sup>1/2 Pfund-Pak</sup>	63 Pf.
Schweizer Käse	Pfund <b>85,95</b> Pf.
Tilsiter Käse	Pfund <b>58,78</b> Pf.
Mburger Käse	Pfund <b>38</b> Pf.
Spitz- o. Faustkäse	3 Stück <b>20</b> Pf.
Harzer Käse	5 Stk. <b>10</b> Pf.

<b>*Kassler</b>	Pfund	<b>83,88</b> Pf.
<b>*Frische Eier</b>	Mdl	<b>75,90</b> Pf.

### Kolonialwaren

Reis	Pfund	16, 20, 25 Pf.
Hartgries	Pfund	22 Pf.
Makaroni gefärbt	Pfund	32 Pf.
Gem. Marmelade	Pfund	25 Pf.
Pflaumenmus	Pfund	25 Pf.
Backobst	Pfund	38, 48 Pf.



## Holzmöbel zum Zusammenlegen

Sessel aus Peddgröhr, m. nicht gedreht, Sitz, in guter Ausführung **6.50** | Hocker **95** Pf. | Stuhl **2.45** | Sessel m. Armlehne **2.90** | Bank **4.75** | Tisch ca. 60x60 cm **2.90** | Bequemer Korbsessel Polster m. Krettonbezug **4.85**

**Vereinshaus**  
 Swinemünder Straße 11.  
 Amt Norden 10 271.  
 Empfehle meine neu renovierten Vereinszimmer, 60 u. 70 Personen fassend, zu Vereins- und Gesellschafts-Sitzungen sowie als Saalstelle.  
 Jeden Sonntag u. Sonntag:  
 Familien-Unterhaltung.  
**Paul Dobrohlaw.**

**Spezialarzt**  
 Dr. med. Wockentauß,  
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)  
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
 Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
 Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,  
 schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
 störung. Mäßige Preise.  
 Sprechst. v. 6—8, Sonntags 9—11.

*Vornehme*  
**Herren-Moden**  
*fertigt und nach Maß*  
 Garantie: Tadelloser Sitz  
 feinste Verarbeitung!  
 Auf Wunsch Wochenrate von 1 M. an  
**J. Kurzberg & Co.**  
 Maß-Schneiderei  
 Rosenthaler Straße 36  
 Reinickendorfer Str. 4  
 Gegründet 1898

**Hut-Arnold**  
 Dresdenerstr. 116  
 (Kein Laden)  
 am Oranienplatz.  
 Herren- und Knaben-Strohhüte  
 in allen Preislagen.  
 Steife Herrenhüte von Mk. 2.00 an  
 Weiche Herrenhüte von Mk. 1.50 an.  
 Ausserordentlich niedrige Preise!  
 Sehr grosse Auswahl in  
 Mützen u. Strohhüten

**Möbel**  
 In wirklich erstaunlicher Auswahl erhält ein Jeder auf  
**Credit**  
 bei niedrigstem Preis fast  
**ohne Anzahlung**  
 Modern 1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen  
 von 250 bis 3000 M., — von 15 M. an.  
 Einzelne Möbel-Ersatzstücke  
 Anz. von 5 M. an  
 Teppiche, Portieren, Steppdecken  
 Gardinen, Läufer  
 Betten <sup>Gratis!</sup> 2 Bettvorleger  
**C. Wachsmann & Co.**  
 15 Reinickendorfer Str. 15  
 neben der Feuerwache  
 Aufg. Ravenstraße.

Ziehung schon 29. April

Los nur <b>50</b> Pf.	<b>Gnesener</b>	11 Lose nur <b>5</b> M.
Pferde-		

**LOTTERIE**

3237 Gewinne im Werte von Mark

darunter 34 Pferde, drei Equipag. M.

3200 Silbergewinne M.

Hauptgewinn M.

Los 50 Pf. 11 Lose sortiert aus 5 M. Porto u. Liste verschieden Tausend; 25 Pf. extra in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und durch Generalschick

**H. C. Kröger Berlin W8**  
 Friedrichstr. 193a

**Eleg. Frühjahrsmoden**  
 für Herren und Damen.

Hochmoderne 1 und 2reihige  
**Jacket- und Rockanzüge**  
 mit gestreifter Hose.  
**Sport-Paletots, Ulster**  
 Anz. von **5** Mk. an.

**Eleg. Straßen-Kostüme**  
 in reizenden Farben.  
 Wollene u. seidene garn.  
**Kleider, Mäntel, Blusen, Röcke**  
**Gratis!**  
 Jed. Herr Hut od. Weste.

**C. Wachsmann & Co.**  
 Reinickendorfer Str. 15  
 Neb. d. Feuerwehr, Aufg. Ravenstr.

## Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Conc. Leihhaus ..Vorwärts-Leser erhalten 10 Proz. extra.  
 Bekanntm. Redakt.: Alfred Wielepp, Neudöln. Inzeratenverantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Stierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Pflege und Entwicklung der Seidenraupe.

In Lichtenberg ist am Donnerstag eine Versammlung für poli- tisch erklärt worden, deren einziger Punkt der Tagesordnung lautete: „Pfle- ge und Entwicklung der Seidenraupe“.

Indem die Polizei von Lichtenberg einen naturwissenschaftlichen Vortrag verhinderte, machte sie sich selbst zum Objekt eines viel interessanteren naturwissenschaftlichen Experiments.

Es wird immer schwerer, der preussischen Polizei ernstlich böse zu sein. Gewiß, die Lichtenberger Polizisten haben einen Akt un- griechischer Gewalt begangen, der sie in jedem wirklichen Ordnungszustand in nahe Beziehung zum Strafrichter bringen würde.

Die preussische Polizei ist stark. Aber die Stärke ist nicht ihre stärkste Eigenschaft! Ach nein!

Aber wir wollen ernst sein trotz aller Lächerlichkeit und ruhig trotz allem Empörenden. Wir wollen jeden Menschen von zivilem Denkvermögen fragen, ob er die in Lichtenberg, Adnigsberg, Düsseldorf und anderwärts geübten Methoden für geeignet hält, den Sinn des Reichsvereinigungsgesetzes auszuführen, das die Jugendlichen von der Politik fern halten will?

Die Polizei dagegen bringt zustande, was kein Sozialdemokrat will oder kann. Sie hebt durch die aufreizende Sinnlosigkeit ihres Auftretens die jungen Leute in einen Zustand des Hasses und der Erbitterung hinein, der diesem Alter vielleicht doch besser erspart bliebe.

Solange die Polizei auf diesem Wege der ungeheuerlichen Politisierung der Jugend verharret, wird es notwendig sein, mit ihr den Kampf um das Geis zu führen, und es ist un- vermeinlich, daß die Jugend in diesen Krieg mit hineingezogen wird.

Die besonnenen Bekämpfer der Sozialdemokratie täten darum gut, ihre Lichtenberger Vorkauf so scharf wie nur irgendmöglich zurückzuführen. Und der neue preussische Polizeiminister, Herr v. Loebeck sollte seine nachgeordneten Stellen eindringlich auf die Grenzen ihres geistlichen Befugnisse aufmerksam machen, damit die Polizeikontingente nicht von vierzehnjährigen Jungen zu lernen brauchen, was ihnen das Geis erlaubt und was nicht.

Die besonnenen Bekämpfer der Sozialdemokratie täten darum gut, ihre Lichtenberger Vorkauf so scharf wie nur irgendmöglich zurückzuführen. Und der neue preussische Polizeiminister, Herr v. Loebeck sollte seine nachgeordneten Stellen eindringlich auf die Grenzen ihres geistlichen Befugnisse aufmerksam machen, damit die Polizeikontingente nicht von vierzehnjährigen Jungen zu lernen brauchen, was ihnen das Geis erlaubt und was nicht.

Pflege und Entwicklung der Seidenraupe. Besorgt ja die zgl. preussische Polizei!

Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung. Freitag, den 24. April 1914. Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lenzke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der

Etat des Finanzministeriums.

Abg. Dr. Schroeder-Kassel (natl.)

wendet sich gegen das jetzige System der Remunerationen für Be- amte, wünscht Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse für Unterbeamte und verlangt Auskunft darüber, ob durch die Neuordnung der Reise- kosten für Beamte Ersparnisse eingetreten sind.

Abg. Delius (Op.)

fordert eine andere Berufsklasseneinteilung für die Beamten und be- fürwortet ebenfalls Abschaffung der Remunerationen.

Abg. Partsch (Z.)

schließt sich der Kritik des Systems der Remunerationen an. Unhaltbar ist der Zustand, daß die Handwerker bei Aufträgen der Staats- verwaltung immer so lange auf Bezahlung warten müssen.

Abg. Dr. Lamparski (Polc)

protestiert gegen die Verwendung von Staatsgeldern zur Ver- drängung polnischer Bürger von ihrer heimatischen Scholle und gegen die Ostmarkenzulagen. Diese wirken forumpierend und führen zur Drangsalierung der Polen durch die Beamten. Wirt- schaftlich seien die Ostmarkenzulagen nicht begründet.

Finanzminister Dr. Lenzke:

Das neue System der Reisekosten hat tatsächlich zu Ersparnissen geführt. Remunerationen werden nur unter ganz bestimmten Be- dingungen gewährt; sie beruhen zum Teil auf alter Tradition und entfallen mit dem Tode der derzeitigen Inhaber. — Wenn Verzögerungen in der Bezahlung von Lieferanten des Staates ein- treten, so kann das nur mit den betreffenden Lieferungsverträgen zusammenhängen. Im allgemeinen bezahlt der Staat sofort. Kommen hier Verhältnisse vor, so sollte Beschwerde erhoben werden, damit der Fall geprüft werden kann.

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

Die Handwerker sollte man nicht auf den Weg der Beschwerde verweisen; sie werden immer glauben, daß ihnen die Beschwerde irgendwie nachgetragen wird. Der Minister sollte durch eine all- gemeine Verfügung den Wünschen der Handwerker Rechnung tragen.

Ein Antrag Kandler (natl.) verlangt Gewährung von Staatskrediten an die Posenener Kreditbank für städtische Hausbesitzer.

Abg. v. Kardorff (fl.):

Diesem Antrag stimmen wir zu. Das Deutschtum in der Provinz Polen wird schwer bedrängt. Die polnische Volksbank verfügt über große Kapitalien und stellt sie den Polen zur Verfügung. Seitens des Finanzministeriums scheint die Bedeutung der Anstiedelungspolitik für die Städte unterschätzt zu werden. Leider sind wir mit unserer ganzen Anstiedelungspolitik zu spät gekommen. Wir wollen eine Parallelaktion in den Städten, wie wir sie bei dem Besitz- befestigungsgesetz für den häuerlichen Besitz gemacht haben. Es sind grobe Unterlassungssünden in unserer Anstiedelungspolitik vor- gekommen! Die Finanzverwaltung sollte nicht alles vom grünen Tische aus regeln. (Beifall bei den Freiservativen.)

Finanzminister Dr. Lenzke:

Ich muß die Angriffe des Herrn v. Kardorff gegen die Finanzverwaltung entschieden zurückweisen. Gerade das Finanz- ministerium hat bisher in der Polenfrage eine sehr tätige Rolle ge- spielt. Herr v. Kardorff hat für seine Angriffe gar keine An- haltspunkte. Auch bisher haben wir das Deutschtum in den Städten stets gestützt. Die Pfandbriefanstalt in Polen ist von dem Finanzministerium ins Leben gerufen worden, sie ist finanziell von uns reich ausgestattet worden. Ob die Gewährung zweiter Hypotheken, die Herr v. Kardorff wünscht, praktisch ist, ist fraglich.

Abg. Künzer (natl.):

Der Antrag will den gefährdeten deutschen Hausbesitz festigen. Auch die polnischen Banken unterstützen die polnischen Hausbesitzer durch Gewährung zweiter Hypotheken.

Abg. Dr. v. Aries (t.)

spricht ebenfalls für den Antrag.

Abg. Korfanty (Polc):

Die freundschaftliche Unterhaltung zwischen dem Finanzminister und Herrn v. Kardorff war sehr interessant. Jetzt ist den Herren vom Ostmarkenverein selbst der Finanzminister nicht mehr schatzgenug! Die Posenener Kreditbank gibt nur deutschen Besitzern Geld, beim Verkauf an einen Polen werden die Hypotheken sofort fällig und der Deutsche muß dann 1/2 Proz. Strafe zahlen. Die Freilinnigen, die den Antrag unterschrieben haben, haben das jedenfalls nicht gewußt. Die ganze Polenpolitik hat bisher nur Unheil gestiftet und kann im Ausland nicht zur Ehre des deutschen Namens beitragen. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Hue (Soz.):

Herr v. Kardorff hat entschieden Recht! Vor wenigen Wochen hatte er die Aufgabe übernommen, eine Brücke zwischen Konser- vativen und Nationalliberalen zu schlagen, und das Resultat war stärkere Veremeinigung beider Parteien. Heute war seine Aufgabe, die Regierung noch stärker gegen die Polen zu machen, und der Erfolg war, daß er die Regierung gegen sich scharf gemacht hat. Ich möchte den Herrn auf der rechten Seite hören, wenn von unserer Seite solche Angriffe gegen die Regierung, und zwar, wie sich herausgestellt hat, unmotiviertere Angriffe, geschleudert worden wären. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und als der Minister in einer bisher bei ihm unbekanntem scharfen Weise gegen Herrn v. Kardorff Front machte, hörte ich keinen Beifall rechts, wie sonst, wenn der Minister einen von den unfrüher ablasst. Das Verdienst des Herrn v. Kardorff ist, daß er die gefährliche Tendenz des vorliegenden Antrages klar enthüllt hat. Es ist nunmehr Pflicht jeden Politikers, der die seit Jahrzehnten betriebene Hege gegen die Polen nicht mit- machen will, gegen diesen Antrag zu stimmen. Das hat Herr v. Kardorff mit seiner Rede erreicht! Ich habe seinen verdorbenen Vater noch gelammt und muß schon sagen: Mütter war Herr v. Kardorff-Vater ganz entschieden! Denkbar soll der Antrag eine Milderung des Geldmangels der Hausbesitzer und damit der Wohnungsnot herbeiführen. Diese Verhältnisse sind aber im Westen zum Teil noch viel schlimmer als im Osten. Bei uns herrscht eine derart große Wohnungsnot,

daß viele Familien am vergangenen 1. April überhaupt keine Wohnung bekommen konnten, teilweise mußten die Kommunen in öffentlichen Gebäuden Räume zur Unterbringung der Familien hergeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also was der Antrag seinem Wortlaut nach will, müßte ganz all- gemein, nicht nur für die polnischen Provinzen gefordert werden. In Wirklichkeit aber will der Antrag nur eine neue Ver- stärkung des ungeliebten Kampfes gegen die Polen. Wir sind an sich wahre Freunde der inneren Kolonisation, der Stärkung eines wirk- lichen Bauernstandes sowie einer Stärkung der Landwirtschaft, weil wir in ihr ein Produktionsgebiet sehen, das wir möglichst stark ver-

mehren müssen. Wir haben auch in der Wohnungsgeheimkommission verschiedene Anträge zur Milderung der Wohnungs- not gestellt. Aber all diese Fragen, die mit Parteipolitik an sich nichts zu tun haben, werden in Nichts gebracht, indem man sie verquickelt mit der ungeliebten Hege gegen die Polen. Ich bedauere, daß unter dem Antrag auch Mitglieder der Fortschritt- lichen Volkspartei stehen. — Während hier die Freiservativen und Nationalliberalen viele Millionen aus den Steuererträgen bewilligen, angeblich, um das Deutschtum zu fördern, setzen ihre Parteifreunde in Rheinland-Westfalen, die dortigen Groß- industrien, alles daran, um die aus dem Osten zuwandernden polnischen und slawischen Arbeiter von den deutschen abzu- sperren und

slawische Inseln in der alten deutschen, westfälischen Mark zu schaffen! (Hört! hört! bei den Soziald.) Ich habe darüber im Reichstage ausführlich gesprochen und keiner von den Herren hat den Versuch gemacht, das zu widerlegen. Diese Leute ziehen möglichst viel fremdsprachliche Arbeiter heran, trennen sie dann in besonderen Kolonien und verbieten den Deutschen, mit ihnen in Zahlung zu treten, damit nur ja in den polnischen Proletariats nicht das Gemeinheitsgefühl mit den deutschen Proletariats erwacht. — Wenn Herr v. Kardorff weiter von vielen Millionen sprach, die im Ruhr- gebiet von den Polen zur Proboganda gegen das Deutschtum ver- wendet werden sollen, so stelle ich demgegenüber fest, daß die Scharen der fremdsprachlichen zugewanderten Arbeiter im Ruhrgebiet nach tausenden zu zählen sind, die in bitterster Not bei uns leben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Armut ist so groß, daß selbst bürgerliche Gemeindevertreter erklärt haben, so gebe es nicht weiter. — Also, weil wir die ungeliebte Ostmarken- politik nicht mitmachen wollen, lehnen wir den Antrag ab. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Wolke (fl.):

Von einer Bedrängnis der Polen kann nicht die Rede sein. Wenn die Polen aber so wie heute Herr Korfanty die Deutschen angreifen, zwingen sie den Staat zu Zwangsmassregeln. Die Ver- hauptung, daß die Industrien im Westen mit Absicht polnische Inseln bilden, erscheint mir ungläubhaft. Welchen Zweck sollten sie damit verfolgen?

Abg. Kronjahn (Op.):

Der Antrag Kandler ist keineswegs ein Kampfmittel gegen die Polen. Wir haben die Polenpolitik zwar stets bekämpft, können aber nicht die Verhältnisse unbeachtet lassen, die sich jetzt in der Ostmark herausgebildet haben. Wir müssen dem bedrängten deutschen Haus- besitzerstande helfen.

Abg. v. Kardorff (fl.)

betont, daß ihm jede Absicht, den Minister persönlich zu verletzen, ferngelegen habe. Der Finanzminister sollte auch Verständnis dafür haben, daß man in Dergens- und Gewissensfragen unter Umständen ein Wort zu viel spricht.

Finanzminister Dr. Lenzke:

Ich nehme gern Kenntnis davon, daß Herr v. Kardorff meint, er hätte es nicht so schlimm gemeint, wie es gelungen hat.

Abg. Braun (Soz.):

Herr Kronjahn bestritt, daß der Antrag ein Kampfmittel gegen die Polen sein soll. Aber es ist doch merkwürdig, daß er nur für Polen und Westpreußen gestellt ist. (Sehr gut! bei den Sozial- demokraten.) Gibt es denn nur in Polen und Westpreußen in den kleinen Städten arme Hausbesitzer? Und im übrigen gibt es auch noch mehr arme Leute, als gerade Hausbesitzer. Wenn eine Aktion für arme Leute eingeleitet werden soll, so wären gerade die Hausbesitzer die letzten, die in Betracht kämen. Zur Binderung der Wohnungsnot wäre es viel besser, statt privater Hausbesitzer, ge- meinnützige Baugenossenschaften zu unterstützen. Solche Verhältnisse, wie sie Que für das Ruhrgebiet geschildert hat, haben wir auch anderswo. Ich erinnere an den Vater von neun Kindern, der sich aus Verzweiflung das Leben nahm, weil er keine Wohnung bekommen konnte. Also auf diesem Gebiete wäre viel zu tun. Aber der Zweck des Antrages,

Verfolgungspolitik gegen die Polen

zu treiben, zwingt uns, gegen ihn zu stimmen. Graf Wolke meinte, wenn ein Haus brennt, lösch man es und fragt nicht danach, ob andere Häuser auch brennen. Aber was nützt es, das eine Haus zu löschen und alle anderen daneben brennen zu lassen, die dann schließlich das eine auch noch anrücken! (Sehr gut! bei den Sozial- demokraten.) Graf Wolke verstand nicht, weshalb die Industrien im Westen die polnischen Arbeiter abhätelien. Das ist gar kein so großes Geheimnis. Sie wollen eben nicht, daß diese importierten polnischen Arbeiter sich als deutsche Staatsbürger fühlen sollen, denn dann könnte es ihnen vielleicht einfallen, auch ihre Interessen als deutsche Staatsbürger geltend zu machen. Sie sollen sich als willige und billige Arbeitskräfte fühlen, deshalb sonder- man sie ab. Hebrigens machen es ja die ostfälischen Groß- grundbesitzer genau so. Sie schänden die Polen auch in ge- sonderten Kolonien auf Feld. Graf Wolke bestritt auch unsere Bauernfreundlichkeit. Bauernfreundlich in Ihrem Sinne sind wir allerdings nicht. Aber unsere ganze Politik ist darauf gerichtet, die kleinen Leute im Lande, gleichviel, ob sie in der Landwirtschaft tätig sind oder im Gewerbe, als Staatsbürger, als Steuer- zahler in ihrem Gewerbe zu unterstützen. Die selbst- arbeitenden Bauern unterstützen wir in jeder Beziehung, ins- besondere gegen die Vergewaltigung durch die konservativen Groß- grundbesitzer im Kreis- und Provinzialverband. (Widerspruch rechts.) Wer die Verhältnisse im Osten kennt, der weiß, daß Sie in dem Kreisstag lediglich ein paar Kenommiertbauern, ein paar Großbauern hineinnehmen, daß sonst aber das häuerliche Interesse in den Kreistagen

mit Häfen getreten

wird. (Lärm rechts.) Sie denügen den Bauern lediglich als Werkzeug für ihre bauernfeindliche Großgrund- besitzerpolitik. Sie denken aber gar nicht daran, sich seiner Interessen anzunehmen. (Erneuter Widerspruch rechts.) Graf Wolke wünschte, daß die Sozialdemokratie sich bald auf eine Ziel zurücklege. Das müßte eine sehr große Ziel sein und wenn wir darauf sähen, würden wir sicherlich nicht solch eine Figur machen, wie jener Kreis, der sich in der Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht zu helfen weiß. (Beifall bei den Sozial- demokraten.)

Die Etat der Finanzverwaltung und der Staatsschulden- verwaltung werden bewilligt, letzterer mit einer etwas erhöhten Subvention. Der Antrag Kandler geht an die Budgetkommission.

Etat des Abgeordnetenhauses

liegt ein auch von den Nationalliberalen, Volksparteilern und Frei- servativen unterstützter Antrag der Abg. Dietrich (Braunsberg) und Genossen (Z.) vor, wonach den Abgeordneten für die Dauer der jedesmaligen Legislaturperiode und für die gesamte Monarchie eine Fahrkarte zur freien Fahrt in beliebiger Wagenklasse auf den preussisch-hessischen Staats- bahnen gewährt werden soll.

Abg. Dietrich (Z.):

Der Antrag geht unter meinem Namen, weil ich kein persön- liches Interesse an dem Antrage habe. Ich reise so gut wie gar nicht. (Heiterkeit.) Daher siehe ich der Sache ganz objektiv gegenüber. Die Stellung des Abgeordneten erfordert, daß er In- formationsreisen macht. Da die Abgeordneten nach der Verfassung nicht nur Vertreter ihres Wahlkreises sondern des ganzen



Und wiederum ein bestochener Gendarm.

Raum hat sich vor dem Kriegsgericht die Verhandlung wegen Bestechung von Gendarmen durch Buchmacher abge- spielt, so hat sich abermals ein Gericht mit der Bestechung eines Gendarmen zu beschäftigen. Allerdings sah nicht der Bestochene, sondern ein Gastwirt auf der Anklage- bank, der auf Strafantrag des Gendarmen hin deshalb als Verleumder bestraft werden sollte, weil er die Wahrheit über den Gendarmen gesagt hatte. Und in der Tat war zunächst von dem Landgericht in Potsdam der schuldlose Gastwirt be- strafte worden. Das Urteil war dann vom Reichsgericht auf- gehoben und die Sache an das Landgericht Berlin III ver- wiesen. Die 5. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichts- direktors Seelert sprach gestern den Gastwirt frei. Die Ver- handlung ergab klar die Schuld des Gendarmen und die Un- schuld des Gastwirts.

Weber die Verhandlung selbst geht uns nachstehender Ver- richt zu.

Wegen verleumderischer Beleidigung im Sinne des § 187 des Strafgesetzbuches war der Gastwirt Willi Wackermann aus Horn- stedt bei Potsdam vor der 5. Strafkammer angeklagt. Die vor- liegende Strafsache hatte schon einmal das Landgericht in Potsdam beschäftigt. Der Angeklagte war damals wegen Beleidigung des Gendarmereiswachtmeisters Slosfeld in Hornstedt zu 300 M. Geld- strafe verurteilt worden. Auf seine Revision hob das Reichsgericht das erste Urteil auf, verwies aber die Sache nicht an die Vor- instanz, das Landgericht Potsdam, zurück, wie sonst üblich, sondern bewies sie an das Landgericht III.

Gegen Wackermann war auf Grund folgenden Sachverhalts ein Verfahren wegen

wissentlich falscher Anschuldigung

eingeleitet worden: Der Angeklagte, der früher in dem Albrecht- schen Gasthof in Hornstedt Wirt war, dann aber selbst ein Lokal übernahm, war vor einiger Zeit von dem Gendarmen Slosfeld zwei- mal wegen Schankkontrabandation angezeigt worden, wie er be- hauptet zu Unrecht. Er richtete dann am 22. Mai u. J. an die Gendarmereibrigade eine Beschwerdeschrift, in der er u. a. sagte, daß

Slosfeld von Lokal zu Lokal geht, sich freihalten lasse und dann wiederholt ein Auge zudrückt und Anzeigen unterdrückt.

Sein ganzes Verhalten stehe nicht im Einklang mit seinen Dienst- vorschriften und er, der Angeklagte, bitte deshalb, den Gendarmen anzudeuten, dieses Verhalten zu unterlassen. Ferner hieß es, daß S. bei den Geschäftskleuten Waren entnehme und dann vergesse zu bezahlen.

Diese schweren Vorwürfe hatten zur Folge, daß sofort gegen — W. ein Verfahren eingeleitet wurde, ohne überhaupt erst nach- zuprüfen, ob nicht etwa an den Beschuldigungen etwas Wahres sei.

In der Verhandlung in Potsdam zeigten sich die Zeugen sehr zurückhaltend und die Folge war, daß der Angeklagte verurteilt wurde. Zu der gestrigen Verhandlung war von Rechtsanwalt Ros- bund-Potsdam ein umfangreicher Zeugenapparat aufgebildet worden, durch den der

volle Wahrheitsbeweis

für die Behauptungen des Angeklagten erbracht werden sollte. Die Beweisaufnahme brachte auch recht erbauliche Dinge zu Tage, die zur Folge haben werden, daß gegen den Gendarmen ein kriegs- gerichtliches Verfahren wegen Bestechung eingeleitet werden wird. So bekundete eine Zeugin, daß der Gendarm wiederholt in das Lokal gekommen sei, gegessen und getrunken habe und dann, als wäre dies etwas Selbstverständliches,

frühs gegangen sei, ohne zu bezahlen.

Ein anderer Zeuge bekundete, daß sich eines Tages, anläßlich einer Feuerweherversammlung in dem Weiskerschen Lokal in Hornstedt in einem Hinterstübchen ein kleiner

„Klub der Harmlosen“

zusammengefunden habe. Es sei das bekannte Glücksspiel „Schlechte Lotterie“ oder „Gottes Segen bei Gohn“ gespielt worden. Der Gendarm Slosfeld habe in Uniform und Helm da- bei gegessen und selbst mitgespielt. Anzeige gegen den Wirt wegen Duldens von Glücksspielen sei natürlich nicht erhoben worden.

Der frühere Wächter des Unteroffizierskasinos des 1. Garde- ulanzenregiments bekundete, daß Slosfeld regelmäßig in die Kon- tinue gekommen sei, sich habe ein

Bräuhaus

bröseln lassen und dann gegangen sei, ohne zu bezahlen. Wenn andere Gäste mit am Tisch saßen, so habe ihm Slosfeld so, daß es die übrigen sahen, ein größeres Geldstück gegeben, das er, Zeuge, dann heimlich wieder an S. zurückgegeben habe. Auf eine Frage eines Zeigers, wie er denn dazu komme, den Gendarmen in dieser Weise freizuhalten, da doch für ihn in der Kaserne die Polizeistunde nicht in Frage komme, erklärte der Zeuge, daß der Gendarm doch die Kontrolle über den Bierapparat habe und auf

eine Anzeige hin könne er eventuell seine Konzeption verlieren. Deshalb habe er sich mit dem Gendarmen gut stellen müssen. Der Zeuge bekundete dann noch, daß seine Mutter einmal durch den Fahrstuhl zu ihm heraufgerufen habe: „Jetzt kommt wieder der Gendarm aus Hornstedt, der hat schon hier unten genug gekriegt; gib ihm man nicht auch noch was!“

Der Obsthändler A. bekundete, daß der Gendarm eines Tages bei seiner Tante ein Gewicht beanstandet habe. Seine Tante habe ihm dann erzählt, Slosfeld habe sich einen Korb Birnen geholt und die Sache sei damit erledigt gewesen.

Von einem Gastwirt sollte der Gendarm dafür, daß er ihn nicht wegen Ueberschreitung der Polizeistunde angezeigt hatte, eine Flasche Cognac

erhalten haben. Die Beweisaufnahme über diesen Punkt ergab jedoch, daß der Gendarm die Flasche bezahlt hatte, allerdings mehrere Monate später. Der betreffende Gastwirt bekundete, daß er nur wisse, daß die Flasche bezahlt sei; wann, wisse er nicht mehr. — Der Angeklagte bemerkte hierzu, daß Slosfeld, nachdem das vorliegende Verfahren bereits anhängig gewesen sei, überall zu den Restaurateuren und Geschäftskleuten in Begleitung eines Zeugen herumgegangen sei und gefragt habe, ob er noch etwas schuldig sei.

Eine Gastwirtsfrau A. bekundete, daß sie alle 14 Tage Schokolade und Slosfeld sich regelmäßig dazu eingefunden habe. Sie habe dem Gendarm jedesmal

Wurstfleisch und frische Wurst und Bier

gegeben, bezahlt habe S. nichts. Der Angeklagte hält der Zeugin vor, daß sie zu ihm gedöhert habe: „Lieber einmal eine Anzeige und Strafe zahlen, als den Wachtmeister immer freihalten!“ Die Zeugin erklärt, daß sie sich hieran nicht mehr erinnern könne.

Mehrere andere Zeugen, darunter der Gastwirt Weisler, in dessen Lokal der Gendarm sich an dem Glücksspiel beteiligt hatte, stellten Slosfeld ein sehr gutes Zeugnis aus. Was er getrunken habe, habe er stets sofort bezahlt. — Der Gendarm Slosfeld gab in seiner Vernehmung zu, daß er „mal“ ein Glas Bier nicht bezahlt habe. Er gab ferner zu, an dem Spiel beteiligt gewesen zu sein, er sei aber dabei nicht im Dienst gewesen.

Staatsanwalt Fischer bemerkte in seinem Plaidoyer, daß die Beweisaufnahme behauerlicherweise ergeben habe, daß sich der Gendarm eine große Zahl von Unregelmäßigkeiten habe zuschulden kommen lassen. Der Angeklagte habe jedoch in seiner Beschwerde über das von ihm Bewiesene hinaus noch Dinge behauptet, die nicht erwiesen seien. Es liege jedoch, da man nicht sagen könne, daß der Angeklagte wider besseres Wissen gehandelt habe, nur eine läbliche Nachrede im Sinne des § 188 vor und wegen dieses Vergehens erische eine Geldstrafe von 100 M. angemessen.

Rechtsanwalt Rosbund-Potsdam hielt die Freisprechung des Angeklagten für geboten, da ihm, selbst wenn man annehme, daß der Wahrheitsbeweis nicht vollständig gelungen sei, der Schutz des § 198 zur Seite stehe. Unter Wegnahme auf die Bestechungs- affäre der Charlottenburger Gendarmen betonte der Verteidiger, daß auch der vorliegende Fall ergeben habe, daß hier eine Bestechung des Gendarmen vorliege.

Das Gericht kam zu einer

kostenlosen Freisprechung

des Angeklagten. Wie der Vorsitzende bemerkte, sei der von W. angetretene Wahrheitsbeweis in fast allen Punkten gescheitert. Das Verhalten des Gendarms sei durchaus zu mißbilligen, da als fest- gestellt anzusehen sei, daß er sich in mehreren Fällen Waren geben lassen, ohne zu bezahlen, auch daß er in Uniform an einem Glücksspiel teilgenommen habe. Der Angeklagte konnte nach dem Vorgefallenen sehr wohl der Meinung sein, daß der Gendarm die- jenigen Gastwirte nicht anzeige, von denen er freigelassen werde. Derartige grobe Pflichtwidrigkeiten zu rügen und sich darüber zu beschweren, sei das Recht jedes Staatsbürgers, deshalb stehe auch dem Angeklagten der Schutz des § 198 zur Seite.

Der Angeklagte kann von Glück reden, daß er frei- gesprochen ist, wiewohl er unschuldig war. Wir leben ja im polizei-militärischen Preußen-Deutschland, in dem nach be- kanntem Bunsch die Jurisprudenz, soll heißen die Gerechtigkeit, zu schweigen hat, wenn das Militär oder die Polizei Unrecht tut. Unrecht leiden mag nach dieser Auffassung der Bürger, Unrecht tun Polizei und Militär. Das Gericht ist erfreulicherweise dieser Richtung nicht gefolgt. Wird nun gegen den Gendarmen wegen Bestechung und wissentlich falscher Anschuldigung vorgegangen werden?

Jugendbewegung.

Neue Polizeispiele in Düsseldorf.

Auf Donnerstagabend war in Düsseldorf ohne Angabe irgendeines Themas eine Jugendversammlung einberufen worden. Vor Beginn der Versammlung erließen in Begleitung eines Schut- manns der Polizeikommissar Gauer, der schon am zweiten Oster- tage die Jugendlichen mit Waffengewalt aus den Versammlungen hatte treiben lassen. Diesmal beschränkte sich der Herr nicht darauf,

die Versammlung wegen eines Vortrages für politisch zu erklären. Er machte sofort diejenigen, die er für die voraussetzlichen Leiter ansah, darauf aufmerksam, daß er die Zusammenkunft nicht dulde, gleich was auch gemacht werde. Dürfen Tischspiele heraufgeholt werden? Nein. Darf ge- sungen werden? Nein. Geißeln? Nein. Genosse Gerlach sagte nun dem Polizeikommissar, der Saal sei von ihm gemietet und er fordere die Polizei auf, den Saal zu verlassen. Darauf löste der Polizeikommissar die Versammlung auf, weil ihm der Zutritt zu einer öffentlichen Versammlung verweigert worden sei. Alles ging ruhig hinaus, mit Ausnahme einiger erwachsener Genossen, die sich zum Kartenspiel zusammengefunden hatten. Auch das wurde ihnen verboten. „Sind Sie zufrieden, Herr Polizeikommissar, wenn wir einen Augen- blick vor die Tür gehen?“ — „Gewiß, meine Herren, ich danke Ihnen für Ihre Entgegenkommen.“ Die sechs Genossen sahen eine Bekunde vor die Tür, gingen wieder herein und durften nun ihr Kartenspiel beginnen.

Inzwischen hatten sich viele Hundert Jugendliche im Hof zusammengefunden. Als aber ein Regen einsetzte, wurde es ihnen ungemütlich und sie gingen wieder in den Saal. Verschiedenes Fragen des Polizeikommissars, wer die Jugend dazu veranlaßt habe, all- gemeine Antwort: Der Regen!

Genosse Gerlach lud nun die jungen Leute, deren Zahl sich in- zwischen vervielfacht hatte, zu einem Glase Limonade ein in dem von ihm gemieteten Saal. Die Szenen die nun folgten, müssen in ihrer Komik erlebt worden sein. Ein junger Arbeiter spielte unermüdlich auf dem Klavier, und zwar Lieder, deren Text an die Ueberwachung gerichtet war. Das Lied „Ach, wenn das der Petrus wäre“, war noch eines der harmlosesten. Schließlich wurde die Szene so lächerlich, daß die beiden Polizeibeamten ihren Platz neben dem Klavier verließen und unter ungeheurem Gelächter sich in den Hintergrund des Saales zurückzogen. Auch der größte Feind der Polizei könnte ihr Ansehen nicht mehr schädigen, als sie es durch solche Versammlungen selbst tut. Meistens zeitigte das „Konzert“ wieder einige Dugend Aufnahmen.

Interessant ist, daß der Polizeikommissar zugab: „Meine Herren! Die Sache muß einmal auf die Spitze ge- trieben werden, damit wir endlich Klar sehen.“ In der verhinderten Zusammenkunft hatte Genosse Soltmann aus Köln eine Ansprache über „Die Gefahren des Alkohols für die Jugend“ halten sollen. Das wird verboten! In derselben Zeit sitzen Tausende junger Leute ungehindert in den Kneipen, in Ainos, in Spielhallen und vergeuden Kraft und Geld. Das ist erlaubt!

Neue Heldentaten der Königsberger Polizei.

Im Jugendheim in der Nikolaistraße in Königsberg hatte sich am Mittwoch ein kleiner Kreis von etwa 40 Personen eingefunden, die nur gegen Karten Eintritt gefunden hatten. Die Genossin Brill hielt einen Vortrag über Schiller. Trotzdem die Versammlung nicht öffentlich bekannt gemacht war, erschienen plötzlich, wahrscheinlich durch einen Spitzel informiert, dem man bereits auf der Spur ist, zwei Polizeibeamte in Zivil. Sie gaben an, beauftragt zu sein, die Versammlung zu überwachern, da die Polizei vermutete, daß strafbare Handlungen begangen werden sollen.

Arbeitssekretär Genosse Krüger erklärte den Polizeibeamten, daß die Versammlung keine öffentliche sei, sie in dem Lokal nichts zu suchen hätten und forderte sie auf, den Raum schleunigst zu ver- lassen, auch weigerte er sich ausdrücklich, ihnen Plätze anzuweisen. Die Polizisten aber rührten sich nicht. Sie machten vielmehr Kotizen und schrieben besonders eifrig, sowie nur das Wort „Freiheitskämpfer“ fiel. Der Vortrag selbst konnte schließlich ohne weitere Störung durch die Polizei zu Ende gehalten werden. Zum Schluß verließ dann ein Jugendlicher die Kotiz in der Arbeiter- jugend, in der geschildert ist, wie die Charlottenburger Arbeiterjugend die Polizei in den April schickte. Nun wurden die Beamten nervös; einer von ihnen verlangte die Personalien des jugendlichen Vortrags. Krüger verweigerte das mit Recht, da die Beamten unter Verletzung des Hausrechts eingedrungen seien und sich nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befänden. Es kam zu einem erregten Wortwechsel. Die Kriminalbeamten riefen uniformierte Hilfe herbei. Krüger wurde verhaftet und ohne Hut und Mantel auf das Polizeipräsidium geschleppt. Dort forderte man ihn auf, seine Taschen zu entleeren und seine Personalien anzugeben. Krüger verweigerte beides und ließ sich auch durch die Drohung: „Hier werden Sie vom Kopf bis zu den Füßen bedient!“ nicht einschüchtern. Nun machte sich ein Polizist daran, Krügers Taschen zu entleeren. Während der Beamte noch mit dieser Tätigkeit beschäftigt war, er- schienen plötzlich ein anderer Polizeibeamter, der anordnete, Krüger seine Habseligkeiten zurückzugeben und ihn zu entlassen.

So hegt man in der „Stadt der reinen Vernunft“ die Pro- letarierjugend.

Der Befehl von oben.

In Forst (Raußig) sollte am Donnerstag der Genosse Scholz- Berlin in einer unpolitischen Jugendversammlung über das Thema: „Die bäuerliche — die proletarische Jugendbewegung“ reden. Als die Versammlung eröffnet werden sollte, erklärte der erscheinene Polizeikommissar, die Versammlung ist verboten. Er sei von keiner vorgelegten Beschränkung beauftragt, die Versamm- lung unter keinen Umständen stattfinden zu lassen. Was blieb weiter übrig, der Saal mußte geräumt werden. Aber die Forster Arbeiterjugend wußte Rat. In einem anderen Lokal, das die Polizei nicht konnte, wurde die Versammlung un- gehindert abgehalten, und das Vorgehen der Behörde einer Kritik unterzogen.

In eigener Sache!!

Von verschiedenen Seiten ist das Gerücht verbreitet worden, unser Aus- verkauf wegen Auflösung unserer Firma sei bereits beendet. **Diese Ge- rüchte sind falsch!** Der Ausverkauf dauert bis zur vollständigen Räumung unverändert fort. Da unsere Lagerbestände noch einen Wert von ca 200000 M. repräsentieren, sind alle Abteilungen reichhaltig sortiert

Die früheren regulär. Verkaufspreise **mindestens 30% ermässigt** sind durchweg ohne Unterschied

**Vertriebs-Ges. für Herren- und Knaben-Bekleidung H.**  
Neue Schönhauser Str. 1 Ecko Weinmeister- und Münzstrasse. **Sonntag 12-2 Uhr geöffnet** Neukölln, Kottbuser Damm 72

# Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit) in Hamburg.

## Mitglieder-Versammlungen

der örtlichen Verwaltungsstellen:

- Berlin A:** Am Sonntag, den 26. April, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Wählisch, Stähler Str. 22.
- Berlin B:** Am Sonntag, den 3. Mai, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.
- Berlin D:** Am Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Pankenhofers, Lurmf. 25/26.
- Berlin E:** Am Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Kaczorowski, Ravenstr. 6.
- Berlin F:** Am Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Büttner (früher Cbiolo), Schneider Str. 23/24.
- Berlin G:** Am Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr, in den Fortuna-Sälen, Straußberger Straße 3.
- Berlin H:** Am Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Reichardt, Götlicher Straße 38.
- Berlin J:** Am Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Zimmerlind, Kommtener Straße 2.
- Berlin - Baumschulenweg:** Am Sonntag, den 26. April, abends 9 1/2 Uhr, im Lokal von Erbe, Baumschulenstr. 14.
- Berlin-Britz:** Am Sonntag, den 26. April, abends 9 Uhr, bei Herrn Hitz, Werderstraße, Ecke Baumgärtchen.
- Berlin-Lichtenberg:** Am Sonntag, den 26. April, vormittags 9 Uhr, bei Herrn Piefenbagen, Schrammehofstr. 60.
- Berlin-Schöneberg:** Am Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Gehrts, Reiminger Str. 8 (im Tunnel).
- Charlottenburg:** Am Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Köpenicker Str. 1.
- Neukölln:** Am Montag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Albert Schmidt, Reuterstr. 22.

**Tagesordnung:**  
 1. Kassenberichte vom 4. Quartal 1913 und vom 1. Quartal 1914.  
 2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung.  
 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.  
 Außerdem in Berlin D, Berlin G, Baumschulenweg, Piesenberg, Charlottenburg und Neukölln: Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung in Freiburg i. S. In Berlin E: Stellungnahme zur Generalversammlung. In Berlin J: Sitzungsberatung und Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. In Berlin A: Bericht über die Revisionsarbeit. In Berlin G: Vortrag über Feuerbestattung mit Gefährdungen am Modell eines Krematoriums. Vortragender Herr Dennis Arno Brühl.

Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersuchen  
 Die Ortsverwaltungen.

Am Montag, den 27. April, abends 8 Uhr beginnend, hält der Wanderlehrer des Zentralbildungsausschusses

**Dr. Max Poensgen-Alberty**  
 in den „Industrie-Festhällen“, Benthstraße 20, einen Vortrag über das Thema:  
**Kunst, Künstler und Sozialismus,**  
 der zur Diskussion gestellt werden wird.  
 Wir gestatten uns, die Arbeiter und Arbeiterinnen von Groß-Berlin zu diesem Vortrage freundlichst einzuladen.  
**Der Bezirksbildungsausschuss von Groß-Berlin.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.  
 Telefon: Amt Norden 1987, 1229, 9714, 185.

**Achtung! Gürtler! Achtung!**  
 Montag, den 27. April 1914, abends 6 Uhr:  
**Versammlung**  
 der Berliner Gürtler und Kronenschlosser  
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal).  
**Tagesordnung:**  
 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Neuwahl des Branchenvertreters und Ergänzungswahl der Kommission, 4. Verschiedenes.  
**Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.**  
 Es wird erwartet, daß die Kollegen in dieser Versammlung zahlreich erscheinen.  
 Die Ausgabe der Maimarken erfolgt im Bureau Linienstraße 83-85, Zimmer 10, in der Bureaulzeit von 9-1 Uhr vorm. und 4-7 Uhr nachm. gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Legitimationkarte.  
 Die Ortsverwaltung.  
 117/4

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler.**  
**Ersatzkasse.**

**Mitglieder-Versammlungen**  
 am Sonntag, den 26. April 1914, vorm. 10 1/2 Uhr:  
**Bezirk A:** Gewerkschaftshaus, Saal 9.  
**B:** Restaurant Ehlert, Köpenicker Straße 19.  
**C:** Koch, Nide-Nafobler 119.  
**D:** Hummel, Sophienstr. 2.  
**Tagesordnung:**  
 1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht vom ersten Quartal 1914, 3. Verschiedenes.

**Knaben- und Jünglings-Garderobe**  
**Großes Lager**  
 in jeder Ausführung, nur eigene Anfertigung.  
 zu sehr billigen Preisen.  
 Herren-Garderobe nach Maß  
 Karl Hustedt, Köpenicker Str. 85, parterre.  
 2 Minuten vom Södel-Bahnhof.

**Monats-Garderobe!**  
 4-500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack- und Gehrock-Anzüge (auch zu verleihen), Frühjahrspaletots sowie v. Kavaliere getragene, fast neue Sachen (a. Zeile), f. jed. Figur pass. in größter Auswahl z. unübertroffen billigen Preisen.  
 1 Tr. deshalb billiger wie im Laden.  
 Hirsch Kieferbaum, Straße 12/13 1

# Theater und Vergnügungen

**Urania.** Mit dem „Imperator“ nach New York.  
**Passage-Theater.** Alno-Varieté.  
**Cines Hollendorfer-Theater.** Das mit die Witznis gab  
**Ag. Cyrenhaus.** Rignon.  
**Ag. Schauspielhaus.** Alles um Liebe.  
**Deutsches.** Was ihr wollt, Feindl. Peer Gynt.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

**Urania.** Hochspannung.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Erziehung zur Liebe.  
**Kammertheater.** Scherzhaufen.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Residenz-Theater.** Komödienhaus.  
**Berliner Theater.** Komödienhaus.  
**Residenz-Theater.** Komödienhaus.  
**Der Regimentspapa.**

**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Die Förster-Christl.  
**Komische Oper.** Der müde Theodor.  
**Bender.**  
**Trianon-Theater.** Die Notbrücke.  
**Passage-Panoptikum.** Der englische Riese.  
**Teddy Bobs.**  
**Der Juxbaron.**

**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Theater am Nollendorfplatz 5.** Der Juxbaron.

**Schiller-Theater O. Falner.** Die beiden Leonoren.  
**Schiller-Theater.** Das große Licht.  
**Theater in der Königsgräzter Straße.** Mr. Wu.  
**Komödienhaus.** „Kammermusik“.  
**Berliner Theater.** Wie einst im Mai.  
**Residenz-Theater.** Der Regimentspapa.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Die Förster-Christl.  
**Komische Oper.** Der müde Theodor.  
**Bender.**  
**Trianon-Theater.** Die Notbrücke.

**Residenz-Theater.** Der Regimentspapa.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Die Förster-Christl.  
**Komische Oper.** Der müde Theodor.  
**Bender.**  
**Trianon-Theater.** Die Notbrücke.

**Passage-Panoptikum.** Der englische Riese.  
**Teddy Bobs.**  
**Der Juxbaron.**

**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Theater am Nollendorfplatz 5.** Der Juxbaron.

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**  
**Luisen-Theater.** Los von Mattern!  
**Walhalla-Theater.** Tangosieber.  
**„Clou“** :: Berliner ::  
**Konzertthaus**  
 Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.  
**Gastspiel**  
 des Prager Tonkünstler Orchesters. Dirig.: Kapellmeister und Komponist Julius Fuock.  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
 An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

**Brauerei Friedrichshain.**  
 Sonnabend, den 2. Mai 1914, abends 8 Uhr:  
**1. großes Sinfonisches Konzert.**  
 Ausführende:  
**Das Blüthner-Orchester (60 Künstler).**  
 Dirigent: Paul Elgers.  
 Solistin: Kammer Sängerin Elisabeth Boehm von Endert.  
 Abendkasse 1 M. Einladkarten im Vorverk 50 Pf. bei den Vorwärts-Expeditoren Zucht, Immanuelkirchstraße, und Hanisch, Auguststraße.

**SPREE-HAVEL-STAR-GESELLSCHAFT**  
 DAMPSCHIFFFAHRT  
 Am 26. April, dem Hauptblüten-Sonntag in Werder!  
 Ab Weidend. Br. (Bhf. Friedrichstr.) 8.00, 8.30, 9.00 Uhr  
 Ab Café Gärtner (Bahnh. Bellevue) 8.25, 8.55, 9.25 Uhr  
 Ab Charlottenburg, Schloßbr. 8.50, 9.20, 9.50 Uhr  
 Ab Spandau, Charlottenbr. 9.22, 9.57, 10.27, 10.57 Uhr  
 Ab Potsdam, Kaiser-Wilhelm-Br. v. 10-6 stündl. ebenso zurück.  
 Ab Spandau: 11.35, 2.15, 5.07 über Wannsee nach Potsdam, zurück 8.11, 2.10, 5.10  
 Ab Wannsee: von 9.45-6.45 stündl. nach Potsdam, zurück 10-7.10 stündl.  
 Ab Potsdam: 10, 2, 3.15 Uhr nach Ferch, Rückfahrt 11.45, 3.45, 6.45 Uhr.

**Auf der Oberspreewald-See von 7.15 halbstündl. Verkehr.**  
 An Wochentagen:  
 Täglich 9 Uhr von Berlin, Weidendamm-Brücke und den obigen Stationen nach Werder. Ab Potsdam von 10-6 Uhr stündlich.  
 Ab Jannowitzbr.: 2 Uhr n. d. Müggelsee (Müggelberge) 50 Pf. hin und zurück.  
 Auf der Oberspreewald-See von 7.15 halbstündl. Verkehr.  
 Zwischen Grünau-Schmöckwitz auf dem Müggelsee und auf der Löcknitz stündl. Fahrten. Ab Scharmützelsee 9.45, 12.30, 3.25 Uhr. — Ab Saa: ow 10.45, 1.32, 4.37 Uhr.

**Baumblüte in Werder a. H.**  
 in schönster Pracht.  
 Extrazüge und Extradampfer täglich.

**URANIA**  
 Taubenstraße 48/49.  
 4 Uhr:  
 Mit dem „Imperator“ nach New York.  
 8 Uhr:  
**Hochspannung.**

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Die Dollarprinzessin.**  
 Sonntag, 3 Uhr: Die Königin der Detektive. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.

**Wintergarten**  
 Ein beispielloser Erfolg  
 der von Publikum und Presse glänzend beurteilen  
**April-Attraktionen!**  
 Entreeplatz wochentags M. 0.60.  
 - Rauchen gestattet! -

**Apollo-Theater.**  
 8 Uhr Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr  
 Nur noch 6 Tage!  
**Der Stolz d. 3. Kompagnie**  
 mit **Hartstein.**  
 Vorher das große Varieté-Programm. Rauchen gestattet!

**Metropol-Theater.**  
 Abends 7 Uhr 55 präglie:  
**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**  
 Morgen nachmittag 3 Uhr: Ein Blitzmädel.

**Reederei Kahnt & Hertzner**  
 billige Dampfer-Extrazugfahrten bis auf weit. Sonntag.  
**Waisenbrücke nach Wendenschloß - Grünau - Krampeburg.**  
 Abfahrt nachmittags 2 Uhr. — Hin und zurück 50 Pfennig.  
 Außerdem: Morgen Sonntag, den 26. April:  
**Baumblüte nach Werder a. H.**  
 Abfahrt: Weidendammerbrücke bei d. Prinz-Louis-Ferdinand-Straße, vormittags 9 Uhr.

**Deutsches Künstlertheater**  
 Sozietät.  
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.  
 Kassa: Nollendorf 1383.  
 Sonnabend, 8 Uhr:  
**Erziehung zur Liebe.**  
 Sonntag, 3 Uhr: Der Silberpelz.  
 Sonnt., 8 Uhr: Schneiders Witzel.

**Folies Caprice.**  
 8 1/4  
 Tohuwobu Das Karnekel Das Erdbeben.

**Voigt-Theater**  
 Badstraße 38.  
 Morgen Sonntag, den 26. April 1914:  
 Nachm. 3 Uhr: Mutter Thiele.  
 Abends 7 Uhr:  
 Das Geheimnis von New York.  
 Kasernenstr. 10 Uhr, auf 3 u. 7 Uhr.  
 Sonntags. Mittwoch, d. 29. April  
 Benefiz-Groß-Ganzten: Der stolze Heinrich.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
 Herr D'rektor Kublicke  
 Benefiz von Benef.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Casino-Theater**  
 Potzdamer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
 Bieder ein großer Theater-Erfolg!  
 Der neue Lustspiel-Sänger  
**Wo die Liebe hinfällt.**  
 Vorher das neue April-Programm.  
 Tauberts! Selma Wallis! Will & Will!  
 Sonntag 4 Uhr: Pappas Selbstensprung.

**Admiralpalast.**  
**Eis-Arena.**  
 Die Novität „Im Tangoklub“  
 und zum 234. Male das effektvolle Eisballett „Die lustige Puppe“. Bis 6 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.  
**Wein- und Bier-Abteilung.**

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
 Immer noch **Pichelswerder**,  
 an der neuen **Beerstraße** beim **Alten Freund**.

# Gerhard Schröder

Neukölln-Hermannstr. 59-60  
Ecke Steinmetzstr.

**Eisenwaren u. Werkzeuge**  
Emaillegeschirr-Porzellan  
Lampen-Glas  
Haus- u. Küchengerät

Bekannt als beste und billigste Bezugsquelle für **Herren-Hüte** in jeder Preislage ist **Radloff, Charlottenburg, Berliner Str. 51.**

**Räucherwaren** täglich frisch nur bei **Karl Schön** Großbeerenstr. 28d.

## Oswald Naefe

Färberei u. Chemische Wäscherei  
Fabrik: Britz Rudower Str. 34 Tel.: Nk. 208

Färben und Reinigen von Garderoben, Innendekorationen, Polstermöbeln usw.  
Gardinen-Wäscherei, Mechan. Teppich-Schüttelwerk.  
Kul. Bedienung. Bill. Preise. Abholung u. Zustellung kostenlos.

Filialen in Neukölln: Bergstr. 74, Bergstr. 161, Saalestr. 7, Kaiser-Friedrich-Str. 248 (Hermannplatz), Kaiser-Friedrich-Str. 82, Kaiser-Friedrich-Str. 136, Münchener Str. 36/37, Ecke Mainzer Str. Steinmetzstr. 43, Friedelstr. 34, Knesebeckstr. 119, Ecke Hermannstr., Weserstr. 16, Emsenstr. 16/17, Teupitzer Str. 106.

Berlin 8: Gräferstr. 82  
Schöneberg: Goltzstr. 12, Sedanstr. 1, Akazienstr. 6, Hauptstr. 108.

## Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Albert Dahnitz, Adestr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

2. Wahlkreis: S. und SW: Gustav Schmidt, Wilmersdorfer Str. 42, an der Sneltenaustraße. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

3. Wahlkreis: St. Friedrich, Ringstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

4. Wahlkreis: D. N. N.: Robert Bengels, Wilmersdorfer Str. 36. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr. — Petersburgerplatz 4 (Laden). Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

4. Wahlkreis: S. S. S.: Paul Böhm, Laufferplatz 14/15. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

5. Wahlkreis: Leo Buch, Rummelsburger Str. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

6. Wahlkreis (Noabit): Salomon Joseph, Wilhelmshavenstr. 48. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Wedding: J. Dönitz, Müllerstr. 34a Ecke Ullricher Str., Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Rosenhäger und Oranienburger Vorstadt: A. Bolgast, Waisenstr. 8. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Gesundbrunnen: Fischer, Behlstr. 6, Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Schönhauser Vorstadt: Karl Karst, Gärtenhäger Str. 22. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Adlershof: Karl Schwartze, Wilmersdorfer Str. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Köpenicker Str. 6.

Baumshulenweg: D. Dornig, Varienbater Str. 13, I.

Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Große, Wilmersdorfer Str. 5, Laden.

Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Genig, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.

Charlottenburg: Gustav Scharberg, Seifenbäcker Str. 1. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Eichwalde, Schmöckwitz: Oscar Rabie, Wilmersdorfer Str. 4.

Erkner, Neu-Zittau: Emil Zwang, Schornweberstr. 10.

Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Döselbart, Petershagen.

Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: D. Senice, Wilmersdorfer Str. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Bertmann, Friedrichshagen, Köpenicker Str. 18.

Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.

Johannisthal, Rudow: Max Genschur, Parf. 6.

Karlshorst: Richard Rüter, Köpenicker Str. 9, II.

Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 2, Eingang Westturm Straße.

Köpenick: Emil Böhler, Köpenicker Str. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.

Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Bartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 8 1/2-2 und von 4 1/2-7 Uhr.

Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.

Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 29.

Marienfelde: Emil Weichert, Berliner Str. 114 II.

Neuenhagen, Hoppegarten: E. Radow, Wolterstraße 31.

Neukölln: H. Heinrich, Köpenicker Str. 2 im Laden. Geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr; Neukölln, Weg: Rühr, Siegfriedstraße 25/29. Geöffnet von 7-11 und von 4-7 Uhr.

Nieder-Schöneweide: Wilhelm Lirutz, Seidenstr. 10, II.

Nowawes: Wilhelm Jappe, Lütcherstr. 2.

Ober-Schöneweide: Alfred Sabet, Wilmersdorfer Str. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Fra.-Buchholz, Blankenburg: Rihmann, Wilmersdorfer Str. 30. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

Reinickendorf - Ost, Wilmersruh und Schönholz: G. Curtz, Drosselstr. 55, Laden. Geöffnet v. 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr.

Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: A. Rojentrang, Wilmersdorfer Str. 55. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

Schönkondorf, Königs-Wusterhausen: Chr. Dahnitz, Hofstr. 10.

Schöneberg: Wilhelm Baumier, Maria Lütcherstr. 60, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.

Spanna, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breitstr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Riens, Borsigwalde, Rühnstraße 10. Geöffnet von 11-12, u. von 4 1/2-7 Uhr.

Teltow: Wilhelm Bousso, Teltow, Berliner Str. 16.

Tempelhof: Joh. Krohn, Dorffstr. 62.

Treptow: Rob. Gramenz, Niepolzstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wettersow, Heinersdorf: A. Fuhrmann, Sedanstr. 105, part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schuber, Wilmersdorfer Str. 27.

Zethen, Hiersdorf: Ernst Dätig, Zethen, Wilmersdorfer Str. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.  
Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

# Wilhelm Joseph

Schöneberg, Hauptstraße 163  
Berlin, Großgörschenstraße 1

## Kolossale Preisermäßigung

**Washstoffe**  
**Kleiderstoffe**  
**Seidenstoffe**  
**Damen-Konfektion**  
**Garn. Hüte und Formen**

Diese Verkauf erstreckt sich mit den billig. Preisen nur auf kurze Zeit

### Washstoffe

Krepon waschbar, schöne moderne Farben, Mtr. 72	50 Pl.
Krepon waschbar, mit kleinen farbigen Streifenblumen	65 Pl.
Voile bedruckt, in modernen Mustern	75 Pl.
Frotté glatt u. gestreift, moderne Farben, Mtr. 120	95 Pl.
Zephir hell und dunkel gestreift, gute Qualität	30 Pl.
Kleider-Leinen weisse, mode und farbig	40 Pl.
Schant-Rips-Leinen 130 cm br. Mtr. 1 95 70 cm br. Mtr.	95 Pl.
Wasch-Musseline mit und ohne Bordüre	28 Pl.
Woll-Musseline in den schönsten Mustern	75 Pl.
Schweiz. Stick-Stoffe Voile, mit Volant, ca. 120 cm breit, Mtr. 2,90, 2,45	1 35

Ein gr. Posten **Frotté** ca. 120-140 cm breit, weiss u. in den schönsten Farben, früher bis 2,50 Meter jetzt **1 35**

### Kleiderstoffe, Seidenstoffe

Blockkaros schwarz-weiß, diverse Stellungen, Meter 1,15, 95	65 Pl.
Kostümstoffe elegante Mischungen und Streifen, ca. 130 cm breit	1 65
Kostümstoffe Kammgarn, Twill, marine u. schwarz, ca. 130 cm breit	2 90
Schottenstoffe in effektvollen Farbenstellungen, für Kleider und Röcke, Meter 1,95	1 25

**Ramagé, Seiden, Eollenne** 2 75 für Strassen- u. Gesellschaftskleider, in den neuesten Farbbezeichnungen, ca. 110 cm br. trün Preis b. 5,50, Mtr. jetzt

Schottische Seide aparte Farbenstellg., Mtr. 2,25	1 65
Römische Streifen hochaparte Farben, Meter	2 35
Chiné-Seide effektvolle Blumen- und Pflanzmotive	2 90
Satin-Grenadine doppeltbreite Kleiderseide, in sehr schön. Farben, tr. P. bis 6,75 Mtr.	4 90
Crêpe de chine-Illusion reine Seide, grosse Farbensortim., Mtr.	1 10

Die grosse Mode für Mäntel und Jacken **Seidenstoffe** doppelbreit, besond. billig Moiré, Bengalin in grosser Auswahl

### Damen-Konfektion

Blusen aus weisser Waschseide, gute Qualitäten	5,75, 4 90
Blusen aus reinwollenem Crêpe oder Wascherêpe, einfarbig oder gebümt	2 90
Blusen aus weiss. Voile mit Hohlbaum und reich gesticktem Vordertheil	3 90
Kostüm-Röcke blau, dunkel- oder schwarz-weiß □-Stoff, letzte Neuheit	4,50, 2 95
Sportjacken in vielen Modelfarben mit Gürtel und Taschengarnierung	6,75, 4 75
Blusen-Jacken aus schwarz Moiré mit farbigem oder schwarzem Kragen	13,75, 10 50
Alpaka-Mäntel hell und dunkel mit aparten Garnierungen	14,75, 11 50
Kostüme dunkelblau oder Stoffe englischer Art, teilweise auf Seide	28,50, 18,50, 12 25
Russenkittel verschiedene Farben, hübsche Garnierung, Grösse 45-60	1 75

**Seidenkleider** gute weiche Seide, feuch garn., fr. Pr. b. 37,50, jetzt durchw. **24 75**

**Unterröcke** in Trikot mit Moirévolant oder in Waschstoffen mit plissiertem Volant **1 95**

### Garn. Hüte u. Formen

Elegante Modell-Formen	jetzt Stück 4 95
Trotteur mit Samtband und Kirschentuff garniert	jetzt 2 95
Formen in verschiedenen Farben	jetzt 95 Pl.
Matelot oder Topfglocke mit Blumenranken und Bandgarnitur	3 95
Elegante Glocken mit Blumen- und Banduntergarnitur	7 50
Herren-Hüte in Matelot- oder Panama-Form, grosse Auswahl	2,95 1 95
Mädchen-Glocke mit Seidenrüsche, in vielen Farben	1 95
Kinder-Südwester aus Strohborte, in vielen modernen Farben	2,75 1 95
Reiher imitiert, schwarz und weiss	1,45 95 Pl.
Solider Frauenhut mit Blumen, Federköpfen und Bandgarnierung	6 75
Kinderhut mit Seidenband und Kirschenzange garniert	2 75
Eleganter Kinderhut aus Phantasieborde reichend garniert	4 75

Ein grosser Posten **Blumenranken** Stück **65** Pl. 1,25, 85



### Vorortnachrichten.

#### Lichtenberg.

##### Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Vor einigen Monaten bereits war der Magistrat an die Stadtverordnetenversammlung herantreten, um die Zustimmung zur Errichtung einer eigenen Betriebskrankenkasse für die städtischen Arbeiter zu erhalten. Die Vorlage war damals einer gemischten Kommission überwiesen worden. Bereits in ihrer ersten Beratung hat diese Körperschaft die Vorlage mit Stimmengleichheit abgelehnt. Der Vorsitzende der Kommission, Bürgermeister Dr. Unger, aber und mit ihm die bürgerlichen Mitglieder, stellten sich, um die Vorlage zu retten, auf den Standpunkt, daß bei Stimmengleichheit der Vorsitzende den Ausschlag gebe. Unsere Vertreter bestritten das ganz entschieden und nahmen an der weiteren Beratung nicht mehr teil. Triumphierend konnten nun die bürgerlichen Verbände, die Magistratsvorlage sei in einer zweiten Sitzung „einstimmig“ angenommen worden. Die Freude währte jedoch nicht lange. Unsere Genossen Peterhansel, Ritter, John und Kertcher gingen in der Plenarsitzung der Vorlage beratend energisch zuleibe, daß ihr nur eine hoffnungslose Widerheit verblieb. Unsere Redner und auch der Stadtverordnete Lehmann von der Gruppe wiesen darauf hin, daß eine Abspaltung kleinerer „Winkellassen“ nannte sie Kerker nicht ganz ohne Grund — keinesfalls im Sinne der Reichsversicherungsordnung liege. Aber auch Arbeitnehmer so wenig wie Arbeitgeber hätten ein Interesse an solcher Zerstückelung. Das hätten auch die städtischen Arbeiter längst selbst erkannt. Sie hätten in einer Versammlung, die am 14. November unter Leitung des Bureaudirektors Krüger tagte, eine Resolution folgenden Inhalts angenommen:

Die heute — am 14. November 1913 — im Lokal von Schwarz verammelten städtischen Arbeiter Berlin-Lichtenbergs lehnen die Errichtung einer Betriebskrankenkasse entschieden ab. Sie erblicken in dieser Schwachen Klasse keine Förderung, sondern eine Verschlechterung für die Klassenmitglieder.

Ueber diese unzweideutige Meinungsäußerung der nächstbeteiligten wären die bürgerlichen Herren gar zu gern lautlos hinweggeschlitten. Man suchte die Vorteile einer eigenen Betriebskasse in den verlockendsten Tönen zu malen. Leider mußten die Fachleute unter unseren Vertretern auf Grund eingehendster Kenntnis der Dinge das schöne Bild namentlich in seinen Schattenpartien erheblich fortzögern, mit dem Erfolg, daß die Vorlage durch Ablehnung des § 1 in den Danks versinkt wurde.

Eine Anfrage Rott und Genossen bezog sich auf die künftige Beleuchtung der Möllendorfsstraße. Die Verksdeputation hat Niederdruck-Strahlstrahlampen in Aussicht genommen. Die Anwohner müßten nun aber nicht weniger „erleuchtet“ sein wie die der Frankfurter Chaussee und wünschen elektrische Hogenlampen. Um das aber in ihrer mannhafte Art nicht offen heraus sagen zu müssen, schüben sie eine geradezu rührende Fürsorge für die vom Gasbergungstod bedrohten Straßenbäume vor. Sie übersahen, daß die Gasrohre schon längst vorhanden sind, mußten sich auch sagen lassen, daß die geplante Beleuchtungsort keinesfalls, weder im Effekt, noch in Betriebssicherheit der elektrischen nachsteht.

Auf dem Schulgrundstück in der Scharnweberstraße soll eine Turnhalle errichtet werden. Da der Schulhof an sich schon reichlich klein ist, mußte das Dach begehbar projektiert werden, damit es ebenfalls zum Aufenthalt der Schulkinder im Freien dienen kann. Stadtrat Schachtel machte hierzu einen beachtenswerten Vorschlag. Der Besitzer eines Nachbargrundstückes soll geneigt sein, einen genügend großen Teil an die Stadt zu verlaufen. Das würde die Möglichkeit schaffen, losgetrennt vom Schulgrundstück eine Gemeinderturnhalle zu errichten, über deren anderweitige Verwendung der Regierung kein Einspruchrecht zusteht. Da aber diese Turnhalle unmittelbar an das Schulgrundstück grenzt, würde die Mitbenutzung zu Schulzwecken keine Unbequemlichkeit mit sich bringen. Diese Anregung fand allseitige Zustimmung und es wurde Vertagung beschlossen um diesem Projekt näher treten zu können. Allgemein, nicht nur bei unserer Fraktion, herrscht nur über das Verhalten des Magistrats, bezug des Oberbürgermeisters die peinliche Empfindung vor, daß er sich in dieser Frage mehr als freiwilliger Regierungskommissar, denn als Vertreter des städtischen Selbstverwaltungsrechts fühlte. Er meinte, es sei möglich, die Schulbehörde werde aus der Mitbenutzung der Turnhalle zu Schulzwecken ein Verfügungsrecht herleiten! Kein Herr Oberbürgermeister, das ist selbst in Preußen nicht möglich.

#### Charlottenburg.

Verstaatlichung der Steuerbelastung in Charlottenburg. Die Veranlagung zur Einkommensteuer sowie zur Gewerbesteuer in den Klassen III und IV, die bisher von der Stadt Charlottenburg ausgeführt wurde, soll auf Grund von Vereinbarungen zwischen der Regierung und dem Magistrat vom Jahre 1915 ab vom Staate übernommen werden. Der mit der Stadtgemeinde über die Führung des Vorhanges in der Einkommensteuer-Kommission und in den Gewerbesteuer-Ausschüssen geschlossene Vertrag ist daher vom Finanzminister zum 1. April 1915 gelöst worden; doch sollen die Dienstgeschäfte bis zu einem für ihren Uebergang geeigneteren Zeitpunkt, bis zum 1. Juli oder 1. Oktober 1915, noch von den städtischen Organen fortgeführt werden.

#### Tempelhof.

Die Gemeindevertretersitzung am Donnerstag hatte sich mit der Prüfung der Wahlen der neu resp. wiedergewählten Gemeindeverordneten zu befassen. Die Wahlen der 1. und 2. Klasse wurden debattelos für gültig erklärt. Für die 3. Klasse lagen drei Proteste vor, und zwar ein von sozialdemokratischer Seite gegen die Wahl des Sekretärs Wilhelm im 1. Wahlbezirk eingereicht und zwei von bürgerlicher Seite gegen die Wahlen unserer Genossen Bürgermeister (2. Bezirk) und Ewald (4. Bezirk). Der sozialdemokratische Protest rügte erstens die nicht gesetzmäßige Besetzung des Wahlvorstandes, zweitens Wahlbeeinflussungen durch Anhänger der bürgerlichen Parteien, die Beamtenwählern gedroht hatten, bei Nichtbeteiligung an der Wahl der vorgesehnen Behörde Mitteilung zu machen, da daraus geschlossen werden müsse, daß sie der Sozialdemokratie indirekt Wahlhilfe leisten wollen; drittens, daß drei Wähler nach der festgesetzten Wahlzeit noch das Wahllokal betreten haben. In dem Protest gegen die Wahl des Genossen Bürgermeister wurde die Angehörenqualifikation Bürgermeisters nach der wirtschaftlichen Seite hin begründet. Der Protestheber gegen die Wahl des Genossen Ewald machte geltend, vor der Wahl des Wahlvorstandes sei vom Wahlvorsteher nicht die Aufforderung an etwa anwesende Wahlberechtigten ergangen, das Wahllokal zu verlassen, resp. nicht an der Abstimmung teilzunehmen. Bürgermeister Wiesner stellte sich im Verlaufe seines Referats über die eingelaufenen Proteste auf den Standpunkt, daß in bezug auf den 1. Bezirk gendage, wenn eine Aufforderung an die Wahlwähler ergangen sei, zurückzutreten. Einem weiteren Verlangen brauche nicht Folge geleistet zu werden. Die Erfüllung der Forderung, festzustellen, ob alle Anwesenden Wähler seien, würde den Wahlakt außerst erschweren. Anders läge es bei der Wahl Ewalds. Dort sei es unterlassen worden, die Wahlwähler aufzufordern, zurückzutreten. Seiner Meinung nach sei diese Unterlassung ein Verstoß gegen das Gesetz. Allerdings lägen in bezug hierauf noch keine Oberverwaltungsgerichtsurteile vor. Es sei auch fraglich, ob diese Unterlassung zur Ungültigkeitserklärung ausreiche; er gebe deshalb anheim, entweder dem Gewählten oder dem Protestheber Gelegenheit zu geben, die Sache zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen. Was die Wahl Bürgermeisters angehe,

so beantrage er, diese für ungültig zu erklären. Bürgermeister habe wohl den Nachweis erbracht, daß seiner Frau ein Teilgrundstück übereignet worden, er habe aber nicht den Nachweis geführt, daß seine Frau wirtschaftlich an dem Hause interessiert sei, vielmehr habe er sich stütze gewiebert, darüber Auskunft zu geben, und sich nur auf die abgeschlossenen Verträge berufen. Da die Aufklärung kurz vor der Wahl erfolgt sei, lasse das die Vermutung zu, daß die Erwerbung des Teilgrundstücks nur geschehen sei, um die Wählbarkeit zu erlangen. Die Punkte 2 und 3 in dem Protest gegen die Wahl Wilhelms seien gar nicht in Betracht zu ziehen, da der zweite Punkt zu generell gehalten sei, während durch den dritten Punkt die Majorität Wilhelms nicht erschüttert werden könne. Syndikus Seyfert stellte sich auf denselben Standpunkt wie der Bürgermeister. Gen. Müller beantragte, die Wahl Wilhelms für ungültig und die Wahlen der Genossen Bürgermeister und Ewald für gültig zu erklären. Bürgermeister sei an dem Hause schon seit Jahren wirtschaftlich interessiert, und wenn darüber noch irgendwelche Zweifel obgewaltet hätten, dann seien diese durch die vorgelegten Verträge beseitigt worden. Er sei aber gar nicht der Meinung, daß es so sehr interessiere, die bezeichneten Feststellungen zu machen, als vielmehr den Sozialdemokraten Schwierigkeiten zu bereiten. Das habe man schon bei verschiedenen Gelegenheiten sehen können. Die Wahl Ewalds müsse für gültig erklärt werden, da er der Meinung sei, daß es genüge, wenn die einschlägigen Paragraphen der Landgemeindeordnung verlesen werden, was ja in dem Bezirk geschehen sei. Bei der Wahl Wilhelms liege die Sache aber anders. Hier seien so viele Herren anwesend gewesen, daß es nicht hätte übersehen werden können, ob alle Wahlberechtigte gewesen seien. Er sei der Meinung, der Wahlvorsteher hätte dem Verlangen auf eine dahingehende Feststellung stattgeben müssen. Da dies nicht geschehen, sei seiner Meinung nach eine ordnungsmäßige Besetzung des Wahlvorstandes nicht erfolgt, und deshalb müsse die Wahl Wilhelms für ungültig erklärt werden. In demselben Sinne äußern sich die Genossen Frank und Schmidt. Schmidt legte hauptsächlich Gewicht auf die im sozialdemokratischen Protest behaupteten Wahlbeeinflussungen. Die diesmaligen Gemeindevahlen seien a) städtische Wahlen gewesen. Mit den gemeinlichen Mitteln der Drohung, Wähler um ihre Erbsitzung zu bringen, hätten die Bürgerlichen gearbeitet. Er habe das Empfinden, wenn die Gemeindevahlen es wagen würden, sozialdemokratisch zu wählen, daß auch diese auf den Damm gesetzt würden. (Bürgermeister Wiesner ruft dazwischen: „Wird bestritten!“) Genosse Schmidt spricht etwas laut, er wird vom Bürgermeister ermahnt, leiser zu sprechen. Schmidt verwehrt sich dagegen. Darauf der Bürgermeister: „Ich hoffe, daß ich nicht nötig haben werde, Sie in der letzten Sitzung, die Sie vorausschicklich mitmachen, hinauszuführen zu lassen.“ Schöffe Jund schilderte den Hergang bei der Wahl im 1. Bezirk, wie er sich seiner Meinung nach abgespielt hat. Wenn Schmidt von öffentlichen Wahlen spreche, so müsse er erwidern, bei den Sozialdemokraten passieren ganz andere Dinge, wie z. B. daß man einen Hausbesitzer, der zugleich Gastwirt sei, zwingt, einen Teil seines Grundstücks an einen anderen abzutreten, damit dieser die Wählbarkeit erlangt. (Wo und wann war denn das, Herr Jund?) Bei uns könne jeder wählen, wie er will, sogar die Staatsbeamten „dürfen“ freisinnig oder nationalliberal wählen. Allerdings das könne man nicht zulassen, daß diese sozialdemokratisch wählen, denn das verstoße sich nicht mit dem dem Kaiser geleisteten Eid. Im übrigen beantrage er, die Wahl Wilhelms für gültig und die Wahl Ewalds für ungültig zu erklären. Nachdem noch der Bürgermeister die sozialdemokratischen Gemeindevorteiler aufgefordert hatte, doch konsequent zu sein, indem sie für die Gültigkeit der Wahlen von Wilhelm und Ewald oder für die Ungültigkeit beider stimmen sollten, zeigten die Bürgerlichen ihre Konsequenz dadurch, daß sie die Wahl Wilhelms für gültig und die der Genossen Ewald und Bürgermeister für ungültig erklärten.

Ueber den geplanten Rathausbau der Gemeinde wird uns aus Architektenkreisen geschrieben: Die Gemeinde beabsichtigt, in der Mitte des südlich der Ringbahn belegenen Ortsteils ein Verwaltungsgebäude zu errichten. Der umfangreiche Rathausbau soll 5000 Quadratmeter nutzbarer Bureauflächen enthalten und wird außer diesen noch die erforderlichen Kassenräume, Sitzungsräume für die Gemeindevertretung, Gemeindevorstand und Kommissionen und auch Warteplätze für das Publikum sowie eine Volksbibliothek und einen Kaffeehaus aufnehmen.

Die Baugruppe entwickelt ihre Haupterschneidung längs der Berliner Straße zwischen der alten Eisenbleicherei und der Grundachsen Villa, während sich die Weiterentwicklung rechtwinklig von der Berliner Straße nach hinten erstreckt, woselbst dann noch Unfallstation und Polizeigefängnis dazugesetzt sind. Die Gruppierung der Haupterschneidung an der Berliner Straße hat ihren gewissen großen Zug dadurch, daß die eigentliche Front um etwa 12 bis 15 Meter hinter die Bauflucht der Berliner Straße zurückgesetzt ist. Dadurch entsteht eine platzartige Verbreiterung der Berliner Straße in der Ausdehnung des Bauwerks. Dieser Rathausvorplatz wird durch an beiden Seiten angeordnete niedrige Flügelbauten eingeschlossen, die die vorerwähnte Volksbibliothek und den Kaffeehaus aufnehmen.

Die Vorplatzgestaltung, in ihrer organischen Beziehung zum Straßenzug und zu dem dem Rathaus gegenüberliegenden Gemeindepark ist als eine glückliche baukünstlerische oder besser städtebaukünstlerische Leistung anzusprechen. Während der Platz auf seiner einen Seite von der Rathausfront beherrscht wird, von welcher aus wieder die Betonung der anschließenden beiden anderen Seiten durch die im richtigen Verhältnis gestellten niedrigen Flügelbauten bewirkt wird, wird das Rechte geschlossen durch die Parkumsäumung, die in ihrer Betonung durch einen arkadenartigen Bandelzug den Akkord zu den niedrigen Flügelbauten abgeben. Und diese nahezu muster-gültige Lösung einer organischen Verbindung von Verkehrsstraße mit Platzanlage wird beherrscht vom Rathausbau, der der ganzen Anlage die eigentliche Note zu geben hat, und da ist zu sagen, daß die Verteilung der Baumassen und die Gliederung derselben in glücklichen Verhältnissen geschehen ist, aber die Idee, die der Formgebung zugrunde liegt, ist verfehlt. Das Rathaus und die Platzanlage zeigen die Architekturformen des Empire und der Zopfszeit. Und damit hat der Autor des Werkes, der Gemeindevorsteher Bräuning, seinen Fehler getan.

Herr Bräuning ist mit seinem Werk um über hundert Jahre zurück und weiß als Architekt nicht, daß ein Bauwerk, wie das geplante Rathaus, in unserer heutigen Zeit errichtet, auch die Ausdrucksformen unserer Zeit zeigen muß. Ein solches Werk ist ein Kulturdokument, das späteren Geschlechtern ein Bild von der geistigen Kultur von heute geben muß. Statt dessen zeigt man hier die Zeit von um 1800!

Das Rathaus soll auch einen Turm von etwa 60 Meter Höhe erhalten, der zum Ganzen gute Verhältnisse aufweist und nur in seiner oberen Auslösung, infolge der dort angeordneten Ausbuchtungen, einige Zerfahrenheit zeigt. Auch hier ist der Gedanke der Turmgestaltung wieder ein offenerer Fehlschlag. Der Turm ist der einer Zwingburg. Die Zeit um 1800 brachte in ihren Bauerschöpfungen keine solche, die von heute braucht erst recht keine Zwingburg. Das ist das bezeichnendste des verfehlten Gedankenganges der Bräuningschen Schöpfung; es standen dem Turm bei den Entwurfsarbeiten die alten Tempelherren, die Gründer Tempelhof im Mittelalter, Pate. An die wollte der Architekt Bräuning mit seinem Turm erinnern. Diese Erklärung gibt er selbst.

Der Widerspruch im ganzen Bräuningschen Werk; heute geschaffen, mit der Form um hundert Jahre zurück und mit dem Turm im Mittelalter, sollte Veranlassung gegeben haben oder noch geben, einen allgemeinen öffentlichen Wettbewerb zu veranstalten, in dem die Kräfte sich messen können, um so das Vollkommenste zu erhalten.

Der Regierungsbaumeister Bräuning mag einen guten Willen haben, sein Rathausprojekt ist aber noch nicht reiflos ausgereift. Es wäre zu hoffen, daß er seine Arbeit noch einmal überdenkt oder daß die Gemeinde andere Entschlüsse trifft.

Der Zeitpunkt der Errichtung des Neubaus ist noch nicht genau bestimmt. Die Kosten sind auf zwei Millionen Mark veranschlagt. Eine spätere Erweiterungsmöglichkeit des Gebäudes ist bei der Planung vorgezogen.

#### Neukölln.

Deutscher Arbeiter-Bund „Die Naturfreunde“ (Ortsgruppe Neukölln). Den Mitgliedern geben wir hiermit zur Kenntnis, daß am Sonntag sämtliche Touren ausfallen. Der Vorstand.

#### Weißensee.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurden die neu bestellten wiedergewählten Vertreter eingeführt. Gegen die in der zweiten Abteilung gewählten Herren Rechner und Leichert war Einspruch erhoben, weil als Vertreter im Wahlvorstand ein Ausländer mitgewirkt habe; dies sei ein Verstoß gegen die §§ 39, 41, 60 der Landgemeindeordnung. Die Vertretung stellte sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt, daß die Wahlen gültig seien, da der betreffende Ausländer in der Wählerliste stand und damit auch die Gemeindevorstellung befaßt. Alsdann fand eine längere Diskussion darüber statt, ob man sich auf einen Antrag der englischen Gasgesellschaft einlassen wolle, den Vertrag dahin abzuändern, daß diese Gesellschaft berechtigt sei, mit einzelnen Gasabnehmern besondere Tarife abzuschließen. Als Gegenleistung wolle die Gasanstalt die abzuführende Rente an die Gemeinde, die zurzeit 5 Proz. der Deutrocinnahe beträgt und auf 9,4 Proz. steigen soll, erhöhen. Die Rente solle aber ganz in Wegfall kommen, wenn der Einheitspreis des Gases sich auf 10 Pf. pro Kubikmeter stellen würde, was für den Ort nach dem Vertrage stattfinden soll, wenn die anderen Gemeinden Groß-Berlins diesen Einheitspreis eingeführt haben. Die Gasanstalt wolle weiter die Straßenbeleuchtung nach dem Stande der Straßenlaternen vom 31. Dezember 1913 unentgeltlich übernehmen, wenn der Vertrag auf weitere 30 Jahre verlängert wird. Der bestehende Vertrag läuft noch bis zum Jahre 1933. Die vorstehenden Forderungen würden für die Gemeinde einen Vorteil von 65 000 M. bieten. Nachdem noch ein Antrag angenommen, die Übernahme der Straßenbeleuchtung nicht nach dem Stande der Laternen vom 31. Dezember 1913, sondern die Zahl auf 1250 festzusetzen, wurde prinzipiell beschlossen, mit der Gasanstalt auf dieser Basis weiter zu verhandeln. Zugestimmt wurde hierauf einer Polizeiverordnung, wonach frei umherlaufende Hunde ein Halsband tragen müssen, auf welchem der Name, Wohnort und die Wohnung des Besitzers zu versehen ist; weiter ist es verboten, Hunde in den öffentlichen und Schmutzanlagen frei umherlaufen zu lassen. Einer anderen Polizeiverordnung, die den Handel mit Speiseeis und durch Eis gefüllte Getränke an Kinder unter 14 Jahren und an Schüler und Schülerinnen auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen zum Genuß auf der Stelle verbietet, fand gleichfalls Annahme. Personen, welche diese Genussmittel feilhalten, dürfen zur Ausübung ihres Gewerbes die von Kindern und Schülern und Schülerinnen besuchten Spielplätze während der Dauer der Bewegung- und anderen Spiele weder betreten noch sich ihnen auf weniger als 200 Meter nähern. Ebenso ist ihnen verboten, zu diesem Zweck sich den Schulgrundstücken während der Zeit von einer halben Stunde vor Beginn bis eine halbe Stunde nach Schluß der Unterrichts auf weniger als 100 Meter zu nähern. Denjenigen freiwilligen Feuerwehrlenten, die der Feuerwehr 25 Jahre angehört haben, soll in Zukunft eine Prämie von 50 M. gewährt werden.

#### Lankwitz.

In der Generalversammlung des Wahlvereins berichtete der Vorsitzende, Genosse Schimmeyer, daß das verlossene Geschäftsjahr nicht allzu günstig abgeschlossen habe. Durch die eigenartige Wohnungspolitik der Gemeinde, die nur große Wohnungen zulasse, hätten viele Genossen den Lankwitzer Staub von ihren Säulen schütteln müssen. Doch trotz aller Schläge habe sich der Mitgliederbestand durch mehrfache intensive Agitation auf gleicher Höhe erhalten. Er betrug am Schlusse des 4. Quartals 202 männliche und 76 weibliche, zusammen 278 Mitglieder. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten betrug 251. Der Kassensbericht des Genossen Ritter ergab für das 4. Quartal an Einnahme 254,37 M., an Ausgabe 211,98 M. Aufgenommen wurden 7 neue Mitglieder. Die Rentwahl vom Vorstand ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender vorläufig unbefetzt, 2. Vorsitzender Paul Lange, 1. Kassierer P. Rabitz, Schriftführer Robert Scheffer, Beisitzer Albert Schulze, Beisitzerin Modrad, Redigoren Hünze, Hartwig und Otto Benzal. Bis auf einige konnten alle übrigen Posten besetzt werden. Eine über die verlossene Gemeindevahl lebhaft eingehende Diskussion wurde durch einen unangenehmen Schlafantrag beendet. Zur Kaiserfeier werden die Genossen und Genossinnen, sowie die übrige Arbeiterschaft auf die gemeinsame öffentliche Versammlung für Lichterfelde und Lankwitz bei Wahrensdorf, Wälsfelde, hingewiesen. Treffpunkt für Lankwitz vormittags 9 Uhr bei Siegl, Kaiser-Wilhelmstraße 34, aufmerksam gemacht.

#### Ober-Schönevelde.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst teilte der Bürgermeister mit, daß die besondere Gewerbesteuer auf ein Jahr genehmigt sei. Diese Steuer machte sich notwendig, um den Etat zu balanzieren und zu verhindern, daß der Ueberfluß des verlossenen Geschäftsjahres für laufende Ausgaben zugunsten der Industrie verbraucht wurde. Ein Bericht über die 1000 Bände umfassende Volksbibliothek ließ erkennen, daß sich diese Einrichtung eines regen Jnspruches erfreut und die Leserschaft gegenüber dem Vorjahr bedeutend gestiegen ist. Es wurden im Berichtsjahre 14 663 (11 317) Bücher ausgeliehen. Diese stärkere Jnspruchnahme macht es nötig, die Ausgabestunden wöchentlich um drei zu vermehren. Auch die öffentliche Lesehalle wurde von 1179 Personen besucht. Eine Verzögerung erleidet die Besetzung der Stelle des Verfassungsrates insofern, als der für dieses Amt in Aussicht genommene Bürgermeister a. D. Knebel aus Raumburg in letzter Stunde abgeschrieben hat, und daher neue Verhandlungen mit anderen Bewerbern aufgenommen werden müssen. Es erfolgte dann die Einführung der am 8. und 9. März gewählten Gemeindevorteiler. In erster Reihe waren neu gewählt der Genosse Bornack, wiedergewählt die Genossen Winkelmann und Schwarzburger. Die Pfostenunterhaltungsarbeiten für das Jahr 1914/15 wurden an zwei hiesige Unternehmer vergeben. Gleichfalls kamen noch verschiedene Arbeiten für die 5. Volksschule zur Vergebung. An die um 6 Uhr stattgefundenen Schöffenwahl schlossen sich die Wahlen zu den Kommissionen an, in welchen wir bis zum Fortzug der Genossen Brunow und Rauh vertreten waren. Diese Wahlen wurden wieder durch Vertreter der 3. Abteilung, deren 8 Mandate sich im Besitz der Sozialdemokratie befinden, besetzt.

In der Generalversammlung des Wahlvereins berichtete der Vorsitzende Schwarzburger über die Tätigkeit der Bezirksleitung. Die Abonnenanzahl des „Vorwärts“ ist von 1430 auf 1463 gestiegen. Die Mitgliederzahl hat etwas abgenommen. Sie beträgt 741 männliche und 231 weibliche Mitglieder. Der Kassierer Genosse Wiedemann erläuterte den gedruckt vorliegenden Bericht. Bei einer Einnahme von 5410,88 M. ist ein Ueberfluß von 154,03 M. vorhanden. Die Bibliothek des Vereins hat jetzt 675 Bände, 110 Broschüren, 70 Bände Jugendliteratur. Ausgegeben wurden 1280 Bände. Die Rentwahlen ergaben folgendes Resultat: Bezirksleiter Wilhelm Ransbrock, Kassierer Rudolf Göge, Lesebandleiterin Genossin Wiedemann. Genosse Schwarzburger ersuchte, die neue Bezirksleitung gut zu unterstützen, damit neue Erfolge und Blüten.

**Notizweck.**

Ein Straßenreinigungsprozess von etwa dreijähriger Dauer scheint jetzt seinem Ende entgegen zu gehen. Im Jahre 1911 hatte ein Anwalt Hausbesitzer des Reuendorfer Ortsteils den Amtsvorsteher beim Kreisamtsgericht auf Verurteilung einer Verfügung verklagt, durch die sie zur Straßenreinigung angehalten werden. In ihrer Klage führten sie begründet aus, daß das Ortsstatut über die Straßenreinigung vom 18. Juli 1906 für die ehemalige Nachbargemeinde Reuendorf selbst keine Gültigkeit haben könne, wenn angenommen werde, daß Ortsstatute des früheren Notawes nach der Verschmelzung für den ganzen Ort Geltung haben. Denn nach den Auslagen der in der Streitfache vorkommenden Zeugen sei es zweifelhaft, ob lange vor Erlaß des Ortsstatuts von 1906 in Notawes die allgemeine Ueberzeugung bestand, daß die Hausbesitzer zur Straßenreinigung verpflichtet sind. Nur der einwandfreie Nachweis dieser Verpflichtung hätte den Amtsvorsteher zum Erlaß der angefochtenen Verfügung berechtigt. Da nun die Klage nach Erlaß des neuen Ortsstatuts über die Straßenreinigung eigentlich gegenstandslos geworden ist, besteht unter den klägerischen Hausbesitzern die Neigung zu einem Vergleich, wenn sich die Gemeinde zur Uebernahme von drei Vierteln der Prozesskosten bereit erklärt.

Die letzte Kartellführung nahm außer einem ausführlichen Bericht der Besieger vom Oberverfängeramt den Jahresbericht der hiesigen Arbeiterbibliothek entgegen. Danach betrug die Zahl der ständigen Leser nur 109, die insgesamt 1328 Bände geliehen haben. Wenn man bedenkt, daß rund 3000 politisch und gewerkschaftlich organisierte am Orte sind, und daß Partei und Gewerkschaften im Berichtsjahre allein 228,35 Rf. für die Bibliothek aufgewendet haben, so müßte die Arbeiterzahl dieselbe mehr in Anspruch nehmen. Die Bibliothek weist eine reiche Auswahl aus den verschiedensten Wissensgebieten auf.

Betreffs der Maifeier trat die Kartellführung dem Vorschlage des Ausschusses bei, wonach morgens 10 Uhr bei Singer eine Versammlung der Räte und abends 8 Uhr im Schmidtschen Lokale eine Abendunterhaltung mit entsprechender Feiern stattfinden soll. Den Eintrittspreis hat man auf 15 Pf. bemessen. — Genosse Gehrmann ersuchte im Auftrage der Handlungsgehilfen, daß die Genossen bei der bevorstehenden Bezirksversammlung des Konsumvereins recht warm für die Sonntagstrube im Konsumbetrieb eintreten möchten, um zu zeigen, daß der Konsumverein in der Lage ist, mehr für die Sonntagstrube zu tun, als die Regierung.

Die Arbeiterkommissionen machen darauf aufmerksam, daß sie hier am Orte zwei Anlaufstellen eingerichtet haben; eine befindet sich im Lokal Hieme, Wallstraße 55, die andere beim Barbier Stadelhof, Kleiststraße.

**Adlerhof.**

In der Generalversammlung des Wahlvereins gedachte zunächst Genosse Klotz der verstorbenen Genossin Marie Fidler. Alsdann erstattete derselbe den Bericht für das verlossene Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl stieg von 885 auf 970 (und zwar 703 Männer und 267 Frauen), die der Vorwärtsleser von 888 auf 910. — Wenn auch unsere Erfolge im allgemeinen befriedigend klingen, so sei dies mit Bezug auf die letzte Gemeindevorstellung nicht zu sagen. Von 1982 eingeschriebenen Wählern der 3. Abteilung hätten nur 755 ihr Wahlrecht ausgeübt, und das trotz der eifrigsten Wahlagitator und trotzdem die Wahl an einem Sonntag stattfand. Dagegen sei unsere Stimmenzahl in der 2. Abteilung erfreulich geblieben. — Der Jahresabschluss des Kassierers verzeichnet an Einnahme 3499,70 R., Ausgabe 3434,13 R.

Die im Anschluß an die Berichte der Funktionäre stattgefundene Diskussion konzentrierte sich hauptsächlich um die vom Genossen Neumann angeregte Frage der Abschaffung der Zahlungsabende. Dieselbe soll zur weiteren ausgeprägteren Behandlung dem nächsten Jahrelend unterbreitet werden. Nach Meinung des Antragstellers können die Zahlungsabende in ihrer jetzigen Form nicht das zuwege bringen, was notwendig ist, d. h. möglichst alle Parteigenossen zu Sozialdemokraten zu erziehen. Bedastens Widerspruch fanden die Ausführungen bei Ollente, Daber und Preising. — Die Neuwahl der Vorstandsfunktionäre brachte mit Ausnahme des Schriftführers, an dessen Stelle der Genosse Preising gewählt wurde, keine Veränderung. — Ein Antrag des erweiterten Vorstandes, den einzelnen Bezirken freizustellen, für arbeitslose Genossen am Jahrelend zu sammeln, um denselben dadurch den Besuch des letzteren zu ermöglichen, fand Annahme. Des Weiteren wurde beschlossen, gegen den Genossen H. Becker das Ausschlussverfahren einzuleiten. Als Delegierte für die Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Klotz, Gaaß, Kurzhals und Frau Kronenwald und für die Verbandsgeneralversammlung Weil, Lüderich, Brothage und Frau Bray gewählt. Ein von Ollente gestellter Antrag, die Delegierten durch gebenedenes Mandat zu verpflichten, für die Einführung eines Wochenabonnements von 25 Pf. einzutreten, wurde gegen 2 Stimmen abgelehnt.

**Dranienburg.**

„Her mit dem Gewerbegericht!“ lautet das Thema der letzten öffentlichen Versammlung, in welcher die Genossen Stadtverordnete Bräuner-Berlin und Kappeler-Dranienburg referierten. Während Genosse Bräuner die zahlreich erschienenen mit einem Vortrag über die wohlthätigen Wirkungen eines Gewerbegerichts zu fesseln wußte, schilderte Genosse Kappeler an Hand von Tatsachen die Notwendigkeit der Errichtung eines Gewerbegerichts für unseren Ort. Gerechte Empörung trat zutage, als Redner das Verhalten unserer Polizei kritisierte, die bei dem letzten Streitfall in der Chemischen Fabrik u. s. w. sich auf die Seite des Unternehmers stellte und den Arbeitern bei Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hindernd in den Weg trat. In der Diskussion führte Genosse Schumann einen ganz besonders krassen Fall an, der den Ruf nach einem Gewerbegericht noch lauter als bisher ertönen läßt. Eine vorgeschlagene Resolution, in welcher zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiterkraft auch trotz der Ablehnung durch die Mehrheit unserer Stadtverordnetenversammlung weiter für die Errichtung eines Gewerbegerichts kämpfen wird und den Arbeitervertretern aufzutrifft, erneut einen diesbezüglichen Antrag einzubringen, fand einstimmige Annahme.

**Dohren-Neuendorf.**

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde die Gültigkeit der im März stattgefundenen Gemeindevorstellungen beschlossen; es erfolgte darauf die Einführung der neugewählten Vertreter. Unter „Geschäftliche Mitteilungen“ gab der Gemeindevorsteher den Bericht des Schularztes bekannt. Nach demselben ist der Gesundheitszustand der Schulkinder im allgemeinen als gut zu bezeichnen. Beschlossen wurde ferner eine Erweiterung des Wasserrohrenetzes, und zwar sollen auf Wunsch der Anlieger die Dismardstraße, der gepflasterte Teil der Blücherstraße sowie die Steinmühlstraße bis zur Kolliestraße mit Rohrleitung versehen werden. Die wenigen Anlieger haben sich bereit erklärt, da mit einer größeren Wasserabnahme nicht gerechnet werden kann, eine 10prozentige Vergütung der Gesamtkosten zu garantieren. Ein Antrag des Ortsvereins auf Inbetriebhaltung der Straßenlaternen während der Morgenstunden in den Wintermonaten fand einstimmige Annahme mit der Bezeichnung, daß an den Sonntagen die Beleuchtung der Straßen bis nach Einsetzen des letzten Juges von Berlin, also bis 2 Uhr, ausgedehnt wird. Unser Vertreter wies darauf hin, daß er bereits vor 1 1/2 Jahren, als ein Antrag des Bürgervereins die Aufstellung von Nachtlaternen verlangte, für die Beleuchtung der Straßen in den Morgenstunden, namentlich im Interesse der in Berlin Erwerbstätigen plädiert habe. Die Notwendigkeit wurde auch damals schon mit einer Ausnahme von der Verteilung anerkannt, jedoch wurde die Sache mit Rücksicht auf den geplanten Erweiterungsbau des Gaswerks, der auch heute noch nicht in Angriff genommen ist, verlagert. In der nunmehr folgenden Debatte über eine Unterhaltungsfrage vertrat der neugewählte Vertreter Dr. Hauser die Ansicht, daß es ein Gebot der Gerechtigkeit sei, Armenschaften in nicht-öffentlichen Sitzung zu verhandeln, damit nicht immer in schamloser Weise die Privat- und Familienverhältnisse in der Öffentlichkeit freigelegt werden. Der Vertreter Kirchsle, Mitglied der Armenkommission, war der Meinung, daß man die Erziehung

von Armenschaften einschließlich der Geldbewilligungen nur der Armenkommission überlassen solle. Unser Genosse beleuchtete die Inkonsequenz dieses Herrn, der den anderen Kommissionen gegenüber einen ganz anderen Standpunkt vertritt und betont, daß es nicht angängig sei, Kommissionen das Recht der Bewilligung von Mitteln einzuräumen. Der Anregung des Dr. Hauser stimmte die Vertretung zu. Zum Schluß wurden die Wahlen der Kommissionen vorgenommen. Genosse Hoffmann wurde einstimmig in die Kommission, denen er bisher schon angehört, nämlich der Bezirks- und der Etat- und Rechnungscommission wiedergewählt.

**Jugendveranstaltungen.**

Neutalun. Sonntag, den 26. April: Kochmittags-Bandierung nach Rudow-Schönefeld-Paradies-Johannisthal. Brevet-Betrieb der Luftwaffen-Jugend. Treffpunkt Bahndorf Neutalun um 1 Uhr. Fahrt mit Linie 47. Fahrgehalt 20 Pf. Eine besonders starke Beteiligung für diese Tour ist erwünscht. — Die Spiele auf dem Platz an der Seggerstraße werden demnächst befristet.

**Museen, Sammlungen, Sehenswürdigkeiten.**

(Zutritt ist unentgeltlich, wenn nicht anders vermerkt ist. — Als Feiertage gelten Weihnachten, Ostern, Pfingsten, Karfreitag, Dinstag, Karfreitag, Ostern, Pfingsten.)

**Altes und Neues Museum.** (Lustgarten.) Geöffnet: an Wochenenden (außer Sonntag) 10-4, im Oktober bis März nur bis 3 Uhr; an Sonntagen (auch an den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen) 12-6, im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Feiertagen und an den beiden Feiertagen. Zutritt unentgeltlich, nur am Dienstag und Mittwoch gegen 50 Pf. Eintrittsgeld.

**Architektur-Museum.** (Charlottenburg, Berliner Straße 171/172, Technische Hochschule.) Geöffnet: Montag und Freitag 10-3, Dienstag und Donnerstag 12-3, Mittwoch 10-12. Geschlossen: Samstag und Sonntag.

**Musikschule für Arbeiterwohlfabrik.** (Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12.) Geöffnet: an Sonn- und Feiertagen 1-5, an Wochenenden (außer Sonntag) 10-1, an Dienstag und Donnerstag auch abends 6-9. Geschlossen: an den ersten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen.

**Aquarium.** Eintrittsgeld 1 R., dem Zoologischen Garten aus 50 Pf. **Berg- und Hüttenmuseum.** (Jussalbenstr. 44.) An Wochenenden (außer Sonntag) 12-2, an Sonntagen 12-6, im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. **Botanischer Garten.** (Dahlem, Königin-Luise-Straße 6/8.) Geöffnet nur vom 1. April bis 15. Oktober: unentgeltlich Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 2-7; außerdem an Wochenenden vormittags gegen Eintrittsgeld, wofür der gedruckte „Führer“ gegeben wird.

**Botanisches Museum.** (Dahlem, Königin-Luise-Straße 6/8.) Mittwoch 10-5, im Oktober bis März nur bis 4. **Botanisches Museum.** Siehe Beschriftung. **Eisenbahnmuseum.** Siehe Beschriftung. **Kaiser Friedrich-Museum.** (Königsplatz.) Geöffnet: an den Wochenenden (außer Sonntag) 10-5, an Sonntagen (auch an den zweiten Weihnachts-, Ostern- und Pfingstfeiertagen) 12-6; an Wochen- und Sonntagen (auch zweiten Feiertagen) im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Sonntagen und Feiertagen (außer den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen). Zutritt unentgeltlich, nur am Dienstag und Mittwoch gegen 50 Pf.

**Kunstgewerbe-Museum.** (Prinz-Albrecht-Straße 7.) Besuchszeit wie beim Alten Museum. **Landtagsgebäude.** Wochenends 9-12, außerhalb der Tagung. **Landwirtschaftsmuseum.** (Jussalbenstr. 42.) Geöffnet: an Wochenenden (außer Sonntag) 10-3, an jedem dritten Sonntag im Monat 11-3. Geschlossen: am Mittwoch und an Sonn- und Feiertagen (mit Ausnahme des dritten Sonntags im Monat).

**Martini-Museum.** (Wallstr. 50/51.) Geöffnet: an Wochenenden (außer Sonntag) und an Sonntagen (auch den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen) 10-3, an den Feiertagen vor Weihnachten, Ostern, Pfingsten und am Silvester nur bis 1. Geschlossen: an Sonntagen und an Feiertagen (außer den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen). **Neuerdingsmuseum.** (Georgenstr. 14-15.) An Sonntag, Mittwoch, Sonnabend im Sommer 11-4, im Winter 10-3; an Sonntag im Sommer und im Winter 12-4.

**Museum für deutsche Volkstrachten und Volkstänze.** Klosterstraße 36. Besuchszeit wie beim Alten und Neuen Museum. **National-Galerie.** (Museuminsel.) Geöffnet: an Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend 10-6, am Donnerstag 1-6, am Sonntag (auch an den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen) 12-6; an Wochen- und Sonntagen (auch den zweiten Feiertagen) im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Feiertagen (außer den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen). Zutritt unentgeltlich, nur am Donnerstag 1 R., am Freitag und Sonnabend 50 Pf.

**Naturkundemuseum.** (Jussalbenstr. 43.) Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend 10-4, im Oktober bis März nur bis 3. An Sonntagen und zweiten Feiertagen wie beim Alten Museum. **Polizeimuseum.** (Wallstr. 16/18.) Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10-2, Sonntag und an den zweiten Feiertagen 12-2. **Rauch-Museum.** (Berke von Christian Rauch, Klosterstraße 76.) An Wochenenden 10-4, im Oktober bis März nur bis 3. **Rathaus.** (Königsplatz.) Täglich (außer Donnerstag und Freitag) 10-3.

**Reichstagsgebäude.** (Königsplatz.) An Wochenenden vormittags 9 Uhr, wenn Veranstaltungen stattfinden; vormittags 9, 9 1/2, 12, 2 1/2, 4 1/2, 7 1/2, 10 1/2, 1 1/2, 4 1/2, an anderen Feiertagen geschlossen. Eintrittsgeld 25 Pf. **Stadthaus.** (Lützenstraße.) Wochenends 10-3, Sonntags 11-2. Zutritt zum Stadthaus täglich unentgeltlich, zum Turm gegen 20 Pf. (nur am Montag und Donnerstag unentgeltlich).

**Sternwarte im Treptower Park.** Täglich von 2 Uhr nachmittags, im Sommer bis 12 Uhr nachts, im Winter bis 10 Uhr abends. Für Beobachtung der Sternwarte und des astronomischen Museums 50 Pf. für Beobachtung mit dem großen Fernrohr 1 R. **Sternwarte der „Arminia“.** (Jussalbenstr. 57/62.) Täglich 7 1/2 bis 11 Uhr abends. 50 Pf.

**Urania, Sammlungen und wissenschaftliches Theater.** (Lützenstr. 48.) Täglich von 10 Uhr vormittags ab. Eintrittsgeld 50 Pf. (für Abendveranstaltungen von 1 R. an). **Verkehrs- und Baumuseum.** (Jussalbenstr. 51.) Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag 10-4, Sonnabend 2-7, Sonntag 11-4. An Feiertagen geschlossen, an zweiten Feiertagen geöffnet wie Sonntag, an darauf folgenden Tagen geschlossen.

**Völkerkunde-Museum.** (Königsplatz) Besuchszeit wie beim Alten Museum. **Jugendhaus.** (An der Schlossbrücke.) Geöffnet: an Sonntagen und zweiten Feiertagen 12-4, an Wochenenden (außer Sonntag) im Sommer 10-3, im Winter 10-2. Geschlossen: Sonnabend und an Feiertagen (außer zweiten Feiertagen).

**Zoologischer Garten.** Eintrittsgeld an Wochenenden 1 Kart, an Sonn- und Feiertagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am ersten Sonntag jedes Monats 25 Pf. **Die vom Litterbrun.** Roman von E. Graf Scapinelli. 1 R. — Kronen-Verlag, Berlin SW 68. **Mammontorden.** 2 Teil. Inländische Vermögen. Von D. Beckh u. Demit. 1 R., geb. 1,50 R. — **Leiten und Köster.** Heft 1-3. Geschichte, Kulturbilder, Erdkunde. Jährlich 12 Hefte. Einzelheft 30 Pf. — Brandenburgische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

**Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler.** Band 1. Mitteldeutschland. Von G. Dehio. 487 S., geb. — E. Wasmuth, Berlin W 8. **Weiße Gewerksvereine in Frankreich.** („Syndicats Jaunes“). Von A. Jermann. 119 S. — E. Simon, Berlin W 57. **Strascht und Anstete.** Von Dr. G. van Gentig. 6 R. — E. Springer, Berlin W 9. **Höhlische Geistes- und Körperformen und ihre Verbesserung.** Von Dr. Fritz Koch. Verlag Bega, Berlin SW 68. **Vor 50 Jahren.** Selbstgedruckte und Aufzeichnungen von Leutnant G. Schüller aus dem Feldzuge 1864. 1,20 R. — A. Neufel, Berlin W 57.

**Groß-Berliner Verkehrs- und Pharus-Plan.** Sommer 1914. 30 Pf. — Pharus-Verlag, Berlin SW 68. **Unter dem Joch.** Geschichte einer Jugend. Von Otto Krille. 3 R. — **Das Buch der Lücken.** Roman von J. Loewenberg. 4 R. — Verlag von Eugen Neufel u. Co., Berlin W.

**Eingegangene Druckschriften.**

**Das Einsamkeitshaus** auch für den kleinen Mann. 35 Pf. Kluge-Verlag für Kleinbauern, Berlin-Schöneberg. **Platon's Leben und Werk.** Von R. Ewald. 4 R., geb. 5,50. — **Eine Philosophie des Lebens.** Von A. Keller. Groß. 80 Pf. E. Neufel, Berlin. **Geistes Volksbücher:** Nr. 881-84. **Vom östlichen Humor.** Herausgegeben von J. Rüttenberg. — 885-91. **Oliver Twist.** Roman von Ch. Dickens. — 892. **Hubwegbauer u. a. Kritische Geschichte.** Von J. Rüttenberg. — 893-99. **Der Mann von Wafungen.** Geschichte

aus alter Zeit von C. Worms. — 897-99. **Aus der Viengasse u. a. Geschichten** von C. Graf. — 900. **Neue Detektivgeschichten.** Von E. Grollier. Einzelnummer geb. 20 Pf. Heft u. Bieder, Leipzig.

**Die Gartenbauwoche und der 2. Deutsche Gartentag 1913.** (Heft 2. Schriften des Reichsbund für den Deutschen Gartentag.) 70 S. — Selbstverlag, Bonn a. Rh.

**Das böse Schicksal.** Schauspiel von F. Raner. 116 S. — **Verey.** Tragikomödie von F. Langer. 108 S. — G. Müller, München-Leipzig.

**Mos.** Roman von F. Gude. (Bibl. zeitgenöss. Romane. 12 Bd.) 1 R., geb. 1,25 R. — **Die Bürger von Calais.** Schauspiel von G. Keller. 2,50 R., geb. 3,50 R. — **Der Führerhof.** Komödie von F. Reinhard. 1,50 R., geb. 2,50 R. — E. Neufel, Berlin, Wilhelmstr. 90.

**Die Leidenschaft des Hofrat Horn.** Roman von E. Hegler. 4 R. — E. Neufel u. Co., Berlin W 9.

**Der Held von Hönrad.** Nordische Erzählung von R. F. Kutz. 2 R., geb. 3 R. — **Erbanliche Predigten.** Herausgegeben von E. Neufel. 2 R., geb. 3 R. — **Die Verdenden.** Roman von D. Hilse. 4 R., geb. 5,50 R. — **Figuranten.** Romane von D. Hilse. 2 R., geb. 3 R. — **Das Leben.** Roman von Marie Baerling. 4 R., geb. 5 R. — **Auf wider Fahrt.** Geschichte von A. v. Leitenhof. 2,50 R., geb. 3,50 R. — **Das fürliche Haus Gerhart.** Roman von E. Speyer. 5 R., geb. 6,50 R. — A. Kamen, München.

**Der Wehrverein eine Gefahr für das deutsche Volk.** Herausgegeben von Stadtst. a. P. Lützel. 50 Pf. E. Neufel, Berlin W 9. **Universitätsbibliothek:** 378. **Die Altantant-Bühnen.** Eine Anleihe von E. Herbst und E. J. Büttner. — 565/62. **Heber das Dirigieren.** Von R. Baerling. — 568. **Rösch's Geis.** Komödie von G. Rösch. — 569. **Der Schwanke von E. v. Jella.** — 566-567. **Madame Bovary.** Roman von G. Flaubert. — Einzelnummer gebildet in 3 H. E. Neufel, Leipzig.

**Jugenddeutschlands Stammbuch.** Herausgegeben von A. Schilling. Bd. 1. Geb. 2 R. A. Sterns Verlag, Potsdam.

**Reines Briefe.** Ausgewählt und eingeleitet von J. Bieber. 4 R., geb. 5,50 R. Begg u. Co., Berlin W 57.

**Das Schicksal einer Frau.** In Geschichten. 2 R. E. Neufel u. Co., Berlin, Anst. 16.

**Wie ist der deutsche Tier?** Eine Entgegnung von Dr. St. B. Mader. 9,50 R., geb. 10,40 R. E. Neufel, Berlin NW 7.

**Buntpapiermarkt im Arbeitsunterricht.** Von P. Voßner. 1,20 R. — **Grundrissen der Chemie.** Von E. Ritt. 1,50 R., geb. 2 R. — **Vom Tierleben in den Tropen.** Von Dr. R. Günther. 1 R. — **Große Biologen.** Von Dr. R. Günther. (Naturwissenschaftl. Scherbild. 15.) Geb. 3 R. — **Aus einer Kinderstube.** Tagebuchblätter einer Mutter. Bearbeitet von Tom Meyer. 2 R., geb. 2,50 R. — **Jugendpflege Arbeit.** 2 Teil. Herausgegeben vom Deutsches Institut für Jugendpflege in der Stadt. 4 R., geb. 4,50 R. — **Schulbuchpflege.** Schulbuchpflege. Vorträge. Herausgegeben vom Verband Deutscher Kinderwerke. Geb. 1,20 R. A. G. Teubner, Leipzig.

**Berliner Lehrerverein. Jahresbericht 1913.** 123 S. Druck: E. u. E. Loewenberg, Berlin.

**Paul Henje.** Ein deutscher Dichter. Von E. Neufel. (Sollschäfer 917/18.) 40 Pf., geb. 50 Pf. Heft u. Bieder, Leipzig.

**Gegen den staatlichen Gehörswang.** Reden des Reichstagsabg. August Bren. Dr. Silberstein und Lucie Riet. 15 Pf. — **Kurzer Leitfaden für Mütter.** Von Schwester 2. Heiland. 30 Pf. Volksbuchverlag, Hannover.

**Phöbus.** Monatschrift für Kritik und Kritik des Theaters. Heft 1. Herausgegeben von J. G. Grollier. Einzelheft 75 Pf. Phöbus-Verlag, München.

**Die Erziehung vom Individualismus und Sozialismus.** Von P. Heilmann. 5 R. E. Neufel, München.

**Jules-Bücher:** Nr. 113. **Geoffrey Keller.** Von Ricardo Gutz. — 114. **Die Geschichten von Karl dem Großen.** Von Rottler dem Stammler. — 115. **Parival.** Von R. Grollier. — 116. **Die Gantte.** Erzählung von E. R. D. D. D. — 117. **Gedichte.** Von G. Grollier. — 118. **Edward II.** Erzählung von G. Grollier. — 119. **Vers Choisis des Fleurs du Mal.** Von G. Grollier. — 120. **Heber die deutsche Sprache.** Von G. Grollier. — 121. **Das Buch Jubil.** Mit drei Holzschneitten. — 122. **Brennendes Geheimnis.** Erzählung von E. Grollier. — 123. **Hymnen für die Erde.** Von G. Grollier. — 124. **Griechische Myth.** Ausgewählt von R. Grollier. — 125. **Das Puppenpiel von Dr. Faust.** — 126. **Zeiten und Maximen des Herzogs von Koscziusko.** — 127. **Erinnerungen an Leo N. Tolstoi.** Von Grollier u. E. Tolstoi. — 128. **Die Abenteuer Lindas, des Seefahrers.** — 129. **Phantastische Erzählungen.** Von E. Grollier. — 130. **Ausgewählte Schriften.** Von J. A. Grollier. — 131. **Meine Gesangsreihe.** Von G. Grollier. — 132. **Das Rollwagenbüchlein.** An Tag bracht durch Jörg Wickram 1535. — Jeder Band geb. 50 Pf. Neufel-Verlag, Leipzig.

**Stoffwechsel und Energieverbrauch des Menschen.** Von R. Grollier. 2 R., geb. 2,50 R. A. Grollier, Leipzig.

**Jahrbuch der Angestelltenbewegung.** 8. Jahrg. 1. Heft. Jährlich 4 Hefte 6 R. Industriearbeiterverlag, Berlin, NW 52.

**Juden, Veer Gnat, der große Krume und ich.** Von D. Grollier. 1 R. Verlag Derold, Berlin-Sieglin.

**Peter Bergius.** Von Graf Leo Tolstoi. Deutsch von Dr. A. Grollier. 1 R. D. Pante, Berlin, SW 11.

**Die Milchlieferung in Württemberg.** Von Dr. A. Grollier. Geb. 3,60 R. Dunder u. Humblot, München und Leipzig.

**Diesen Anzug nach Mass Modell 1914**

in eigenen Werkstätten mit besten Zutaten verarbeitet, liefere ich Ihnen unter Garantie für Mark

**55.-65.-75.-**

in den modernsten Farben und Stoffen

**Meine Garantie:** Nicht wenzgemäss gefertigte Kleidungsstücke brauchen bei mir nicht abgenommen zu werden.



**August Schega**

Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenbekleidung

**Kottbuser Damm 77.**